



AKTUELLES

Gleichstellungsplan
der AUB

VERANSTALTUNGEN

EU-Integration
des Westbalkans

Ringvorlesungsreihe
zur Kunst der Diplomatie

IM FOKUS

Krieg in der Ukraine

andrassy

NACHRICHTEN

2022

Wintersemester

NACHRICHTEN
DER
ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

IMPRESSUM

23. Ausgabe der Andrassy Nachrichten
(13. Jahrgang, 2. Ausgabe), Auflage: 350 Stück,
Erscheinungsdatum: 05.09.2022

Herausgeber: Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger,
Rektor der Andrassy Universität Budapest

Redaktion: Prof. Dr. Ellen Bos, Prof. Dr. Zoltán
Tibor Pállinger und das Referat für Marketing
und Kommunikation

Design: Bencium Grafikbüro

Layout und Satz: Zsuzsa Urbán

Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Texte sinngerecht
zu kürzen und zu bearbeiten. Die Verantwortung für den Inhalt
liegt bei den jeweiligen AutorInnen.

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte
der Abbildungen bei Képszerkesztőség: Dimény András,
Tuba Zoltán, Gábor Ancsin; den jeweiligen AutorInnen,
oder diese sind gemeinfrei. Die Urheberrechte
aller MitarbeiterInnenfotos liegen bei Csaba Németh.

Andrassy Universität Budapest

Pollack Mihály tér 3.

H-1088 Budapest

Telefon: +36 1 266 3101

www.andrassyuni.eu

USz-Id-Nr.: HU18173967

VORWORT DES REKTORS	2	Abschlussprojekt: Fesselnde Medien	34
		Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht die Welt	35
AKTUELLES	3	100 Jahre belgisch-ungarische Beziehungen und die Kunst der Diplomatie Belgiens	36
Der Gleichstellungsplan der AUB	3	West- und Osteuropa – Nebeneinander statt Miteinander?	38
In Ungarn nichts Neues	4	Die Rolle der Religion und der Kirchen in einem säkularen Staat	40
„Gegenwärtige Entwicklungen und Herausforderungen in der Europäischen Union – Die Rolle von Institutionen“	9	Zum Bedeutungsverlust der professionellen Diplomatie	41
Plagieren ist kein Kavaliersdelikt	9	13. Interdisziplinäres Doktorandenkolloquium (IDK) im Rahmen der Kooperation mit der Autonomen Region Trentino-Südtirol	43
Kooperation der AUB mit der Deutsch-Kasachischen Universität (DKU) in Almaty	11	Sarajevo – multireligiöser Mikrokosmos Europas	44
Erasmus 2.0 – neue Elemente seit 2021	12	Wohin weiter Europa und Transatlantisches Bündnis	45
Praxis der Diplomatie	12	Einsichten in die Ukraine – Entwicklungsperspektiven seit 1989	46
Personalien	13	Political Communication in Southeast Europe – Informing or Influencing the Public	47
VERANSTALTUNGEN IM SOMMERSEMESTER 2021/22	13	V4+Deutschland und der European Green Deal	49
Deutsch-Ungarisches Forum 2021	13	Staatsministerin Melanie Huml zu Besuch an der Andrássy Universität Budapest	51
Der Stellenwert der Energie in der Weltpolitik	14	5. Sommeruniversität: „Der Donauraum im Fokus“	52
Taiwans wirtschaftliche Sicherheit als eine Frage nationaler Sicherheit	14		
Aktuelle politische Herausforderungen aus der Perspektive Deutschlands und ihre Auswirkungen für den globalen Süden	15	IM FOKUS	55
Sollten wir Forschungs- und Wissenschaftskooperationen mit Russland abbrechen?	16	20 Jahre Andrássy Universität Budapest – Ein Bouquet von Veranstaltungen	55
Das Judentum zwischen Religion und Politik	17	Der Krieg Russlands gegen die Ukraine	56
Wahrung und Förderung eines umfassenden Sicherheitsbegriffes in Europa	18	Ungarn und der Krieg in der Ukraine	58
Die Andrássy Universität feiert ihr 20-jähriges Jubiläum	19		
Begrenzte Grundrechtskontrolle	21	SEMESTERÜBERBLICK DER STUDIERENDENSCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI	59
The Western Balkans path towards EU membership – new drive or dead end?	22	Ausflug der Studierendenschaft nach Normafa	59
Über die Rolle der Muslime in Deutschland und Europa	23	Neues Leben in der AUB	59
Eine Bestandsaufnahme im Zeitalter des Krieges	25	Spendenaktion mit der Ukrainischen Selbstverwaltung in Budapest	60
Wahlen in Ungarn – Wahlabend an der AUB: Hochrechnungen, Analysen, Perspektiven	25	Schlittschuhlaufen mit dem MentorInnen-Team	60
Auftakt der Ringvorlesungsreihe „Kunst der Diplomatie“ mit dem Schweizer Botschafter in Ungarn Jean-François Paroz	28	Die ersten Awareness-Tage der Studierendenschaft	61
Between decline and rebirth?	29	Besuch im Schloss Gödöllő	62
Gustav Stresemanns Verständigungspolitik und das Europa der „Zeitenwende“ 2022	30	Oster-Picknick der Studierendenschaft	64
The Balkans: Proximity and Neighbourhood	32	Frühlingsball der Studierendenschaft 2022	64
Religion und Diplomatie: Bedeutung der Religionsfreiheit	33	Hoffest der Studierendenschaft	65
		Semesterabschluss-Picknick	65

Vorwort des Rektors

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die aktuelle, 23. Ausgabe der Andrássy Nachrichten in den Händen. Eine neue Ausgabe der Andrássy Nachrichten weckt immer die Neugierde, welche Themen die Universität und ihre Bürgerinnen und Bürger im vergangenen Semester beschäftigt haben, und sie bietet gleichzeitig eine gute Möglichkeit, um über die Leistungen der Universität zu reflektieren. Dies ist auch mit dieser Ausgabe nicht anders, doch hat der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine seinen Schatten auf das Leben unserer Universität geworfen.

Gewissheiten, wie etwa die, dass Krieg kein Mittel zur Lösung internationaler Konflikte sei, wurden erschüttert. Damit werden unsere Vorstellungen über die Zukunft Europas einer Prüfung unterzogen. Der Grundgedanke des liberalen Institutionalismus, dass gegenseitige Abhängigkeiten und Kooperation, wie sie für eine globalisierte Welt typisch sind, Kriege verhindern oder zumindest sehr unwahrscheinlich machen, scheint den Realitätstest nicht bestanden zu haben. Häufig ist die Rede von einer Zeitenwende. Die Welt danach sei, so etwa der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz, nicht dieselbe wie die Welt davor. Wir müssten uns auf eine Welt einrichten, die in Zukunft stärker durch – militärische – Konflikte geprägt werde. Die wirtschaftliche Globalisierung werde sich verlangsamen oder gar zurückgehen, die Staaten werden nach mehr Autarkie streben und ihre Sicherheit vermehrt durch militärische Mittel gewährleisten wollen. So zutreffend diese Annahmen auch sein mögen, verraten sie doch einen gewissen (westeuropäischen?) Solipsismus. Für die Bewohnerinnen und Bewohner des ehemaligen Jugoslawiens, Georgiens, Armeniens und (ja) auch der Ukraine war die Erfahrung des Krieges nicht abwesend, sondern eine Realität – ganz zu schweigen von zahlreichen aussereuropäischen Ländern. Für die VertreterInnen der unterschiedlichen Schulen des Realismus in den Internationalen Beziehungen sind Kriege und Konflikte normale Erscheinungen der internationalen Politik. Die lange Friedensphase, die Westeuropa und die erweiterte EU erleben durften, ist aus dieser Perspektive eher als Ausnahme denn Regel zu werten. Sie beruhte auf einmaligen Macht-, bzw. Hegemonialkonstellationen.

Verändern sich diese Verhältnisse, sei mit einer Zunahme von Konflikten zu rechnen.

Zeitenwende – was bedeutet das konkret für unsere Universität? Das Wichtigste ist, dass sie ihrer Kernaufgabe nachkommt und Wissen schafft und vermittelt. Die unterschiedlichen Disziplinen, die an der Andrássy Universität gelehrt werden, geben Orientierungswissen und ermöglichen eine Einordnung des Geschehens in eine längere historische Perspektive. Sie tragen dazu bei, die unterschiedlichen Positionen, die die europäischen Staaten im Hinblick auf die gegenwärtigen Herausforderungen einnehmen, besser zu verstehen. Die Ausbildung von jungen Menschen, die über umfassende Kenntnisse über die EU und ihre Mitgliedstaaten verfügen und in einigen Jahren Führungspositionen auf nationaler und internationaler Ebene einnehmen werden, unterstützt langfristig konstruktive Ansätze zur Lösung der auftretenden Probleme. Neben der Wissensvermittlung steht die Andrássy Universität auch für eine europäische Wertorientierung. In deren Zentrum stehen Werte wie Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ein kooperativer Ansatz bei der Bearbeitung von Problemen. Es sind diese Werte, die eine friedliche Entwicklung Europas ermöglichen. Diese Werte geben einerseits die Leitlinien des inneruniversitären Handelns und des Umgangs der Universitätsbürgerinnen und Universitätsbürger miteinander vor, andererseits bilden sie auch einen wichtigen Bezugspunkt für Forschung und Lehre, was sich auch in den zahlreichen Veranstaltungen der Universität spiegelt.

Diese Reflexionlinien durchziehen auch die vorliegende Ausgabe der Andrássy Nachrichten. Zahlreiche Veranstaltungen haben sich mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und mit seinen Folgen für die Region, Europa und die Weltordnung beschäftigt. Neben der wissenschaftlichen Analyse war auch der praktische Aspekt wichtig. Die Studierendenschaft hat mit Unterstützung der Universität zusammen mit der Ukrainischen Selbstverwaltung in Budapest eine Spendenaktion für die Ukraine organisiert. Daneben setzten sich mehrere Veranstaltungen mit den Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auseinander. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten schliesslich Veranstaltungen und Analysen rund um die Wahlen in Ungarn in diesem Frühjahr, welche die Stellung der Andrássy



Universität als Kompetenzzentrum für ungarische Politik weiter festigten. Dass die europäischen Werte nicht nur abstrakte Leitlinien sind, sondern ihren Niederschlag im täglichen Leben unserer Universität finden, zeigt sich auch durch die Annahme des Gleichstellungsplans der AUB, mit dem die Fragen der Chancengleichheit in die laufenden Prozesse der Universität integriert wurden, und die erstmalige Durchführung der von der Studierendenschaft organisierten Awareness-Tage.

Im letzten Semester konnte die Universität aufgrund der erfreulichen Entwicklung der COVID-Lage in den Präsenzbetrieb zurückkehren. Die AUB wurde wieder zu einem Ort der persönlichen Begegnungen und des regen intellektuellen Austauschs. Diese positive Tatsache machte es möglich, dass auch die verschiedenen Anlässe im Zusammenhang mit dem 20jährigen Jubiläum der AUB in Präsenz durchgeführt werden konnten. Insgesamt ist ein reichhaltiges Bouquet an Veranstaltungen zusammengekommen. Neben der zentralen Jubiläumsveranstaltung vom 22. März 2022 mit der Festrede des ungarischen Ministers für Innovation und Technologie, László Palkovics, gab es zahlreiche Konferenzen und Workshops sowie zwei Ringvorlesungsreihen, „Kunst der Diplomatie“ und „Religion und Politik“, die einen guten Überblick über das breite interdisziplinäre Leistungsprofil und das gut ausgebaute Netzwerk der AUB gaben. Auch zeigten die zahlreichen guten Wünsche, die von vielen Seiten an die Universität übermittelt wurden, die enge Verbundenheit der unterschiedlichen Partner mit der AUB.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, eine spannende Lektüre der Andrássy Nachrichten und alles Gute für das anstehende Wintersemester 2022!

Zoltán Tibor Pállinger

Aktuelles

NACHRICHTEN AUS DEM UNIVERSITÄTSLEBEN

Der Gleichstellungsplan der AUB

Der Beginn eines langfristigen Prozesses

Am 19. Mai 2022 tagte der Senat der AUB seit der Pandemie zum zweiten Mal wieder in Präsenzform. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war die Verabschiedung eines Gleichstellungsplans (Gender Equality Plan, Abg. GEP).

Was bedeutet Gleichstellung der Geschlechter und was ist ein GEP?

Gleichstellung der Geschlechter oder auf Englisch Gender Equality ist ein wichtiger Prozess, dem der Gedanke zugrunde liegt, dass alle Geschlechter oder Geschlechtsidentitäten in rechtlicher Hinsicht und im Hinblick auf ihr persönliches und berufliches Entfaltungspotenzial in einer Gesellschaft dieselben Chancen haben sollen (Chancengleichheit). Alle Geschlechter oder Geschlechtsidentitäten sind gleich wertvoll und sollten aus diesem Grund gleich behandelt werden.

Für den Prozess der Gleichstellung und somit für den Gleichstellungsplan ist insbesondere Artikel 23 der europäischen Grundrechtecharta leitend, der folgendes besagt:

„Die Gleichheit von Männern und Frauen ist in allen Bereichen, einschließlich der Beschäftigung, der Arbeit und des Arbeitsentgelts, sicherzustellen. Der Grundsatz der Gleichheit steht der Beibehaltung oder der Einführung spezifischer Vergünstigungen für das unterrepräsentierte Geschlecht nicht entgegen.“

Auf diesen Ansatz baut auch die neu erstellte erste Version des Gleichstellungsplans der AUB auf. Es ist vorgesehen, dass dieser erste Ansatz (Gleichstellung zwischen Frauen und Männern) auf alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten ausgeweitet werden soll.

Hintergrund: GEP als Zulassungskriterium für EU Forschungsrahmenprogramme

Horizon Europe ist das neue, 2021 ins Leben gerufene, Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union, dessen klar formuliertes Ziel in der Anhebung der Wissenschaftsausgaben der EU liegt. Bei den Horizon-Europe-Anträgen gilt ab 2022 ein neues Zulassungskriterium: um eine Förderung zu erhalten, müssen Forschungs- oder Hochschuleinrichtungen über einen GEP verfügen. Dies war eine gute Gelegenheit für die Universität, in Anlehnung an die bereits seit 2016 existierenden Richtlinien gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung, einen Gleichstellungsplan für den Zeitraum von 2022 bis 2027 zu erarbeiten.

Wie wurde aus der Idee ein Plan an der AUB?

Ziel des GEP der AUB war in erster Linie, eine erste Fassung zu kreieren, die in regelmäßigen Abständen über-

prüft und angepasst werden soll. Einen finalen GEP zu erschaffen, war explizit nicht das Ziel, sondern vielmehr den Prozess der Gleichstellungsarbeit damit offiziell anzustoßen. Dabei war es wichtig, dass der aktuelle Ist-Zustand festgehalten und analysiert wird.

In dieser Hinsicht sind die Analyse- und Planungsphasen, die der Erstellung des Gleichstellungsplans vorangehen, hervorragende Möglichkeiten, universitätsspezifische Strukturen zu überdenken und etwaige Problembereiche zu erkennen.

Maßgeblich an der Erstellung des Dokuments beteiligt war der Ausschuss für Chancengleichheit, bestehend aus fünf Mitgliedern, die jede Statusgruppe der Universität – das sind die Studierenden, die Promovierenden, die Lehrkräfte, die wissenschaftlichen Mitarbeitenden sowie die Verwaltung – repräsentieren.

Einen großen Beitrag für die Entstehung des GEP leisteten auch die UniversitätsbürgerInnen, die sich in einer Arbeitsgruppe an der Erstellung der Teilbereiche des Dokuments beteiligten. An den Untereinheiten arbeiteten diejenigen, die sich mit dem jeweiligen Thema verbunden fühlten oder sich darin auskannten.

Nach zahlreichen Korrekturrunden, an denen sich auch die Universitätsleitung beteiligte, war es Anfang Mai so weit, das Dokument dem Senat vorzulegen, es zur Diskussion zu stellen und über die Annahme abzustimmen. Bei der Senatssitzung am 19. Mai wurde der Gleichstellungsplan vom Senat einstimmig angenommen und ist somit in die Umsetzungsphase gekommen.

GEP – die nächsten Schritte

Trotz einstimmiger Annahme des GEP im Senat ist der Prozess noch nicht abgeschlossen. Gleichstellungsarbeit und insbesondere die Weiterentwicklung des GEP sind eine Daueraufgabe, bei der man sich neuen Herausforderungen und Entwicklungen stellen muss. Aus diesem Grund wird der Gleichstellungsplan in den nächsten fünf Jahren ständig überprüft: Die Ziele und Maßnahmen werden in einem jährlichen Bericht

des Rektoratskollegiums an den Senat evaluiert, gegebenenfalls erweitert und angepasst.

Wir möchten uns im Namen des Ausschusses für Chancengleichheit bei allen Beteiligten für die gewinnbringenden Diskussionen und die wertvollen Inputs bei der Erstellung des Gleichstellungsplans bedanken. Möge er als Richtschnur für ein diskriminierungsfreies und diversitätssensibles Miteinander dienen!

Viktória Muka, Emese Kürti

Zum Gleichstellungsplan auf der Homepage geht es hier:



In Ungarn nichts Neues

Erneuter Triumph von Fidesz-KDNP

Bei den Parlamentswahlen am 3. April 2022 hat Fidesz-KDNP zum vierten Mal in Folge eine Zweidrittelmehrheit errungen. Die Opposition fuhr trotz ihrer Vereinigung eine krachende Niederlage ein.

Nachdem die Kúria (Oberstes Gericht) am 16. April 2022 den Einspruch der Partei Mi Hazánk gegen das von der Nationalen Wahlkommission bekannt gegebene Wahlergebnis zurückgewiesen hat, steht das amtliche Endergebnis der Parlamentswahlen vom 3. April fest. Wiederum hat Fidesz-KDNP bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 69,59% einen überwältigenden Wahlsieg eingefahren. Im neuen Parlament verfügt sie über 135 der 199 Sitze, zwei mehr als bei den letzten Parlamentswahlen von 2018. Obwohl fast die gesamte Opposition mit einer gemeinsamen Landesliste (Gemeinsam für Ungarn – „Egységben Magyarorszáért“) in die Wahlen gezogen und in allen Wahlkreisen mit einer gemeinsamen Kandidatur angetreten ist, hat sie eine schwere Niederlage erlitten. Die sechs Parteien hatten bei der letzten Wahl zusammen noch 65 Sitze errungen, dieses Mal kamen sie jedoch nur auf 57 Sitze. Neben den beiden großen Blöcken ist es auch der nach den Parlamentswahlen 2018 als Abspaltung von Jobbik entstandenen rechtsradikalen Partei Mi Hazánk („Unsere Heimat“) erstmals gelun-

gen, mit sechs Abgeordneten ins Parlament einzuziehen. Sie konnte 5,88% der Stimmen auf sich vereinen. Schließlich erreichte auch der Vertreter der deutschen Minderheit erneut die für einen Sitz im Parlament notwendigen Stimmen.

Fidesz-KDNP konnte bei den Listenstimmen ihren Anteil von 49,27% auf 54,13% steigern, allerdings verlor das Parteienbündnis vier Einerwahlkreise und verfügt noch über 87 Direktmandate. Die vereinigte Opposition hat (wenn man die Stärke der einzelnen Bündnispartner im Jahr 2018 zugrunde legt) einen wahren Einbruch bei den Listenstimmen erlitten und zwölf Prozentpunkte verloren. Sie kommt nur noch auf 34,44%. Einzig bei den DirektkandidatInnen in den Einerwahlkreisen konnte sie sich von 15 auf 19 steigern. In absoluten Zahlen hatten 2018 2.824.551 BürgerInnen ihre Stimmen für Fidesz-KDNP abgegeben, 2022 konnte sich das Parteienbündnis um mehr als 230.000 auf 3.060.706 Stimmen steigern. Demgegenüber hat die vereinigte Opposition mehr als 700.000 Listenstimmen verloren und kommt noch auf 1.947.331 Stimmen. Das Ergebnis ist noch desaströser als es auf

den ersten Blick erscheint. Denn die vereinigte Opposition konnte zwar vier zusätzliche Einerwahlkreise gewinnen, aber die Regierungsparteien haben [in 102 Einerwahlkreisen ihren Stimmenanteil steigern können](#). Die Opposition verfügt nur in der Hauptstadt, wo sie 17 von 18 Einerwahlkreisen gewinnen konnte, sowie in den Großstädten Szeged und Pécs über eine Mehrheit. Fidesz-KDNP besitzt dagegen überall eine starke Basis und dominiert die ländlichen Gebiete.

Allerdings kann festgehalten werden, dass in acht Einerwahlkreisen die KandidatInnen der vereinten Opposition nur knapp gegen die von Fidesz verloren haben. In diesen Wahlkreisen hat sich gezeigt, dass das Festhalten der Partei des Zweischwänzigen Hundes (Magyar Kétfarkú Kutyapárt – MKKP) an eigenen KandidatInnen den Sieg der Fidesz-KDNP erst ermöglicht hat. Hätte die Partei des Zweischwänzigen Hundes auf eine Kandidatur verzichtet, hätte zumindest die Zweidrittelmehrheit von Fidesz-KDNP verhindert werden können.

Wie bei den Wahlen 2014 und 2018 sind die Briefwahlstimmen (268.766) auch dieses Mal mit weit über 90 Prozent Fidesz-KDNP zugutegekommen und haben wiederum zwei Mandate sichern können. Diejenigen, die ihre Stimme in Bot-



Foto: Zoltán Tüba/kepszerek.hu

Prof. Dr. Ellen Bos und Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger beim Wahlabend an der AUB

schaften und Konsulaten oder nicht an ihrem Wohnort (Umgemeldete) abgegeben haben (206.980), haben dagegen tendenziell die Oppositionsparteien gestärkt.

Der mit dem neuen Wahlgesetz von 2011 eingeführte Kompensationsmechanismus (sowohl Verlierer- als auch Gewinnerkompensation) hat wie schon 2014 und 2018 Fidesz-KDNP zusätzliche Mandate gebracht. Ohne die fünf durch die Gewinnerkompensationsstimmen (Töredékszavazatok) erzielten Mandate hätte Fidesz-KDNP (wie auch 2014 und 2018) keine Zweidrittelmehrheit erreicht. Ohne die Briefwahlstimmen und die Gewinnerkompensation hätte Fidesz-KDNP anstelle von 48 sogar nur 41 Listenmandate bekommen. [Die vereinte Opposition hätte dagegen 43 statt 38 und Mi Hazánk 8 statt 6 Mandate erzielt.](#)

Vor dem Hintergrund dieser Tatsache lassen sich die großen Differenzen zwischen den [Wahlprognosen](#),

die durchgängig von einem knappen Sieg der Regierungsparteien ausgegangen waren, und dem Wahlergebnis schon eher erklären. Denn die Effekte der Kompensationsstimmen sind im Vorhinein kaum absehbar. Die letzten Prognosen vor den Wahlen hatten Fidesz-KDNP durchgängig drei bis sechs Prozentpunkte schwächer eingeschätzt, die Liste der vereinten Opposition dagegen zwischen fünf und zwölf Prozentpunkte stärker. Auch das Resultat für Mi Hazánk wurde zwischen zwei und vier Prozentpunkten unterschätzt. Der in dieser Höhe nicht erwartete Sieg von Fidesz-KDNP lässt sich auch auf den nicht vorhersehbaren Effekt des Krieges in der Ukraine zurückführen. Hat doch die erfolgreiche Reaktion der Regierungskommunikation auf den Krieg in der Ukraine es Viktor Orbán ermöglicht, sich als einzigen Garanten für Frieden und Sicherheit und somit auch als Bewahrer des Wohlstands

Ungarns zu präsentieren und damit verunsicherte und unentschiedene WählerInnen für sich zu gewinnen.

Hinzu kommt, dass die [Regierungsparteien in der Wahlkampagne dominiert hatten](#), da sie über unverhältnismäßig mehr Ressourcen als die Opposition verfügten. Überdies hat die Regierung Wahlgeschenke in großem Maßstab verteilt: Unter anderem wurde eine 13. Monatsrente ausbezahlt und junge Erwachsene und Familien wurden steuerlich entlastet. Fidesz-KDNP hat wie bei den drei vorherigen Wahlen auf die Ausarbeitung eines Wahlprogramms verzichtet und die Kampagne ganz auf die Person von Viktor Orbán zugeschnitten. Er wurde als erfahrener Staatsmann präsentiert, der schon so manche Krise gemeistert hat. Die Kampagne der Regierungseite appellierte an den wirtschaftlichen Eigennutz der BürgerInnen. Sie betonte die positive Entwicklung der Wirtschaft vor der COVID-19-



Großes Interesse am Wahlabend

Foto: Zoltán Tüba/ kepszerk.hu

Pandemie und wies darauf hin, dass es gelungen sei, die ungarische Wirtschaft erfolgreich durch die Pandemie zu manövrieren. Besonders betont wurden die Maßnahmen, die der Erhaltung der Kaufkraft der Bevölkerung dienten, wie die Senkung der Nebenkosten, die Benzinpreisbegrenzung und die Begrenzung der Preise einiger (Grund-)Nahrungsmittel. Damit wurde Orbán zu einer lichten Führungsgestalt stilisiert, die Ungarn den Weg in eine erfolgreiche Zukunft weist. In scharfem Gegensatz dazu wurde der gemeinsame Ministerpräsidentenkandidat der vereinigten Opposition, Péter Márky-Zay, als Marionette von Ferenc Gyurcsány gezeichnet. Letzterer stand für eine Rückkehr in eine finstere und erfolglose Vergangenheit.

Die vereinte Opposition hatte zwar unter der Leitung von Márky-Zay ein gemeinsames Regierungsprogramm erarbeitet, welches sich auf das Ergebnis eines öffentlichen Konsultationsprozesses stützte. Al-

lerdings konnte die vereinte Opposition das so erarbeitete gemeinsame Programm „Nur nach oben! – Das Programm des aufstrebenden Ungarns“ (Csak felfelé! – Az emelkedő Magyarország programja) erst am 10. März 2022, drei Wochen vor dem Wahltermin, vorstellen. Das Programm war schon bei seiner Vorstellung obsolet, da der Krieg in der Ukraine zu diesem Zeitpunkt bereits die Debatte beherrschte. Die Kernbotschaft des Programms lautete, dass es bei der Wahl um die Grundentscheidung „Orbán oder Europa?“ geht. Zentrales Ziel war die Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Damit sollte ein „europäisches Ungarn“ verwirklicht werden, das von allen als gemeinsame Heimat empfunden werden kann. Es kann festgehalten werden, dass es der vereinigten Opposition nicht gelungen war, im Wahlkampf ihre Themen zu setzen. Weder die grassierende Korruption noch die hohe Zahl der COVID-

Toten spielten im öffentlichen Diskurs eine Rolle. Auch vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegen die Ukraine war die vereinte Opposition nicht in der Lage, sich als europäische Alternative gegenüber Orbáns Narrativ zu positionieren.

Als nachteilig erwies sich auch die Änderung des Wahlgesetzes vom Dezember 2020, durch die diejenigen Parteien der Opposition, die kooperieren wollten, gezwungen wurden, mit einer gemeinsamen Liste anzutreten. Dies untergrub angesichts der Heterogenität ihrer Positionen ihre inhaltliche Glaubwürdigkeit und Kohärenz. Neben persönlichen Animositäten schwächte auch das schlechte Management der Oppositionskampagne, wie etwa der Verzicht auf eine einheitliche Kampagnenorganisation, die Schlagkraft der vereinigten Opposition. Auch die Wahl des Spitzenkandidaten erwies sich im Nachhinein als problematisch. Seine teilweise erratischen Aussagen boten der Gegenseite zahl-

reiche Angriffspunkte. Überdies verfügte Márki-Zay als Außenseiter über keine eigene Parteiorganisation und musste quasi als Bittsteller gegenüber den Parteipräsidenten der vereinigten Opposition antreten. Anstelle der Vermittlung einer klaren politischen Botschaft und der Kritik an der Regierung wurde viel Zeit mit internen Diskussionen und Abstimmungsprozessen vertan.

Lange Zeit war es unklar, ob neben den beiden großen Blöcken auch noch andere Parteien den Sprung ins Parlament schaffen würden. Schließlich gelang es Mi Hazánk die Fünfprozenthürde zu überspringen. Die Partei präsentierte sich als radikale Alternative zu Fidesz und zielte darauf ab, den aufgrund der Teilnahme Jobbiks an der Plattform der vereinigten Opposition entfremdeten ehemaligen Jobbik-WählerInnen ein politisches Angebot zu machen. Die Partei führte eine fremdenfeindliche, radikale Kampagne. Sie versprach das Recht auf Asyl abzuschaffen und die „COVID-Diktatur“ zu beenden. Mit diesem Angebot ist es Mi Hazánk wohl gelungen, genügend ehemalige Jobbik-WählerInnen für sich zu gewinnen. Die Partei hat nach den Wahlen angekündigt, dass sie aller Voraussicht nach in vielen identitätspolitischen Fragen auf der Seite der Regierungsparteien stehen wird.

Zeitgleich mit den Wahlen hat die Regierung auch ein Plebiszit lanciert. In dieser Volksabstimmung ging es darum, ob die sexuelle Aufklärung an Schulen eingeschränkt sowie die „Popularisierung“ von geschlechtsangleichenden Eingriffen verboten werden sollte. Außerdem sollte verboten werden, Kindern geschlechtsangleichende Therapien anzubieten. Schließlich sollte es auch nicht mehr ohne Einschränkung möglich sein, Kindern Medieninhalte mit sexuellen Inhalten zugänglich zu machen, die deren Entwicklung beeinflussen könnten. Die Referendumsfragen entbehrten weitestgehend der praktischen Relevanz, sind doch die monierten Praktiken wegen des Kinderschutzgesetzes verboten. Allerdings zeigt sich an diesem Beispiel sehr gut, dass die Regierung das Instrument der Volks-

abstimmung instrumentalisiert hat. Das Thema der Volksabstimmung ist symbolisch geladen und stellt einen „Trigger“ im identitätspolitischen Konflikt in Ungarn dar. Es ist geeignet, die Bevölkerung zu polarisieren und die Anhängerschaft der Regierungsparteien zu mobilisieren. Die Kampagne der Opposition und verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen, ungültig abzustimmen, war erfolgreich und das Referendum ist am Teilnahmequorum gescheitert (die Teilnahmequote lag bei allen Fragen um 47%). Dennoch war aus Sicht der Regierungsparteien die Mobilisierungsstrategie erfolgreich, haben doch jeweils mehr als 3,6 Millionen WählerInnen im Sinne der Regierungsparteien abgestimmt. Diese Zahl ist höher als die kombinierten Listenstimmen von Fidesz-KDNP und Mi Hazánk. Auf dieses Resultat kann Fidesz-KDNP auch in zukünftigen Auseinandersetzungen mit der EU zurückgreifen, um ihren Standpunkt in identitätspolitischen Fragen mit Verweis auf ihre große Unterstützung durch das ungarische Volk zu legitimieren.

Die OSZE hat in ihrem [Wahlbericht](#) festgehalten, dass die Kräfteverhältnisse nicht ausgewogen waren und dass der Wahlkampf negativ geführt wurde. Der Mangel an inhaltlichen Debatten habe die Wahlentscheidung der WählerInnen behindert. Obwohl die Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt wurden und der rechtliche Rahmen für demokratische Wahlen vorhanden war, waren die Bedingungen nicht fair, wurde doch der Prozess durch die Voreingenommenheit der Medien und die undurchsichtige Wahlkampffinanzierung unterminiert. Die Vermischung von Staat und Partei führte dazu, dass die Informationstätigkeit der Regierung weitgehend in den Dienst des Wahlkampfs von Fidesz-KDNP gestellt wurde. Überdies wurden in mehreren Fällen die internationalen Standards für demokratische Wahlen nicht eingehalten, und das Wahlgeheimnis war häufig gefährdet, zum Beispiel durch überfüllte Wahllokale.

Viktor Orbán hat in seiner [Siegesrede](#) am Wahlabend von einem „ge-

waltigen Sieg“ gesprochen, der so groß sei, dass man ihn vom Mond und ganz sicher von Brüssel aus sehen könne. Der Sieg sei auch deshalb so groß, weil man gegen die größte Übermacht hätte ankämpfen müssen: „Die Linke zu Hause, die internationale Linke rundherum, die Bürokraten in Brüssel, das ganze Geld und die Organisationen des Soros-Imperiums, die internationalen Mainstream-Medien und am Ende sogar den ukrainischen Präsidenten. Wir haben noch nie so viele Gegner auf einmal gehabt. Aber egal, wie viel Geld sie haben und wie sehr wir in der Unterzahl sind, wenn wir zusammenarbeiten, können wir nicht aufgehalten werden.“ Zum Abschluss sagte er: Wir haben „nicht zugelassen [...], dass die gescheiterte Vergangenheit zurückkehrt, wir haben Ungarns Unabhängigkeit und Freiheit verteidigt, wir haben Ungarns Frieden und Sicherheit verteidigt, und obwohl wir die Ergebnisse noch nicht kennen, hoffe ich, dass wir unsere Kinder und unsere Familien geschützt haben.“ Im Hinblick auf die Bedeutung dieses Wahlsiegs führte er weiter aus: „Die ganze Welt hat heute Abend hier in Budapest gesehen, dass die christdemokratische Politik, die konservative, bürgerliche Politik und die patriotische Politik gewonnen haben. Und wir sagen Europa, dass dies nicht die Vergangenheit ist, sondern die Zukunft, dass dies unsere gemeinsame europäische Zukunft sein wird. Die ganze Welt hat gesehen, dass die Ungarn ihr Land lieben, und wir, die wir heute gewonnen haben, versprechen, dass Ungarn für uns immer an erster Stelle stehen wird.“

Auf den ersten Blick schien es tatsächlich so, als ob der Wahlsieg Orbán nicht nur innenpolitisch, sondern auch international und in der EU stärken würde. Allerdings sollte sich bald zeigen, dass diese Annahme sich als unzutreffend erwies. Aufgrund der ambivalenten Position Orbáns zu den Maßnahmen von EU und NATO gegen Russland und zur Unterstützung der Ukraine, isolierte sich die ungarische Regierung zunehmend. Selbst innerhalb der Visegrád 4 rückten die Partner von Ungarn ab und übten deutliche Kritik.

Obwohl Fidesz-KDNP die neue Legislaturperiode aus einer Position der Stärke in Angriff nehmen kann, sieht sich die künftige Regierung mit großen Herausforderungen konfrontiert. Haben sich doch aufgrund des Krieges in der Ukraine die weltwirtschaftlichen Aussichten eingetrübt und ein Ende des inflationären Zyklus ist noch nicht absehbar. Dies stellt die materiellen Grundlagen der unorthodoxen Wirtschaftspolitik Orbáns sowie das Versprechen eines steigenden Lebensstandards für alle UngarInnen zusehends in Frage. Es lässt sich heute nicht absehen, wie die Wahlgeschenke und die vor der Wahl verhängten Preisstopps sowie die 2014 eingeführte Senkung der Nebenkosten für Privathaushalte auf Dauer aufrechterhalten werden können. Verschärft werden diese Probleme durch das Ausbleiben der Mittel aus dem EU COVID Aufbau- und Resilienzfonds sowie der möglichen Zurückhaltung weiterer EU-Mittel aufgrund der im Rahmen des Rechtsstaatskonditionalitätsmechanismus drohenden Sanktionen. Orbán wird wohl aller Voraussicht nach versuchen, Austeritätsmaßnahmen zu vermeiden. Stattdessen hat die Regierung bereits Sondersteuern für multinationale Unternehmen beschlossen.

Innenpolitisch ist die dominierende Position von Fidesz-KDNP unangefochten. Die Parteien der vereinigten Opposition sind damit beschäftigt, die Ursachen der Wahlniederlage aufzuarbeiten und sich neu zu organisieren.

Die vereinigte Opposition ist mit sechs Fraktionen im neuen Parlament vertreten. DK konnte die Zahl ihrer Mandate auf 15 fast verdoppeln und stellt die größte oppositionelle Fraktion. Die erstmals im Parlament vertretene Momentum-Bewegung konnte sich zunächst elf Mandate sichern, allerdings wurde der unabhängige Abgeordnete Ákos Hadházy entgegen der ursprünglichen Planung nicht in die Fraktion aufgenommen und wird als Unabhängiger im Parlament sitzen. Jobbik ist ebenso wie die MSZP mit zehn Mandaten vertreten. Párbeszéd verfügt über sieben und LMP über fünf Abgeordnete. Die nicht

zum Oppositionsbündnis gehörende rechtsradikale Partei Mi Hazánk nimmt schließlich mit sechs Mandaten im Parlament Einsitz.

Vor der Übernahme der Mandate entspann sich innerhalb der vereinigten Opposition eine Diskussion darüber, wie sie ihren Protest gegen die als unfair empfundene Wahl am besten zum Ausdruck bringen kann. Die Vorschläge reichten vom Verzicht auf die Mandate, um nicht die unfairen Wahlen zu legitimieren, bis zu symbolischen Gesten. So wurde etwa erwogen, die Mandate erst verspätet anzunehmen. Allerdings wurden diese Überlegungen durch Fidesz ausgehebelt, da der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei, Máté Kocsis, drohte, diejenigen KandidatInnen der Oppositionsparteien von der Verteilung der Ausschussvorsitze und stellvertretenden Vorsitze auszuschließen, die den Amtseid nicht abgelegt haben. Damit hat sich die Boykottandrohung von Teilen der vereinten Opposition erübrigt. Wieder einmal ist es Fidesz-KDNP gelungen, sich in einem Machtkampf durchzusetzen.

Mittlerweile zeichnen sich deutliche Risse auf der Seite der ehemals vereinigten Opposition ab. Insbesondere für Jobbik scheint das Resultat der Parlamentswahl schwer verdaulich zu sein. Innerhalb der Partei tobt ein Machtkampf zwischen Parteiführung und Fraktion. Die Oppositionsparteien stehen vor dem Dilemma, längerfristig ihr eigenes Profil schärfen und gleichzeitig eine gewisse Form der Kooperation aufrechterhalten zu müssen. Die grundlegende Schwierigkeit besteht darin, dass die linken Oppositionsparteien sich in programmatischer Hinsicht nicht hinreichend unterscheiden, um eine eigenständige Existenz zu rechtfertigen. Diese beruht vor allem auf der persönlichen Inkompatibilität ihrer Führungspersönlichkeiten. Aus diesem Grund scheint die langfristige Aufrechterhaltung der oppositionellen Einheit keineswegs gesichert.

Obwohl die Arbeit der Regierung in den Wahlen eindrucksvoll bestätigt wurde, hat der Regierungschef die Struktur der Regierung und der

Ministerien grundlegend verändert, um sie – gemäß seinen Worten – auf die anstehenden Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode auszurichten. Damit ging auch ein größeres personelles Revirement einher. Die am 24. Mai 2022 vereidigte neue Regierung besteht aus elf Ministerien, die in drei große Bereiche (Betrieb, Entwicklung und Dienstleistung) zusammengefasst werden. Hinzu kommen drei Minister ohne Geschäftsbereich. Außerdem wurden die beiden ehemaligen „Superministerien“ EMMI und ITM aufgeteilt und neue Ministerien eingerichtet. Auffällig ist, dass sich die Portfolios zahlreicher Ministerien, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, nicht klar voneinander abgrenzen lassen, sodass die Zuordnung von Verantwortlichkeiten nur schwer möglich ist. Nach wie vor sind für die besonders exponierten Politikbereiche der öffentlichen Bildung sowie des Gesundheitswesens keine eigenständigen Ministerien vorgesehen. Beide Bereiche wurden neu dem Innenministerium zugeordnet. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Stellung des Ministerpräsidenten weiter gestärkt wurde. Ihm sind sowohl das Ministerpräsidentenamt als auch das Kabinettsbüro (beide sind als eigenständige Ministerien organisiert) zugeordnet. Zusammen fungieren sie quasi als Think Tank für die gesamte Regierung und lenken die Aufgaben der Ministerien.

Der erneute Wahlsieg von Fidesz-KDNP hat die bestehenden Machtverhältnisse zementiert und bietet Viktor Orbán die Gelegenheit, den Umbau des Landes in seinem Sinne weiter voranzutreiben. Eine erste Verfassungsänderung zur Einführung eines neuartigen Ausnahmezustandes im Falle von bewaffneten Konflikten in Nachbarstaaten wurde bereits verabschiedet und der entsprechende Ausnahmezustand verhängt. Die ersten Maßnahmen der Regierungsparteien haben außerdem gezeigt, dass die konfrontative Politik weiter fortgesetzt wird und keine Gesten Richtung Opposition zu erwarten sind.

Ellen Bos, Zoltán Tibor Pállinger

„Gegenwärtige Entwicklungen und Herausforderungen in der Europäischen Union – Die Rolle von Institutionen“

Neuerscheinung

Die Europäische Union bewegt sich seit Längerem im Krisenmodus und sucht Antworten auf vielfältige Probleme. Dieser Sammelband widmet sich unterschiedlichen Themen aus interdisziplinärer Perspektive, um Antworten und Analysen aus der Forschung vorzustellen.

Vielfältige Probleme beschäftigen die Europäische Union sowohl im Inneren als auch im Äußeren. Im Äußeren zählen dazu sicherlich die fortwährende Migrationskrise, Sicherheitsfragen in Nahost und die anhaltenden Spannungen mit Russland und China. Aber gerade auch im Inneren stellt sich die Frage nach der Funktionsfähigkeit der Institutionen in Wirtschaft und Politik. Entlang dieser Herausforderungen behandeln die acht unterschiedlichen Beiträge in diesem Sammelband Teilaspekte dieser komplexen und zum Teil interdependenten Fragestellungen.

Dazu wird in diesem Sammelband die Frage nach der Förderung von Bildungsmöglichkeiten syrischer Geflüchteter in Jordanien gestellt. Was wiederum die Frage nach Führung in der EU auf die Tagesordnung ruft, die anhand der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 untersucht wird. Über allem schwebt die Frage, wie Institutionen – im Sinne von Douglas C. North – innerhalb der EU funktionieren oder

eben dysfunktional sind. Hierzu werden aus dem öffentlichen Sektor beispielhaft öffentliche Ausschreibungen und der Verhaltenskodex für die Mitglieder der Europäischen Kommission untersucht. Des Weiteren wird die Wirkung der Regulierung von Altersgrenzen im Bereich der Rentenpolitik am Beispiel Deutschlands analysiert. Ferner wird im Bereich der Gesundheitspolitik die Wirkung der Arzneimittelpreisbildung auf europäischer Ebene verglichen. Aus dem Privatsektor wird ein Schlaglicht auf den regulatorischen Bereich der Schifffahrtsfinanzierung geworfen. Da sich Finanzfragen in der EU seit der Einführung des Euros stark gewandelt haben, wird auch ein historischer Vergleich der Politik der Europäischen Zentralbank mit der Österreich-Ungarischen Notenbank vollzogen.

Somit vereint der Sammelband vielfältige Beiträge aus den drei Disziplinen Geschichts-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Sie sind Ergebnis eines fruchtbaren Austausches im Rahmen der 2. Interdisziplinären Doktorandenkonferenz „Gegenwärtige Entwicklung und Herausforderungen in der Europäischen Union – Die Rolle von Institutionen“ an der Andrássy Universität Budapest.

Der 218 Seiten umfassende Sammelband ist 2021 in den „Schriften zur Europapolitik Band Nr. 26“ im Ver-



Der 2021 erschienene Sammelband vereint Erkenntnisse der zweiten Interdisziplinären Doktorandenkonferenz an der AUB.

lag Dr. Kovac Fachverlag für wissenschaftliche Literatur erschienen.

Felix A. Dörstelmann

Florian Bucher, Felix A. Dörstelmann, Tomaž Mesarič, Erik Pelters, Claus Pöhlmann (Hrsg.):
Gegenwärtige Entwicklungen und Herausforderungen in der Europäischen Union – Die Rolle von Institutionen,

Hamburg 2021, 218 Seiten
ISBN 978-3-339-12684-9 (Print)
ISBN 978-3-339-12685-6 (eBook)

Plagieren ist kein Kavaliersdelikt

Die Arbeit der „Ombudsleute zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ an der AUB

Die AUB legt – wie viele andere Universitäten auch – großen Wert auf die Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Laut Studienordnung verpflichten sich die Studierenden bereits bei der Einschrei-

bung mittels verbindlicher Erklärung, die Regelungen der an der AUB erlassenen „Ordnung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ (OSP) einzuhalten (Studienordnung §9(6)). In der OSP findet sich ausführlich er-

klärt, was unter „guter wissenschaftlicher Praxis“ zu verstehen ist (die OSP ist, wie alle anderen Dokumente auch, auf der Webseite der AUB abrufbar; der Link findet sich auch unter „Weitere Informationen“). Umso befremd-

licher ist es, dass die Anzahl der in Haus- und Abschlussarbeiten an der AUB gefundenen Plagiate in letzter Zeit stark gestiegen ist. Aus diesem Grund sehen wir uns veranlasst, auf die Funktion und Arbeit der „Ombudsleute zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ hinzuweisen, welche an der AUB tätig sind.¹

Der Senat ernannte 2014 Michael Anderheiden (Fachbereich Rechtswissenschaften) und Ursula Mindler-Steiner (Fachbereich Geschichtswissenschaften) zu Ombudsleuten zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis,² die seither gemäß der OSP diese Funktion ausüben und der „Kommission zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ wie auch dem Senat über ihre Tätigkeit regelmäßig Bericht erstatten.³ Die „Kommission zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ setzt sich aus dem Prorektor bzw. der Prorektorin für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs, drei UniversitätsprofessorInnen sowie einem Mitglied der Studierendenvertretung zusammen (OSP §5(3)).

Was ist ein wissenschaftliches Fehlverhalten?

§5(1) OSP besagt: „Fehlverhalten in der Wissenschaft und Plagiate im Besonderen gelten als schuldhaft und schwerwiegende Pflichtverletzungen ... [und sind] ein Verstoß gegen das Urheberrecht“. In §3 OSP wird genau definiert, was alles unter „Fehlverhalten in der Wissenschaft“ zu verstehen ist, von „Falschangaben“ über die „Verletzung geistigen Eigentums“ bis hin zur „Beteiligung am Fehlverhalten anderer“. Im Regelfall werden den Ombudsleuten mutmaßliche Plagiatsvergehen gemeldet.

Was tun bei einem bestehenden Verdacht?

Handelt es sich um eine Täuschungshandlung im Rahmen eines Prüfungsversuches, ist dieser von der Prüfungsaufsicht im Akt zu vermerken und die Studiengangsleitung zu informieren (Allg. Studienordnung in §9(5)).

Handelt es sich um ein wissenschaftliches Fehlverhalten im Rahmen einer schriftlichen Arbeit (z. B. Plagiat), so

werden die LehrveranstaltungsleiterInnen, BetreuerInnen und GutachterInnen gebeten, sich so rasch wie möglich schriftlich an die Ombudsleute zu wenden (kurze Darstellung des Sachverhalts sowie entsprechende Belege). Die Ombudsleute werden sich dann vertraulich um den Fall kümmern.

Konsequenzen eines Fehlverhaltens: Von einer Aussprache bis zum Disziplinarverfahren

Bezüglich möglicher Konsequenzen sind zwei Ebenen zu unterscheiden:

- 1.) *Die Studiengangsleitung berichtet der Studienkommission über die Täuschungshandlung. Diese kann darüber entscheiden, ob ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird oder nicht (Allg. Studienordnung §9(5)).*
- 2.) *Die Ombudsleute werden über ein mutmaßliches schriftliches Plagiat informiert. Diesbezüglich listet §5 OSP die Maßnahmen auf, die ergriffen werden können: Es kommt zu einer Aussprache bzw. kann der Fall gegebenenfalls auch an die „Kommission zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ abgegeben werden.*

Ablauf bei Einschaltung der Ombudsleute

Die Ombudsleute sind „Ansprechpartner für alle Angehörigen der Universität und beraten als Vertrauenspersonen diejenigen, die sie über ein vermutetes Fehlverhalten in der Wissenschaft schriftlich und mit entsprechenden Hinweisen informieren. [...] Sie können ohne Berücksichtigung des Dienstweges kontaktiert werden.“ (OSP §5(2)).

Wird den Ombudsleuten ein vermutetes Fehlverhalten gemeldet, wird von ihnen als erstes die Plausibilität der Vorwürfe geprüft. Ebenso wird eruiert, ob es sich um einen Erstverstoß handelt oder nicht. Anschließend

werden der/die Betroffene sowie die Lehrveranstaltungsleitung zu einem Gespräch eingeladen. OSP §5 (6) besagt: „Im Falle eines Erstverstoßes eines Studierenden im Rahmen einer Prüfungsleistung während des Studiums kann es bei einer einvernehmlichen Aussprache zwischen prüfender Person, Studierender/Studierendem und den Ombudsleuten bleiben.“

Das Protokoll über die Aussprache wird an die „Kommission zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ zur Information weitergeleitet. Wenn diese keinen Handlungsbedarf sieht, ist das Verfahren zu Ende.

Wenn es sich jedoch nicht um einen Erstverstoß, sondern um ein wiederholtes Fehlverhalten handelt, so wenden sich die Ombudsleute an die „Kommission zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ mit der Bitte um weitere Überprüfung des Falles. Nachdem diese erfolgt ist, kann die Kommission gemäß der Disziplinarordnung der Universität disziplinarische Maßnahmen ergreifen, die bis zum Ausschluss aus der Universität führen können.

Kontakt (Ombudsleute):

Prof. Dr. Michael Anderheiden:
michael.anderheiden@andrassyuni.hu
 Dr. Ursula K. Mindler-Steiner:
ursula.mindler@andrassyuni.hu

Weitere Informationen:

Allgemeine Studienordnung:
www.andrassyuni.eu/docfile/de-3401-aso-gultig-vom-2021-07-12.pdf

Disziplinarordnung:
<https://www.andrassyuni.eu/docfile/de-3691-disziplinar-ordnung-2022.pdf>

Kommission zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis:
www.andrassyuni.eu/universitat/organisation/gremien.html

Ordnung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis:
www.andrassyuni.eu/docfile/de-1985-ordnung-zur-sicherung-guter-wissenschaftlicher-praxis-gultig-vom-21-09-2017.pdf

Es gilt die wissenschaftliche Integrität der AUB und ihrer Angehörigen zu wahren. Was bereits 2017 festgehalten wurde, hat nicht an Gültigkeit verloren: „Plagieren ist kein Kavaliersdelikt. Intellektuelle Redlichkeit ist eine Grundvoraussetzung für gute wissenschaftliche Arbeit. Dies entsprechend zu vermitteln obliegt unter anderem den Lehrenden an den Universitäten. Kommt es in Seminar- und Abschlussarbeiten bereits zu wissenschaftlichem Fehlverhalten und mangelt es an einem entsprechenden Unrechtsbewusstsein, so kann man davon ausgehen, dass sich dieses Verhalten auch nach dem universitären Abschluss fortsetzt. Ein derartiges Fehlverhalten schadet nicht nur dem Urheber des Plagiats, sondern dem Ansehen des gesamten

Faches und wirkt sich darüber hinaus gegebenenfalls negativ auf den Ruf der Universität aus, an welcher der/die Betroffene seinen/ihren Abschluss erlangte. All dem will die Universität vorbeugen. Daher schenkt sie der Sicherstellung guter wissenschaftlicher Praxis ein besonderes Augenmerk und ist bemüht, einerseits das Bewusstsein und das Verständnis für die Herausforderungen korrekter wissenschaftlicher Arbeit zu fördern sowie andererseits entsprechendes Fehlverhalten so früh wie möglich aufzuklären und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.“⁴

Wir bedanken uns bei all jenen, die sich bisher vertrauensvoll an uns gewandt und konstruktiv an den Aussprachen mit den betroffenen Studie-

renden mitgewirkt haben. Und wir laden auch weiterhin alle LehrveranstaltungsleiterInnen, Studierenden und WissenschaftlerInnen dazu ein, sich an uns zu wenden, wenn sie einem vermuteten wissenschaftlichen Fehlverhalten begegnen.

*Michael Anderheiden,
Ursula Mindler-Steiner*

¹ Der vorliegende Beitrag folgt im Wesentlichen einem Artikel, der bereits in der 12. Ausgabe der „Andrassy Nachrichten“ (1/2017, Seite 60) abgedruckt wurde und einen Überblick über die Arbeit der Ombudsleute gibt.

² Senatsbeschluss 121/2014 vom 11.12.2014.

³ Senatsbeschluss 29/2014, i.d.F. gültig vom 21.9.2017; siehe auch die Links unter „Weitere Informationen“.

⁴ Anderheiden Michael / Mindler-Steiner Ursula, „In der Schummelfalle“. In: Andrassy Nachrichten, 12. Ausgabe (1/2017), Seite 60.

Kooperation der AUB mit der Deutsch-Kasachischen Universität (DKU) in Almaty



Botschafter Soltanov, Prof. Beimenbetov, Dr. Krefz, Prof. Mayer

Die AUB arbeitet seit einigen Jahren eng mit der DKU in Almaty zusammen. So studieren derzeit einige Bachelor-AbsolventInnen der DKU an der AUB. Im Sommersemester 2021 besuchten die DKU Professoren Beimenbetov und Mayer im Rahmen des Erasmus Mobility Programms die AUB. Ende Mai erwiderte Dr. Krefz den Besuch in Almaty, wo er u.a. zusammen mit dem ehemaligen Berater des kasachischen Präsidenten und vormaligen Botschafter seines Landes in Berlin, Soltanov, eine Vortragsveranstaltung zur chinesischen „Belt and Road Initiative“ hielt, in der er die Frage behandelte, inwieweit diese Zentralasien mit Europa verbindet.

Fotos: H. Krefz



Prof. Beimenbetov, Dr. Krefz, Rektor Rommel, Frau Rommel, Prof. Mayer

Erasmus 2.0 – neue Elemente seit 2021

Das Erasmus+ Programm der EU startete 1987, vor knapp 35 Jahren. Seitdem wurde es stetig an aktuelle Bedürfnisse und Gegebenheiten angepasst und so für immer mehr Gruppen zugänglich. Die einzelnen Programmphasen dauern jeweils sieben Jahre. Seit 2021 hat die neue Phase begonnen, die wichtige und grundlegend neue Verbesserungen mit sich bringt.

Das Hauptaugenmerk der jetzigen Programmphase liegt auf den Themen Digitalisierung, Inklusion sowie „Green Erasmus“ und ziviles Engagement. Die Europäische Union hat dafür ein umfangreiches Budget bereitgestellt, mit dem mehrere neue Elemente entwickelt wurden. Diese sollen den Erasmus-Aufenthalt für alle Teilnehmenden (Studierende, Promovierende, Dozierende und Mitarbeitende der Universitäten) einfacher gestalten.



Eines dieser neuen Elemente, das Erasmus Without Paper (EWP), ist ein Datenaustausch-Netzwerk, mit dessen Hilfe Daten zwischen Universitäten nur noch auf digitalem Wege ausgetauscht werden. Dadurch wird der Verwaltungsaufwand deutlich verringert.



Zum jetzigen Zeitpunkt vereinfacht das Online Learning Agreement (OLA) die Zeit vor der Mobilität. Learning Agreements (LA) werden digital im Portal www.learning-agreement.eu erstellt, der Versand von LAs in Papierform oder per E-Mail wird der



Vergangenheit angehören. Dabei kommt den Mobilitätsteilnehmenden auch das eduID zugute, das einen allumfassenden Account auch für die Erasmus Online-Dienste darstellt und die Komplexität und die Sicherheitsrisiken bei den Anmeldeprozessen reduziert.

Im Bereich der Chancengleichheit stellt die EU mit dem „Zuschuss für Chancengleichheit“ neue Mittel zur Verfügung. So können bereits Teilnehmende, die aufgrund der COVID-19-Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, von diesen neuen Zuschüssen profitieren. Im Bereich der Nachhaltigkeit und des „Green Erasmus“ wird mittlerweile der Gebrauch nachhaltiger Verkehrsmittel finanziell gefördert, was zu einer Zunahme der Mobilität mit umweltfreundlichen Transportmitteln sowie zu einer Verringerung des ökologischen Fußabdrucks des Erasmus+ Programms beitragen soll.



Das Element, welches den Erasmus-Aufenthalt in Zukunft womöglich am meisten vereinfachen wird, ist die neue als single entry point dienende Erasmus Mobile App. Es ist vorgesehen, dass die App sowohl für die Bewerbung als auch für die Verwaltung von wichtigen Dokumenten (z. B. LAs), sogar bis hin zu Erlebnisberichten genutzt wird, wobei die App erst ab 2024/25 vollkommen funktionsfähig sein wird.

Rückblickend auf die 35 Jahre Erasmus ist es erstaunlich, wie viele Teilnehmende grenzüberschreitende Erfahrungen gemacht haben. Die Frage nach dem Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den EU-BürgerInnen nimmt einen immer größeren Stellenwert ein. Grenzüberschreitende Kontakte sind enorm relevant, um eine kollektive europäische Identität zu entwickeln. Erasmus+ gilt dabei als das wichtigste Projekt der EU-Kommission, mit dem solche Kontakte möglich gemacht und die Förderung einer europäischen Identität verfolgt werden können. Umso schöner ist es, wenn die neuen Elemente dazu beitragen, noch mehr Personen eine vereinfachte und papierlose Mobilität zu ermöglichen, um das Beste aus dieser einzigartigen Erfahrung zu machen.

Julian Hampe, Emese Kürti

Praxis der Diplomatie

Im Rahmen einer kleinen Feier überreichte Dr. Kreft im Juni die Teilnahmezertifikate an einige der Studierenden, die an einem der drei vom Auswärtigen Amt finanzierten Workshops zur Praxis der Diplomatie – Medientraining, Public Speaking in English und Vorbereitung auf den EU-Concours – teilgenommen hatten. Mit über 60 Teilnehmenden – darunter einigen Rechtsreferendaren und Rechtsreferendarinnen aus Baden-Württemberg – war die Vorbereitung auf das Auswahlverfahren der EU wieder der populärste Workshop. Bei den anderen war allerdings auch die Teilnehmerzahl gedeckelt.



Zertifikatsübergabe mit Dr. Kreft in der Kossutheria

Foto: M. Patarsits

Personalia

Im Sommersemester wurde Dr. Thomas Mayr-Harting mit der Leitung des Lehrstuhls für Diplomatie I. beauftragt. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien (Dr. iur.) und Europarecht am Collège d'Europe in Brügge. Er verfügt über mehr als 40 Jahre Erfahrung in der österreichischen und europäischen Diplomatie. Dr. Attila Vincze verließ die AUB, und den so frei gewordenen Posten am Lehrstuhl für Europäisches Öffentliches Recht erhält Prof. Dr. Herbert Küpper.

Zum Ende des Jahres 2021 verließ dr. habil. Krisztina Slachta die Stabsstelle des Rektoratskollegiums, ihre Position als

Hauptreferentin für Forschungsangelegenheiten wurde von Anikó Németh besetzt. Im Studienreferat begrüßten wir als neue Referentin Júlia Németh, das Referat für Marketing und Kommunikation wurde mit Laura Beurer und Csaba Szalai vervollständigt. Zum Semesterende verabschiedete sich Gyöngyi Kovács, Hauptreferentin für Finanzangelegenheiten.

Wir danken allen ehemaligen KollegInnen für ihre Arbeit und wünschen ihnen viel Erfolg auf ihrem weiteren Lebensweg. Alle neuen MitarbeiterInnen heißen wir herzlich willkommen und wünschen ihnen viel Spaß und Erfolg bei der Arbeit an der AUB!

Veranstaltungen im Sommersemester 2021/22

UNIVERSITÄT, LEHRSTÜHLE, DOKTORSCHULE

Deutsch-Ungarisches Forum 2021

II. Paneldiskussion

Am 14. Dezember 2021 fand die zweite Paneldiskussion des Deutsch-Ungarischen Forums 2021 statt. Das Thema lautete: „Nachhaltigkeit: Wie können wir wirtschaftliche Erfordernisse und gesellschaftliche Verantwortung für künftige Generationen verbinden?“

Zunächst begrüßte Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Rektor der Andrásy Universität Budapest (AUB), alle Teilnehmenden. In seiner Begrüßungsrede stellte er die besondere Bedeutung der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft dar. Dieser Begrüßung schloss sich auch Maren Schoening, Vorsitzende des Deutsch-Ungarischen Jugendwerks, an. Sie gab einen kurzen Rückblick auf den ersten Workshop des Forums, der sich thematisch nahe an dieser Paneldiskussion bewegt hatte.

Moderatorin Dr. Kristina Kurze, Dozentin an der AUB, stellte die eingeladenen Expertinnen und Ex-

perten vor. Dr. Erzsébet Schmuck, Fraktionsvorsitzende von LMP, referierte in ihrem Eröffnungsstatement über internationale Abkommen, die zwar Ziele setzen würden, aber nicht eingehalten würden, sodass kein nachhaltiges Handeln stattfinden könne. Weiterhin bezweifelte sie die Möglichkeit von nachhaltigem Wirtschaftswachstum. Barbara Zollmann, geschäftsführender Vorstand der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer, nutzte ihr Eröffnungsstatement, um klarzustellen, dass es sich bei Nachhaltigkeit um eine globale Aufgabe handele. Anschließend stellte sie die nachhaltige Entwicklung in der deutschen Industrie vor. Attila Steiner, Staatssekretär für die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft, der Energie- und Klimapolitik im Ministerium für Innovation und Technologie, sprach zunächst über die bisherigen Zielsetzungen Ungarns und die dadurch initiierten positiven Entwicklungen. Es sei nun wesentlich über die Umsetzung die-

ser Ziele zu sprechen, damit sie erreicht werden können.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden Werkzeuge und ihre Wirkungen zur Erreichung einer klimaneutralen Gesellschaft vorgestellt. Es wurde über Vor- und Nachteile debattiert und viele verschiedene Sichtweisen der Expertinnen und Experten wurden erläutert. Es wurde deutlich, dass es für eine nachhaltige Entwicklung nicht nur auf die Frage der Energiegewinnung, sondern unter anderem auch auf die Verkehrswende und den Konsum aller BürgerInnen ankommt.

Zum Abschluss gab es wie gewohnt die Möglichkeit für die Teilnehmenden, Fragen an die Experten und Expertinnen zu stellen. Anschließend verabschiedete Maren Schoening alle Teilnehmenden und bedankte sich für die fruchtbare Diskussion.

Die Veranstaltung wurde von der Andrásy Universität Budapest und vom Deutsch-Ungarischen Jugendwerk im Auftrag des Auswärtigen Amtes und des ungarischen Ministeri-

ums für Auswärtiges und Außenhandel organisiert. Das Programm wurde mit Unterstützung der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handels-

kammer, dem Auslandsbüro Ungarn der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, dem Ungarischen Rat der

Europäischen Bewegung sowie dem Auslandsbüro Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung verwirklicht.

Lukas Appenzeller



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



DEUTSCH-UNGARISCHES JUGENDWERK
MAGYAR-NÉMET IFJUSÁGÉRT EGYESÜLET



Auswärtiges Amt



MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGES UND
AUßENHANDEL VON UNGARN

Der Stellenwert der Energie in der Weltpolitik

*Zwischen Green Deal und Nord Stream II – Die Geopolitik der europäischen Energiesicherheit
Gespräch vom 8. Dezember 2022*

Welchen Einfluss hat die Energiesicherheit heutzutage auf die Beziehungen zwischen Europa und Russland und die Weltpolitik? Auf diese Frage ging der Politikwissenschaftler Dr. Frank Umbach im Gespräch mit Dr. Heinrich Kreft ein.

Im Rahmen des IB-Dialogs mit dem Titel „Zwischen Green Deal und Nord Stream II – Die Geopolitik der europäischen Energiesicherheit“ sprach der Forschungsleiter des Centre for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS) an der Universität Bonn, Dr. Frank Umbach, mit dem Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II an der Andrassy Universität, Dr. Heinrich Kreft, über den Einfluss externer Faktoren auf den Energiesektor sowie den Einfluss des Energiesektors auf die globale Politik, insbesondere auf die Beziehungen zwischen Europa und Russland.

Gleich zu Beginn des Gesprächs betonte Umbach, die Energiepolitik und ihre Instrumentalisierung sei eines der heißesten Themen der Weltpolitik derzeit.

Ein markantes Beispiel hierfür sei die Krise von 1973, als alle arabischen OPEC-Mitglieder sowie Ägypten und

Syrien erklärt hatten, dass sie kein Öl an Länder liefern würden, die Israel im „Yom Kippur-Krieg“ mit Syrien und Ägypten unterstützten. Das hatte sich unmittelbar auf den Ölpreis ausgewirkt und im Vereinigten Königreich, in Kanada, den Niederlanden, den USA, Japan und Deutschland zu Schlangen vor den Tankstellen geführt. Energiesicherheit sei auch heute integraler Bestandteil der nationalen Sicherheit eines jeden Staates, denn ohne Energie könne kein Staat funktionieren, so Umbach.

Umbach wies darauf hin, dass die Europäische Union ein Gleichgewicht zwischen genereller Energieversorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und dem Klimaschutz im Rahmen des European Green Deal finden müsse. Russland spiele auch in Zukunft eine wichtige Rolle für die Energiesicherheit Europas.

Umbach erläuterte die vielfältigen Abhängigkeiten der europäischen Energieversorgung und den Einfluss den Russland dadurch auf Europa habe.

Ernsthafte Diskussionen über die Verringerung der Abhängigkeit von Energielieferungen aus Russland z. B. durch die Entwicklung erneuerbarer

Energiequellen hätten nach Beginn des Gaskonflikts zwischen Russland und der Ukraine in den Jahren 2005–2006 begonnen.

Die Suche nach neuen Wegen zur Bereitstellung von Energieressourcen erfordere aber Sicherheit gegen direkte und Cyberangriffe. Außerdem könne der Aufbau von Anlagen für erneuerbare Energien die Abhängigkeit von China erhöhen, das über 60% aller Mineralien besitze, die für diese Anlagen benötigt würden.

Am Ende der Veranstaltung wurde die Frage gestellt, ob die Europäische Union nicht Investitionen in die Erschließung alternativer Rohstoffvorkommen fördern könne. Laut Umbach ist das zwar möglich, aber das Hauptproblem besteht darin, dass die Umweltverschmutzung durch die Förderung dieser Ressourcen zwar global, aber nicht lokal reduziert werden könne. Eine Reihe von Fragen betraf auch die Rolle der Ukraine in den europäisch-russischen Energiebeziehungen, die Sicht der Medien auf das Geschehen und die Verlässlichkeit der erneuerbaren Energien, um die Energiesicherheit der EU langfristig zu gewährleisten.

Eldaniz Gusseinov

Taiwans wirtschaftliche Sicherheit als eine Frage nationaler Sicherheit

Wegen der politischen Isolation begann Taiwan eine eigene Innovations- und Wirtschaftsdiplomatie zu entwickeln. Die Wirtschaft ist

daher wichtig für die nationale Sicherheit der Insel. Taiwans Vertreter in Ungarn, Shih-chung Liu, hielt drüber einen Vortrag.

Am 15. Februar 2022 lud der Lehrstuhl für Diplomatie II Shih-chung Liu, den Vertreter Taiwans in Ungarn, an die Andrassy

Dr. Heinrich Kreft hält die Einführungsrede



Universität ein. Zu Beginn der Veranstaltung sprach Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Zentrums für Diplomatie, über die Verbindungen zwischen dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und zwischen China und Taiwan. Trotz der politischen Isolation sei Taiwan in die Weltwirtschaft integriert und betreibe eine aktive Innovations- und Technologiepolitik.

Liu begann seinen Vortrag, indem er auf die geopolitische Bedeutung von Chips einging. Chips spielten eine große Rolle, da sie in vielen Arten von Technologien (Autos, Smartphones,

Computern usw.) verwendet werden, so Liu. Taiwan, genauer das taiwanische Unternehmen TSMC, sei der größte Chiphersteller und -lieferant, wohingegen China in diesem Bereich weit hinterherhinkte. Ein hypothetischer Krieg zwischen China und Taiwan würde den Zugang zu diesen Chips gefährden, was schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für die Welt haben könnte.

Liu sprach auch über die Sicherheit im pazifischen Raum, die Geschichte der Beziehungen zwischen Taiwan und den USA und die Rolle von Bündnissen wie QUAD und AUKUS in der Region.

Er wies darauf hin, dass unter anderem die wirksame Abschreckung, eine ausreichende Verteidigungsfähigkeit, die Förderung der Demokratie sowie wirtschaftliches Engagement wichtige Teile der taiwanesischen Strategie in der indopazifischen Region seien.

Was die Wirtschaft betreffe, sei seit den Handelskriegen zwischen den USA und China ein Teil der taiwanesischen Produktion aus China auf die Insel zurückgeholt worden, was sich positiv auf die Wirtschaft der Insel ausgewirkt habe. Liu schloss mit einer Erläuterung des erfolgreichen Modells Taiwans im Umgang mit der Ausbreitung von COVID-19 und der Entwicklung der Demokratie auf der Insel. Taiwan sei eine der fortschrittlichsten Demokratien Asiens, obwohl die Demokratie in der Welt abnehme.

Liu zeigte auch aktuelle Umfragedaten zur Selbstidentifikation. Während sich die TaiwanerInnen in der Vergangenheit eher als ChinesInnen gesehen hätten, habe sich die Identifikation der Bevölkerung mit dem Generationenwechsel verändert, sodass sich heute 70% vornehmlich als TaiwanerInnen identifizieren.

Nach dem Vortrag hatten die Zuhörenden noch die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen und sich mit dem Referenten auszutauschen.

Eldaniz Gusseinov

Aktuelle politische Herausforderungen aus der Perspektive Deutschlands und ihre Auswirkungen für den globalen Süden

MdB Volkmar Klein berichtete über die entwicklungs- und sicherheitspolitischen Herausforderungen durch die Corona Pandemie, die Klima-Krise und den Krieg in der Ukraine.

Am 28. Februar 2022 organisierte das Zentrum für Diplomatie der Andrássy Universität mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung einen Vortrag zum Thema „Corona-Pandemie und Klima-Krise – Große

Herausforderungen für den globalen Süden“. Vortragender war Volkmar Klein, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Neben den Herausforderungen durch die COVID-19 Pandemie und die Folgen des Klimawandels, war auch der Krieg in der Ukraine Thema der Veranstaltung. Die Aussage des

ehemaligen Ministers Müller, dass die Corona Pandemie nur global zu lösen sei, nutzte Klein, um zu untermauern, dass die Auseinandersetzung mit dem Globalen Süden trotz der alles überschattenden sicherheitspolitischen Herausforderungen im Hinblick auf die Ukraine nicht weniger notwendig sei. Er betonte, die Corona Pandemie sei lösbar, unter anderem durch die COVAX Initiative, es bedürfe aber erhöhter Aufmerksamkeit seitens des Westens, denn auch in Afrika müsse

man für Verständnis, Zustimmung und Akzeptanz für Impfungen werben. Bezüglich der Freigabe von Impfpflichten hielt MdB Klein fest, dass Deutschland die Produktion von Impfstoff in Afrika fördern wolle, jedoch unter Wahrung der Eigentumsrechte.

Klein sprach von einem nicht nur ethischen, sondern auch christlichen Anliegen der internationalen Gemeinschaft, solidarisch bei der Krisenbewältigung zu helfen und die Resilienz armer Staaten gegenüber Klima- und Gesundheitsrisiken zu stärken. Das entscheidende Problem der nächsten Jahre liegt laut Klein in der Kombination aus Klima-Krise, Bevölkerungswachstum und Regierungen, die ihrer Bevölkerung keine Perspektiven bieten können. Die Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen sei auch im Interesse Deutschlands, da so bspw. Fluchtursachen bekämpft und Verlässlichkeit für Investitionen geschaffen werden können. Im Hinblick auf Investitionsmöglichkeiten wurde auch Chinas Einfluss in Afrika erörtert.

Hinsichtlich der Perspektiven Deutschlands wurden auch die sicherheitspolitische Neuausrichtung anläss-



MdB Klein spricht über die Corona Pandemie, die Klima-Krise und den Krieg in der Ukraine

lich des Ukraine-Kriegs sowie die Regierungserklärung von Bundeskanzler Scholz diskutiert. Geschlossen wurde damit, dass aktuell offenbleibt, inwiefern wirksame diplomatische Antworten auf die militärische Aggression Russlands gefunden werden können

und was dies für eine künftige europäische Sicherheitsarchitektur heißt.

Lisa Stoffers



Sollten wir Forschungs- und Wissenschaftskooperationen mit Russland abbrechen?

Was kann Wissenschaft in dieser Zeit eigentlich leisten? Kann sie als Brücke dienen oder müssen wir im Sinne unserer demokratischen Werte die Verbindungen nach Russland kappen? – Gespräch mit Ministerin Dr. Manja Schüle.

Die Wissenschaftsministerin des Landes Brandenburg, Dr. Manja Schüle (SPD), sprach am 28. Februar mit Studierenden der Andrássy Universität. Nach der Vorstellungsrunde folgte eine Diskussion über die weitere Zusammenarbeit mit Russland angesichts des Kriegs in der Ukraine. Die wichtigste Frage war: Sollte die Forschungs- und Wissenschaftszusammenarbeit mit Russland ausgesetzt werden?



Wissenschaftsministerin Dr. Schüle wird von Rektor Prof. Dr. Pállinger und der Prorektorin Prof. Dr. Bos empfangen

Die Mehrheit der Anwesenden sprach sich für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung aus, wobei aber eine

Lösung für Sicherheitsfragen gefunden werden müsste. Kristof Schlegel räumte ein, er wisse nicht genau, wie die wissenschaftliche Zusammenar-

beit mit einem Land, das so autoritär regiert wird, fortgesetzt werden könne. Johannes Schmidt entgegnete, dass Wissenschaftsdiplomatie Kulturdiplomatie par excellence sei. Wo normale Diplomatie nicht mehr helfe, könne die Kulturdiplomatie Türen öffnen. Durch einen Austausch zwischen Studierenden und Forschenden über Grenzen hinweg könne die Bedeutung von akademischer Freiheit erklärt und gestärkt werden. Das fördere auch die Zivilgesellschaft und sei in einer entpolitierten Gesellschaft wie der russischen besonders notwendig.

Helena Kern, die an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder studiert, zeigte sich entsetzt über ein Aussetzen der Zusammenarbeit. Austausch und Kooperation seien elementare Bestandteile der Wissenschaft und russischen Studierenden, die nach Deutschland oder ins Ausland kommen wollen, sollte diese Möglichkeit erhalten bleiben.

Schüle betonte dass gerade jetzt kulturdiplomatische Fähigkeiten gefragt seien, um eine friedlichere Welt zu schaffen



Fotos: Zoltán Adrián/ kepszerk.hu

Tanissa Conradi berichtete über ihr Auslandssemester in Russland, für das sie sich entschieden hatte, um Russland wirklich kennen zu lernen. Man dürfe allerdings auch die persönlichen Sicherheitsrisiken nicht vergessen, die mit der Entsendung von Studierenden und Forschenden nach Russland verbunden sind.

Sicherheitspolitik brauche jetzt mehr denn je Menschen mit kul-

turdiplomatischen Fähigkeiten, Fähigkeiten zur Sicherheitskommunikation und Kenntnissen über die osteuropäischen Staaten, so Schüle abschließend. Die Studierenden der Andrássy Universität, so Schüle weiter, seien ein gutes Beispiel dafür. Durch ihr Studium würden sie darauf vorbereitet, eine freiere und friedlichere Welt zu schaffen.

Eldaniz Gusseinov, Schilan Stach

Das Judentum zwischen Religion und Politik

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Religion und Diplomatie“ des Zentrums für Diplomatie der AUB begrüßte Dr. Kreft am 3. März den Rektor des Abraham Geiger Kollegs an der Universität Potsdam, Rabbiner Walter Homolka zu seinem Vortrag mit dem Thema „Das Judentum zwischen Religion und Politik“.

Die von der Hanns-Seidel-Stiftung geförderte Veranstaltungsreihe stellt sich das Ziel, die Rolle des Staates inmitten einer pluralisierten Gesellschaft, sowie Rolle und Aufgaben der verschiedenen Religionsgemeinschaften im umfassenden historischen, gesellschaftlichen, politischen Kontext zeitgemäß darzustellen. Die Vortragsreihe will die historisch-politisch begründete Komplexität sowie die Verantwortung von Staat und Gesellschaft in der Beziehung von Staat und Religionsgemeinschaften, mithilfe von namhaften Referenten darstellen und dadurch Ansatzpunkte zum kreativen, verantwortungsvollen Weiterdenken des Themas bieten.

Unsere Gesellschaft säkularisiert sich nicht, sie pluralisiert sich, betonte Homolka. So sei sie zum Ort der Begegnung geworden; Mehrheiten könnten nur noch im Konsens mit Minderheiten gewonnen werden und jede Orientierungsfrage müsse neu ausgehandelt werden – auch im Wissen um Wahrheitsgewissheiten und -an-

sprüche, die eine gegenseitige Anerkennung und einen Konsens womöglich behindern.

Es gebe keinen Weg zurück in eine nicht-pluralisierte, in eine homogene Gesellschaft. Und die Aufgabe heutiger und künftiger Generationen werde es sein, diesen Pluralismus zu managen, so der Referent.

Was ist die Rolle des Staates inmitten einer solchen Diversität von Religionen, Weltanschauungen und Wertesystemen in ein und derselben Gesellschaft? Was ist die Rolle des Staates angesichts der Koexistenz von religiösen und säkularen Diskursen? Wie können Religionsgemeinschaften ihre Stimmen in diese Diskurse einbringen? Rabbiner Walter Homolka zeigte an einigen jüdischen Beispielen, wie nah sich Religion und Diplomatie heute sein können.

Der Referent gab einen umfassenden historischen Überblick mit konkreten Beispielen für das Zusammenwirken von Staat und jüdischer Religionsgemeinschaft. Er erläuterte dabei im Rahmen dieser historischen Zeitreise die jüdische Position, sowie die Errungenschaften dieser Gemeinschaft auf dem Weg zur Gleichstellung in der deutschen Gesellschaft.

Der Vortrag beschäftigte sich auch mit der Rolle des Staates und der Gesellschaft in einem modernen, pluralisierten Zeitalter, wo Mehrheit und Minderheit sich ständig neu definieren müssen und ihr konstruktives

Potenzial zum Nutzen aller Beteiligten beweisen sollten.

Ein wichtiger Aspekt des Vortrags war die klare Darstellung der Erwartungen an einen modernen Staat seitens des Referenten. Demnach solle er wohlwollende Neutralität zeigen, denn Demokratie bedürfe der Säkularität, der neutralen Öffentlichkeit, in der sich die unterschiedlichen Kulturen und Religionen bewegen und begegnen können.

Rabbiner Homolka stellte aber auch fest, dass nicht alle an die harmoni-

sche Rollenverteilung in einem pluralistischen Staat glauben. Er nannte hier zwei akute Gefahren: den Populismus und den Fundamentalismus. Beide seien Rückgriffe, Rekonstruktionen von unwiederbringlich Verlorenem. Der Referent zitierte Beispiele aus vielen Ländern dafür, wie jüdisch-demokratisches Engagement im Gemeinwesen aussehen kann.

Der Vortrag bot reichlich Stoff für eine lebhaftige Debatte.

Eva Nagy

 **Hanns
Seidel
Stiftung**



Wahrung und Förderung eines umfassenden Sicherheitsbegriffes in Europa

MdB Merle Spellerberg berichtete über den außen- und sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel in Deutschland in Folge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine aus Sicht der Partei Bündnis 90/Die Grünen und über das Kernanliegen menschlicher Sicherheit.

Organisiert vom Zentrum für Diplomatie fand an der AUB am 8. März 2022 ein Dialog zum Thema „Europa vor großen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen“ mit Merle Spellerberg, MdB und Stellvertretende Leiterin der Arbeitsgruppe Außen Bündnis90/Die Grünen, statt.

Spellerberg berichtete über die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, die sich der EU und auch Deutschland aufgrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine stellen. Sie betonte, wie wichtig es sei, stets den diplomatischen Weg offen zu halten, um einen Waffenstillstand zu ermöglichen. Auf Nachfrage erklärte sie den starken Kurswechsel ihrer Partei, die sonst für Frieden, Sicherheit und Abrüstung stehe und nun Waffenexporte in ein Krisengebiet unterstützt. Sie stellte das breite Sicherheitsverständnis ihrer Partei in den Vordergrund und verwies auf

das Kernanliegen der menschlichen Sicherheit, humanitärer Hilfe und des Schutzes von ZivilistInnen und marginalisierten Gruppen. Gleichzeitig betonte Spellerberg die große Bedeutung einer gut ausgestatteten Bundeswehr und der Förderung einer Interoperabilität der europäischen Streitkräfte, was nicht mit einem sinnlosen Aufrüsten zu vergleichen sei. Der Einsatz für nukleares Abrüsten und eine feminine Außenpolitik wären mit dem anlassbedingten Paradigmenwechsel in der deutschen Verteidigungspolitik immer noch vereinbar.

Im Rahmen des erweiterten Sicherheitsverständnisses ging Spellerberg auch auf die ökonomische Sicherheit und die Energiesicherheit in Deutschland ein. Sie betonte, dass Atomkraftwerke weder eine Möglichkeit darstellten, um potenzielle Lücken zu füllen, noch eine langfristige Alternative seien. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Belastung von Privathaushalten durch steigende Energiepreise versicherte sie, es seien Mittel zur Stärkung der ärmeren Menschen vorgesehen. Darüber hinaus wurden auch die Herausforderungen für die Lebensmittelsicherheit vor allem mit Blick nach Afrika thematisiert, welche durch die Einschränkungen des Weizen-

und Maisanbaus in Russland und der Ukraine bevorstehen.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Sanktionen, die von Europa und den USA ergriffen wurden, deutete Spellerberg an, dass diese keine kurzfristige Wirkung zum Ziel hätten. Aktuell seien im Kreml ökonomische Interessen nicht prioritär, deshalb versuche man mit den Sanktionen eine langfristige Schwächung der russischen Führung zu erzielen. Spellerberg betonte im Kontext der zurzeit diskutierten Flugverbotszone, dass die wirtschaftlichen Sanktionen zwar den Konflikt befeuern könnten, jedoch im Gegensatz zu einer Flugverbotszone kein militärischer Akt seien. Die Einrichtung einer Flugverbotszone durch die NATO könne zwar für mehr Sicherheit in der Ukraine sorgen, diese müsse jedoch auch verteidigt werden, was zur Eskalation des Krieges und einem militärischen Einschreiten der NATO führen könnte.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurde im Zusammenhang mit dem aktuell thematisierten EU-Beitritt der Ukraine über strategische Ambiguität gesprochen und es wurden verschiedene Szenarien hinsichtlich des Verhältnisses von Art. 42 (7) EU-Vertrag und Art. 5 NATO-Vertrag erörtert.

Lisa Stoffers

Die Andrássy Universität feiert ihr 20-jähriges Jubiläum

Die Andrássy Universität feiert ihr 20-jähriges Bestehen. Im Rahmen der Jubiläums-Veranstaltungsreihe fand am 22. März 2022 die Jubiläumsfeier mit der Festrede von Prof. Dr. László Palkovics, Minister für Innovation und Technologie von Ungarn, statt.

Bei der Veranstaltung wurden der Jubilarin zahlreiche gute Wünsche übermittelt. Neben einem Rückblick auf die Geschichte der Universität wurden auch ihre Zukunftsperspektiven diskutiert. Durch das Programm führte Prof. Dr. Stefan Okruch, Prorektor der Andrássy Universität Budapest (AUB). Die Jubiläumsfeier wurde mit einer Begrüßungsrede vom Rektor der AUB, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, eröffnet.

Pállinger begrüßte die Anwesenden und zeichnete die Aufbauphase der Universität nach. In diesem Frühjahr habe sich nach mehr als zwei Jahren COVID-Pandemie ein Silberstreif am Horizont abgezeichnet: Endlich sei es wieder möglich

gewesen, zur Präsenzlehre zurückzukehren. Nur so sei die Jubiläumsfeier überhaupt möglich gewesen. Doch stelle sich angesichts der gegenwärtigen Situation die Frage, ob eine Feier anlässlich des Jubiläums überhaupt angemessen sei.

Pállinger verurteilte den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine und sprach den Menschen in der Ukraine sein tief empfundenes Mitgefühl aus und würdigte diejenigen Menschen, die in dieser Situation Hilfe leisten würden. Er hob hervor, wie deutlich der Ukraine-Konflikt vor Augen führe, dass die Lösung der drängenden Probleme der Gegenwart und die Wohlfahrt Europas und der Staaten der Region nur durch Zusammenarbeit

sichergestellt werden können. Vor diesem Hintergrund sei es durchaus angebracht, das 20-jährige Bestehen der AUB zu feiern, denn diese sei ein Sinnbild für den europäischen Geist der Zusammenarbeit.

Die Andrássy Universität sei ein akademischer Raum inmitten von Europa, in dem friedlich zusammengearbeitet werden könne. Eine deutschsprachige universitäre Brücke in den Donauroaum, welche für die Stärkung der europäischen Integration stehe. Die Universität werde getragen von ihren Partnerländern und sei Teil der sie umgebenden Gemeinschaft, für die sie sich auch einsetze. In diesem Zusammenhang wies der Rektor auf zwei Projekte der politischen Bildung der AUB hin (*Vokskabin* und *Vitatkozz velem*), welche junge Leute dazu motivieren sollen, sich mit Politik auseinanderzusetzen. Er betonte, dass Europa auch künftig gut ausgebildete Men-



Foto: Valter Berecz / kepszerk.hu

Prof. Dr. László Palkovics, Minister für Innovation und Technologie in Ungarn, übermittelt der AUB seine Jubiläumsglückwünsche



Foto: Valtér Berecz/ kepszetk.hu

Hoher Besuch an der AUB anlässlich der Feier zum 20-jährigen Bestehen der Universität

schen benötigen werde, mit europäischem Geist, gegenseitigem Verständnis für ihre Kulturen und der Fähigkeit in heterogenen Teams zusammenzuarbeiten.

Damit die AUB auch weiterhin auf der Erfolgsspur bleiben könne, seien langfristige Visionen und eine klare Positionierungen wichtig. Künftig solle der Bereich der Forschung gestärkt werden und ein neuer Bachelorstudiengang in *Europäischen Studien* sowie ein neue Masterstudiengang im Bereich der Digitalisierung angeboten werden. Mit der Erweiterung des Ausbildungsangebots um einen Bachelorstudiengang würden in Zukunft alle Stufen der Hochschulbildung in Ungarn auf Deutsch angeboten werden. Zum Schluss bedankte sich Rektor Pállinger bei allen Mitgliedern und Partnern der Universität für die gute Zusammenarbeit, sowie bei den GratulantInnen für die zahlreichen Jubiläums-Glückwünsche.

Gergely Pröhle, Vorsitzender des Kuratoriums, erläuterte anschließend die Gründungsgeschichte der AUB,

welche aus einem politischen Projekt entstanden war. Seitdem habe sich die Universität stetig weiterentwickelt und nehme mittlerweile eine wichtige Rolle auf europäischer Ebene ein. Seinen besonderen Dank sprach Pröhle dem Gründungsrektor der AUB aus. Von Beginn an seien durch ihn klare Leitlinien an der AUB verfolgt worden, welche den Fokus auf die geopolitische Spannweite Europas legten und den europäischen Grundgedanken förderten. Auch der Standort der Universität in Budapest spiele eine große Rolle, da sie sich mitten an der Schnittstelle zwischen Ost- und Westeuropa befinde. Pröhle betonte, mit Hinblick auf die aktuellen Ereignisse habe eine eindeutige gesamteuropäische Haltung höchste Relevanz. Nur so sei es möglich, auch den künftigen Generationen ein stabiles und lebenswertes Europa zu gewährleisten. Erneuter Dank ging an alle Beteiligten, die eine reibungslose Zusammenarbeit ermöglichten, insbesondere auch an Minister Palkovics.

Dr. Gabriele Stauner, Vertreterin des Universitätsrates, betonte in

Ihrer Rede die Besonderheiten der AUB. Aufgrund der einzigartigen Entstehungsgeschichte hebe sich die AUB in der internationalen akademischen Landschaft hervor. Die geographische Lage der Universität sei auch hier ein Schlüssel zur Bildung und Förderung europäischer Angelegenheiten. Der Fokus auf komplexe Themen in Mittel- und Osteuropa sowie im Donauraum, steigere die Wohlfahrt im gesamten europäischen Raum. Der gemeinsame europäische Grundgedanke ermögliche die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt der europäischen Völker. Angesichts der Ereignisse an der östlichen Grenze Europas sei dieser Zusammenhalt wichtiger als jemals zuvor. Die AUB unterstütze dies über kulturelle Schranken hinweg. Das Ziel des Universitätsrates sei die Förderung und Weiterentwicklung der AUB mit dem Vorbehalt diese Fortschritte auch kritisch zu beäugen, so Stauner.

Selina Somogyi, Vertreterin der DoktorandInnen, begann mit einem Blick in die Vergangenheit,

bei dem sie sich in die Lage der Studierenden vor 20 Jahren hineinversetzte. Im Vordergrund ihrer Rede standen die Wünsche und Erwartungen an ihre Alma Mater. Andreas Straub, Ko-Vorsitzender der Studierendenschaft, ging in seiner Rede auf die Herausforderung der Pandemie für die Studierenden ein. Während das Universitätsleben in den virtuellen Raum verlagert worden war, sei mit viel Zuversicht der Präsenzlehre entgegengefeiert worden. Straub betonte ebenfalls die starke Gemeinschaft und die Solidarität an der AUB. Er hoffe, dass sich die Studierenden auch in Zukunft weiter engagieren werden. Sarah Prinz, Ko-Vorsitzende der Studierendenschaft, wünschte den kommenden Generationen an der AUB eine besondere Zeit und hofft, dass auch sie sich an der AUB selbst verwirklichen können.

Patrícia Marity, Vorsitzende des Alumni-Vereins griff die Wor-

te ihrer VorrednerInnen auf. Der Alumni-Verein sei ein Symbol für die Ergebnisse, die Zeitzeugen und die Verwirklichung der Ziele der AUB. Die Alumni seien nicht nur die Vergangenheit der Andrássy Universität, sondern die Zukunft Europas, so Marity. Zu Ehren des Jubiläums überreichten der Alumni-Verein der AUB ein Geschenk: 20 Begriffe für 20 Jahre. So wurden Worte, Gedanken und Ausdrücke gesammelt, welche die Alumni mit der AUB in Verbindung brachten. Die 20 meistgenannten Ausdrücke wurden eindrucksvoll in einer Wortcollage zusammengestellt. Es sei keine große Überraschung gewesen, dass nur positive Ausdrücke mit der AUB assoziiert wurden, so Marity als sie Wörter der Alumni vorstellte und das Präsent an Rektor Pällinger überreichte.

Prof. Dr. László Palkovics, Minister für Innovation und Technologie in Ungarn, empfand es als große Ehre der Jubiläumsfeier der AUB

beizuhören zu dürfen. Er befürwortete, dass nun der Ausbildungskreis durch die Erweiterung eines Bachelorstudiengangs geschlossen werde. Der Fokus der letzten 20 Jahre sei die Ausbildung gewesen, der Fokus für die nächsten zwei Jahre solle auf Forschung, Innovation und Entwicklung gerichtet werden. Dabei präsentierte der Minister eine neue Strategie für die Hochschulen und Universitäten in Ungarn sowie die Phasen ihrer künftigen Umsetzung. Teil der neuen Strategie sei es, die Universitäten innerhalb Ungarns aber auch auf europäischer Ebene besser zu einem Netzwerk zu verknüpfen. Dadurch könne ein universitätszentriertes Innovationsökosystem entstehen, bei dem auch die AUB eine wichtige Rolle einnehmen solle.

Am Ende der Jubiläumsfeier gab es einen gemütlichen Ausklang, bei dem sich die Universitätsangehörigen und Gäste austauschen konnten.

Dilan Demir-Pinke

Begrenzte Grundrechtskontrolle

Ein Vortrag von Prof. Dr. Martin Borowski

Nach zweijähriger pandemiebedingter Pause können Kooperationsprojekte zwischen der AUB und der Universität Heidelberg in diesem Jahr wieder in Präsenz stattfinden. Den Auftakt bildete am 27. April ein Vortrag über die Herausforderungen begrenzter Grundrechtskontrolle.

Prof. Dr. Martin Borowski, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Verfassungstheorie und Rechtsphilosophie an der Universität Heidelberg, leitete an der AUB vom 28. bis 30. April ein interuniversitäres Blockseminar über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Robert Alexys Theorie der Grund- und Menschenrechte. Im Vorfeld dazu erörterte er das Problem begrenzter Grundrechtskontrolle mit Fokus auf das deutsche Rechtssystem.

Prof. Dr. Michael Anderheiden, Inhaber des Lehrstuhls für Europä-

isches Öffentliches Recht und seine Grundlagen an der AUB, eröffnete den Vortrag und zeigte seine Freude über das neue Rahmenabkommen, in das nun auch das Angebot von Lehrveranstaltungen der Juristischen Fakultät Heidelberg an der AUB fällt.

Die Thematik gehöre zu den Grundlagenfragen der Grundrechtstheorie, mit denen sich Borowski seit fast 30 Jahren befasst. In der deutschen Grundrechtsdogmatik des 20. Jahrhunderts habe sich ein Modell durchgesetzt, das von einem weiten Grundrechtstatbestand ausgehe. In der Lehre bedeute dies einen stärkeren Fokus auf die verfassungsrechtliche Rechtfertigung, bei der der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit mit dem Erfordernis der Abwägung die zentralen materiellen Kriterien bilde. Die zunehmende Klarheit über die Strukturen der Rechtfertigung habe tendenziell oder jedenfalls po-

tenziell zu einer strikteren Grundrechtsbindung geführt.

Je klarer und sicherer die Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt aber rekonstruiert werde, desto wichtiger werde es, die legitimen Spielräume für die grundrechtsgebundene Staatsgewalt ebenso zu rekonstruieren. Borowski betonte, theoretische Diskussionen um Spielräume in der Anwendung von Grundrechten seien wesentlich für die Lösung des demokratischen Problems verfassungsgerichtlicher Kontrolle von Gesetzgebung. Die deutsche Gerichtsbarkeit sei bei der Anwendung einfachen Rechts auf konkrete Fälle immer an Verfassungs- und Grundrecht gebunden. Dabei werde eine letzte Instanz festgelegt, die final urteilt. Darüber hinaus gebe es aber die Möglichkeit, Verfassungsbeschwerden einzureichen. Diese tatsächlich letztinstanzliche Entscheidung bewerte allerdings nur die Verfassungsmäßigkeit eines Urteils,

Prof. Borowski von der Universität Heidelberg hält im Rahmen einer interuniversitären Lehrveranstaltung einen Vortrag an der AUB



nicht dessen Inhalt. Nach Deutung des berühmten Elfes-Urteils von 1957 ist laut Borowski aber so gut wie jedes belastende rechtswidrige fachgerichtliche Urteil auch verfassungswidrig.

Eine solche Rechtmäßigkeitsprüfung sei wichtig für die demokratische Legitimation, würde aber die Kapazitäten des Bundesverfassungsgerichts sprengen, in deren Kontrollarbeit er zwei Tendenzen erkennt: Zum einen sei eine Varianz der Kontrollintensität festzustellen, zum anderen bedinge die Intensität des Eingriffs in das betreffende Grundrecht direkt die Intensität der Kontrolle.

Um begrenzte Grundrechtskontrolle zu rekonstruieren, müssten die zu kontrollierende Entscheidung und die Kontrollentscheidung unterschieden werden. Bei Letzterer gebe es verschiedene Spielräume, die Borowski in Erkenntnis- und strukturelle Spielräume gliederte.

Also handele es sich beim diskutierten Phänomen um eine Rechtsfrage danach, in welchem Umfang eine Instanz zur Kontrolle ermächtigt sei und wie weit entsprechend die Immunität der inhaltlichen Entscheidung eines zu kontrollierenden Sachverhalts gewährleistet sei. Bei einer begrenzten

Kontrolle werde ein ErkenntnisSpielraum eingeräumt, der den möglichen Urteilen „richtig“ und „falsch“ noch ein drittes hinzufüge: „nicht evident falsch“. So werde die zu kontrollierende Entscheidung nicht widerrufen, auch wenn die Kontrollinstanz in diesem Fall anders entschieden hätte.

Als Begründung dafür nannte Borowski das Demokratieprinzip, nachdem bei nicht auszüräumender (empirischer oder normativer) Unsicherheit die Entscheidung beim demokratisch legitimierten Gesetzgeber liege und nicht einfach vom (demokratisch nicht unmittelbar legitimierten) Verfassungsgericht aufgehoben werden könne. Das Ergebnis ist laut dem Referenten ein „Abwägungsjoker“ für EntscheidungsträgerInnen gegenüber den Kontrollorganen. Letztere legten den Spielraum fest, in dem der Gesetzgeber maximal abweichen könne.

In der abschließenden Diskussion mit Studierenden und externen Gästen kam vor allem die demokratische Legitimation der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Sprache. Zum Schluss plädierte Borowski dafür, den Zweck der jeweiligen Grundrechte in der theoretischen Diskussion nicht aus den Augen zu verlieren.

Frauke Mogli Seebass

The Western Balkans path towards EU membership – new drive or dead end?

Stabilität, Demokratie, Wohlstand – die EU-Integration des Westbalkans ist mit ehrgeizigen Zielen verbunden. Dieser Vortrag beleuchtete die zentralen Schwierigkeiten und Dilemmata der EU-Erweiterungspolitik in Südosteuropa und mögliche Lösungsansätze.

Am 24. März lud die Andrassy Universität in Kooperation mit dem Österreichischen Kulturforum Budapest zu einer Abendveranstaltung mit dem Titel „The Western Balkans path towards EU membership – new drive or dead end?“ ein. Mag. Theresia Töglhofer, Associate Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und der Stiftung Genshagen, stellte die aktuellen Herausforderungen und mögliche Zukunftsperspektiven für die Annäherung der Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo,

Montenegro, Nordmazedonien und Serbien an die EU dar, gefolgt von einer lebhaften Diskussion.

Nach einer kurzen Einführung von Dr. Christina Griessler, wissenschaftliche Mitarbeiterin für das Netzwerk Politische Kommunikation (netPOL) an der AUB, begann die Referentin ihren Vortrag mit einer Umfrage unter den Anwesenden, wie viele der sechs Westbalkanstaaten ihrer Meinung nach in den nächsten fünf oder zehn Jahren Teil der EU würden. Das ernüchternde Ergebnis stellte sie einer Umfrage der Balkans in Europe Policy Advisory Group (BiEPAG) gegenüber, die im Herbst 2021 in den Beitrittsländern durchgeführt worden war. Diese zeigt zwar eine hohe Zustimmung zum EU-Beitritt, aber auch große Unterschiede etwa zwischen Albanien (94 Prozent) und Serbien (53 Prozent). Aber die Zahlen zeigen auch, dass der Optimismus nach fast 20 Jahren Verhand-

lungen abnimmt und die Beitrittsperspektive zunehmend an Glaubwürdigkeit verloren hat.

Auch Töglhofer räumte ein, sie schätze die tatsächliche Beitrittsperspektive schlechter ein als noch vor fünf oder zehn Jahren, da sich viele äußere Faktoren geändert hätten. So gebe es eine zunehmende Skepsis oder auch ein Desinteresse der Mitgliedsländer gegenüber möglicher Erweiterungen, aber auch die politischen Probleme und demokratischen Rückschritte in einigen Staaten des Westbalkans wie auch der EU selbst seien Grund für die Zweifel.

Die Referentin identifizierte drei Dilemmata, denen die EU auf dem Westbalkan begegnet. Eines davon sei der Nexus zwischen Stabilisierung und Transformation, die einander in der Theorie bestärken sollten, sich tatsächlich aber negativ bedingen, sodass Reformen immer wieder durch ungeklärte Konflikte verhindert werden, so Töglhofer. Aktuell sehe man das in Bosnien-Herzegowina sehr deutlich, das nach dem Rückzug der serbischen Entität aus wichtigen Regierungsgremien (erneut) zu zerfallen drohe. Aber auch im von der EU unterstützten Dialog zwischen Serbien und Kosovo gebe es seit Langem keine Fortschritte. So werde der EU regelmäßig vorgeworfen, sie unterstütze undemokratische „Stabilokratien“, anstatt echte Reformen zu fördern.

Das zweite Dilemma betreffe die geopolitischen Interessen der EU. Denn in der Region seien auch andere internationale Akteure wie Russland, China, die Türkei oder auch die Golfstaaten präsent und übten durch wirtschaftliche und politische Verflechtungen Einfluss aus. Infrastrukturprojekte der Neuen Seidenstraße etwa seien oft intransparent und könnten zu finanziellen Abhängigkeiten führen, die EU-Interessen zuwiderlaufen. Auch der große Einfluss Russlands in Serbien und der serbischen Entität in Bosnien-Herzegowina werde nicht erst seit Beginn des Krieges mit Sorge betrachtet. Gemeinsam mit der Glaubwürdigkeit einer Beitrittsperspektive verliere die EU ihren Status als wichtigster Partner in der Region. Das hänge auch mit der fehlenden Sichtbarkeit und Kommunikation der EU-Unterstützung in den Ländern zu-

sammen, was in der COVID-19-Pandemie zu einem „Kampf der Narrative“ führte, der vom serbischen Präsidenten genutzt wurde, um die Verbindung mit China zu stärken.

Ein drittes Dilemma sieht Töglhofer in den divergierenden strategischen Interessen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Da alle Schritte im Beitrittsprozess Einstimmigkeit im Rat erfordern, kann ein einzelnes Land jeden potenziellen Kandidaten blockieren. Die Frage sei, ob die EU nicht erst vertieft werden müsse, bevor sie erweitert werden kann. Ein Kompromiss sei 2021 die Anpassung der Methodik des Beitrittsprozesses auf Drängen Frankreichs gewesen, was aber auch zu Frust unter den Beitrittskandidaten geführt habe.

Zum Ende ihres Vortrags widmete sich Töglhofer der Frage, wie sich die Beziehungen in Zukunft entwickeln können. Deutlich sei, dass die EU und ihre Mitglieder angesichts der russischen Aggression in der Ukraine auf eine Intensivierung des Prozesses drängten. Nach Ansicht der Referentin sind dazu höhere Anreize und ein klares Bekenntnis der Mitgliedsstaaten zu den strategischen Interessen der EU nötig. Eine übereilte Integration ohne Transformation sieht sie als die schlechteste Lösung. Vielmehr müssten attraktive Zwischenschritte erdacht werden – etwa Strukturinvestitionen, die mit klaren Konditionen verknüpft sind.

In der anschließenden Diskussion mit den anwesenden Studierenden und ExpertInnen wurden viele Punkte der Präsentation erneut aufgegriffen. So wurden die Bedeutung einer öffentlichkeitswirksamen Kommunikationsstrategie, die Rolle der USA auf dem Westbalkan sowie potenzielle Formen der Kooperation in der Region diskutiert.

Frauke Mogli Seebass

Der Vortrag war Teil der Ringvorlesung Westbalkan an der AUB in Kooperation mit dem Österreichischen Kulturforum.

osztrák kulturális fórum^{bud}

Über die Rolle der Muslime in Deutschland und Europa

Aiman A. Mazyek in der Andrássy Universität

Die heutige Zeit ist geprägt von religiöser Vielfalt und Diversität. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), sprach im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Religion und Diplomatie“ über die Rolle der Muslime in Deutschland und in Europa.

Dass Muslime in Deutschland durchaus patriotisch sein können und wollen und dabei nicht

nur in Deutschland, sondern auch in Europa eine Brückenfunktion einnehmen können, das betonte Aiman A. Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), in seinem Vortrag am 30. März 2022 im Spiegelsaal der Andrássy Universität.

Zunächst begrüßte Dr. Heinrich Kreft die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter eine Delegation der Evangelischen Kirche

im Rheinland unter der Leitung von Präses Dr. Thorsten Latzel, welche als Gäste der Reformierten Kirche Ungarns anwesend waren. Dabei wies Kreft auf die Bedeutung der Religion hin, die von allen Disziplinen jenseits der Theologie lange vernachlässigt worden sei. Dass Religion heute ein wichtiger Faktor in den internationalen Beziehungen ist, sei deutlich geworden. Welche Rolle dabei der Is-



Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime Aiman Mazyek im Gespräch mit Dr. Heinrich Krefzt

lam spiele und wie sich Muslime in Deutschland und in Europa in die gesellschaftlichen Debatten einbringen, darauf werde Mazyek in seinem Vortrag näher eingehen.

Dieser begann seinen Beitrag mit der Feststellung, dass auch er nicht umhinkomme, Bezug zu nehmen auf die gegenwärtige Situation in der Ukraine. Dabei betonte er, dass der Krieg in der Ukraine bei den Menschen, die den Bosnien-Krieg vor dreißig Jahren miterlebt haben, Erinnerungen an die eigene Vergangenheit und die schreckliche Zeit im Krieg wecke. Hilfsarbeit in Kriegs- und Krisengebieten sei unverzichtbar, und so leiste auch die von ihm selbst gemeinsam mit Rupert Neu-deck (Gründer der Hilfsorganisation Cap Anamour) gegründete Hilfsorganisation „Grünhelme e. V.“ wichtige Arbeit. Im Rahmen eines Aufenthalts in der Nähe von Erbil, Irak, entstand so auch die Idee seines Buches „Was machen Muslime an Weihnachten?“, als er dort gemeinsam mit dem Team der Grünhelme einmal Weihnachten feierte. Es sei ein schönes Weihnachtsfest gewesen, erinnerte sich Mazyek, und es habe zudem zu einem regen Austausch über die unterschiedlichen Feste in den Religionen und zu einem praktischen, interreligiösen Dialog geführt. Die Religionsfreiheit, so der ZMD-Vorsitzende, gehöre zu den Freiheiten und Errungenschaften der Aufklärung und zu den wichtigsten Gütern und Grundrechten unserer Demokratien in Europa. Historisch gesehen sei es noch nicht allzu lange her, dass die Völker in Europa Krieg im Namen ihrer Religion führten. Gerade in diesen Tagen müssten wir deutlich

machen, dass wir kein Problem mit den Religionen, sondern stets mit faschistischen Ideologien haben, seien sie religiös, nationalistisch, völkisch, von links oder rechts beeinflusst. Man dürfe nicht rütteln am Postulat der Religionsfreiheit, die nach den Erfahrungen der beiden Weltkriege und im Lichte der Aufklärung entwickelt wurde. Er zitierte Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der einmal gesagt haben soll, viele hierzulande seien erzogen worden, auf den Islam herabzuschauen. Schmidt habe auch gesagt, dass die Initiative zur Überwindung der Kluft zwischen dem Westen und der islamischen Welt vom Westen selbst ausgehen müsse, da er politisch und ökonomisch immer noch hoch überlegen sei. Mazyek selbst könne sich mit der Interpretation der Überlegenheit des Westens durchaus anfreunden, würde sie doch nur in der Realpolitik endlich umgesetzt. Die aktuelle Krise zwischen Russland und „dem Westen“, der den lange überwunden geglaubten Ost-West-Konflikt wieder aufleben lasse, sollte seiner Meinung nach auch genutzt werden, um zu zeigen, dass die Schnittmenge zwischen Islam und der in Deutschland viel zitierten Wertegemeinschaft viel größer ist, als es im ersten Augenblick erscheinen mag. Hierzu müsste aber auf Vorurteile und Stereotypen verzichtet werden, damit das gegenseitige Zuhören und Fragenstellen funktioniere. Wenn, wie so oft, hervorgehoben wird, dass das Christentum Europa maßgeblich geprägt habe, dann dürfe nicht vergessen werden, dass dieses Christentum aus dem Morgenland komme und nicht aus Brandenburg oder Budapest.

Ebenso der Islam und das Judentum, die auch ihre Spuren in der abendländischen Kultur hinterlassen haben. Gleichzeitig betonte Mazyek, dass der Islam, entgegen mancher Auffassung, nie wissenschaftsfeindlich gewesen sei. Ganz im Gegenteil: Im Orient seien die ersten Universitäten gegründet worden, hier gab es Vorreiter in Medizin, Kunst, Architektur und Literatur. Selbstverständlich habe das „europäische Abendland“ maßgeblich christliche Wurzeln. Trotzdem sei die Realität Europas in hohem Maße multikulturell, bunt und weitgehend tolerant. Seinen Vortrag schloss Mazyek mit der Erkenntnis, dass die drei großen, monotheistischen Religionen gleichen Ursprungs sind: Sie alle stammen aus dem Morgenland.

In der anschließenden Diskussion wurden verschiedene Themen angesprochen. Dass künftig auch Imame in der deutschen Bundeswehr eingesetzt werden sollen, wurde ebenso erwähnt wie die verstärkte Integration des Islam in die deutsche Außenpolitik. Der Aussage, ob der Islam wirklich ein Teil Deutschlands sei, wollte eine Teilnehmende nachgehen, die auch einen eigenen Erfahrungsbericht über das Leben als Muslima in Deutschland mit anführte. Auch die Frage, ob der Islam auch als Teil Ungarns betrachtet werden könnte, wurde gestellt, ebenso, wie die Politik der aktuellen ungarischen Regierung im Hinblick auf die „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 bewertet werden könne.

Einig waren sich schließlich alle, dass das facettenreiche Thema mithin nur angeschnitten werden konnte und zahlreiche weitere Aspekte diskutiert werden könnten. Herzlich gedankt sei der Hanns-Seidel-Stiftung für ihre großzügige Unterstützung der Veranstaltungsreihe „Religion und Diplomatie“.

Schilan Stach

 **Hanns
Seidel
Stiftung**



Eine Bestandsaufnahme im Zeitalter des Krieges

Dr. Nathalie Tocci und Dr. András RácZ fanden in ihren Analysen des Krieges in der Ukraine und der sich wandelnden geopolitischen Lage sehr ehrliche und direkte Worte.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Visions for Europe“ des Zentrums für Diplomatie an der AUB und der Friedrich-Ebert-Stiftung fand am 31. März 2022 ein IB-Dialog zum Thema „Russia's attack on Ukraine: The fallout for the EU and the future of the European Security Architecture“ statt.

Nach der Begrüßung durch Beate Martin, Leiterin des Budapester FES-Büros, hielten Dr. Nathalie Tocci und Dr. András RácZ Impulsvorträge zu den Auswirkungen des unprovokierten russischen Angriffs auf die Ukraine und die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Martin betonte in ihrer Begrüßung die große Bedeutung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und griff die aktuelle Veröffentlichung des Strategischen Kompasses auf. Sie erklärte, dass die 27 EU-Mitgliedsstaaten zum ersten Mal ihre gemeinsamen Sicherheitsinteressen formuliert haben und dies ein Wendepunkt für die EU als Security Provider und ein vielversprechender Schritt für die GSVP sei.

Dr. Kreft verwies im Anschluss auf die außergewöhnlichen politischen Reaktionen des Westens in Folge der russischen Militäroffensive auf die Ukraine und die große geostrategische Bedeutung Osteuropas. Er nannte insbesondere das Beispiel der massiven Umgestaltung der deutschen Außenpolitik, inklusive der Aufstockung des Militärhaushalts, sowie die Waffenlieferungen Deutschlands und der EU an die Ukraine. Er skizzierte das Bild einer stark veränderten zukünftigen Sicherheitsarchitektur Europas.

Dr. Tocci stellte in ihrem Impulsvortrag die Theorie des Wandels von der Zeit des Idealismus über die Zeit des Pragmatismus hin zu einem Zeitalter des Krieges vor. Der Idealismus, dominiert von einem starken Glauben an die internationale Ordnung, sei spätestens 2007 von Pragmatismus abgelöst worden. Dieser habe zu der Einsicht geführt, dass liberale neben liberalen Normen und Werten existieren werden, sich die Macht über den Westen hinaus verlagert und die Beziehungen zu Russland zunehmend angespannt sind. Mittlerweile sei das Zeitalter des Krieges angebrochen: das Paradigma der Nachkriegszeit habe sich zu einem der (Vor-)

Kriegszeit gewandelt. Tocci führte aus, dass aufgrund dessen ein erhöhter Bedarf an Verteidigungsanstrengungen der EU bestünde. Zwar bliebe die spezielle Form der Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO noch offen, jedoch sei es vorstellbar, dass die NATO auf operationaler Ebene der Hauptakteur bleibt, während die EU ein wichtiger Akteur in Bezug auf die industrielle und finanzielle Seite der Zusammenarbeit werden kann. Darüber hinaus stellte Tocci die Bedeutung der Wiederbelebung der Idee der Erweiterung für die EU und die NATO heraus. Es sei wichtig sich nicht auf die offensichtlichsten Beitrittskandidaten zu beschränken, sondern auch weiter zu denken, um eine russische Zugewandtheit bestimmter Staaten zu durchbrechen.

Dr. RácZ analysierte die Aussichten für Russland und die Ukraine. Er führte aus, dass unabhängig vom Ausgang des Krieges eine vertiefte militärische Verflechtung zwischen Belarus und Russland absehbar sei. Zudem bestünde eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass Russland die Regionen Donezk und Luhansk sowie die Krim nicht aufgeben und die Ukraine höchstwahrscheinlich den Zugang zum Asowschen Meer verlieren werden. Er betonte, dass die Illusionen über die Zusammenarbeit des Westens mit Russland vorbei seien. Russland versuche die Sanktionen zu umgehen und dem Westen mittels der Inflation schaden zuzufügen. Außerdem suche es auch nach anderen Kooperationspartnern, allen voran China. Es sei zudem unwahrscheinlich, dass der Kreml innenpolitisch gezwungen wird, den außenpolitischen Kurs zu ändern, da die Zustimmungswerte der russischen Führung in der Bevölkerung enorm hoch seien und die Popularität der Regierung sogar weiter steige.

Zuletzt wurden die Rolle Chinas im Ukrainekrieg sowie Chinas Verhältnis zu Russland erörtert. Diese strategische Ambiguität Chinas wurde als abwartende Haltung charakterisiert, eine Position deren zukünftige Ausgestaltung auch von der EU und dem Westen mitgestaltet werden könne. Das Fazit lautete deshalb: „Es hängt auch von uns ab.“

Lisa Stoffers

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Wahlen in Ungarn – Wahlabend an der AUB: Hochrechnungen, Analysen, Perspektiven

Anlässlich der ungarischen Parlamentswahlen lud das Zentrum für Demokratieforschung am 3. April 2022 zum Wahlabend an der AUB ein, um gemeinsam aktuelle Hochrechnungen zu verfolgen und die Ergebnisse auf Basis von Hintergrundanalysen zu diskutieren.

Nach der Begrüßung durch den Rektor der AUB, Professor Dr. Zoltán Tibor Pállinger, und die Prorektorin für Forschung



Rektor Prof. Zoltán Pállinger und Prorektorin Prof. Ellen Bos analysieren die Ausgangssituation vor den Wahlen

Foto: Zoltán Tüba/ képzzerk.hu

und wissenschaftlichen Nachwuchses, Professor Dr. Ellen Bos, betonte Pállinger, dass Demokratie vor allem ein Instrument zur friedlichen Lösung von Konflikten sei. Das Instrument der Demokratie, die Wahlen, stelle kein selbstevidentes Instrument dar, sondern sei eine politische Erfindung, die die Legitimität von politischen Entscheidungen sicherstellen solle. Damit Wahlen als legitim gelten können, sei vor allem wichtig, dass sie frei und fair sind. Um eine freie, informierte Entscheidung treffen zu können, brauche es freien Zugang zu Informationen und Wissen, so Pállinger. Durch Veranstaltungen wie den Wahlabend wolle die Andrásy Universität ihren Teil dazu beitragen, den demokratischen Diskurs in Ungarn und auch der EU zu stärken. Auch der ungarische Wahlomat *Volkskabin* und die Diskussionsplattform *Vitatkozz velem* sowie die ungarische Version von Talking Europe seien Initiativen der AUB, um Dialoge über Kultur- und Parteigrenzen hinweg zu ermögli-

chen und die politische Bildung insbesondere der Jugend zu stärken.

Schon zu Beginn des Abends prognostizierte Bos einen Wahlsieg von Orbán und Fidesz. Wie sich herausstellte, sollte sie Recht behalten. Trotzdem betonte Bos, seien die Chancen der Opposition in den letzten 12 Jahren nie größer gewesen. Mit der Vorwahl im Herbst habe diese es geschafft, ein Momentum des Aufbruchs zu generieren, was sich kurzzeitig auch in einem Vorsprung in den Meinungsprognosen gezeigt habe. Es sei aber nicht gelungen, diesen zu erhalten, unter anderem, weil der Angriff auf die Ukraine die Außen- und Sicherheitspolitik zum dominierenden Thema des Wahlkampfes gemacht habe. Fidesz sei ohne Programm allein mit der Person von Viktor Orbán als Aushängeschild in den Wahlkampf gezogen und habe dabei den Krieg instrumentalisiert, um sich als Garant des Friedens zu inszenieren, so Bos. Zudem habe sich die Kampagne von Fidesz darauf konzentriert, die

Opposition und insbesondere deren Spitzenkandidaten Márki-Zay als Marionetten der dunklen Vergangenheit zu diskreditieren. Pállinger ergänzte, dass die Wahlen in Ungarn bereits in den Jahren 2014 und 2018 von der OSZE als frei, aber nicht fair eingestuft worden seien, weil eine feindselige und einschüchternde Rhetorik wenig Raum für eine substanzielle Debatte gelassen habe. Problematisch sei vor allem auch das Ungleichgewicht der Ressourcen im Wahlkampf gewesen, da im System Orbán Partei- und Regierungsressourcen und Informationen vermischt würden (state capture).

Dr. Piotr Kocyba richtete in seinem Beitrag den Blick auf die polnische Perspektive zur Wahl in Ungarn. Da die Regierungen der beiden Staaten enge Beziehungen pflegten, sei die Hoffnung der polnischen Regierung, dass Orbán und die Fidesz als Sieger aus der Wahl hervorgingen. Die polnische Regierung brauche Ungarn als Verbündeten im Kontext des Artikel-7-Verfahrens, um EU-Sank-

tionen wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit zu blockieren, da diese einstimmig getroffen werden müssen. Durch den Angriff Putins auf die Ukraine und Orbáns Nähe zur russischen Führung sei es jedoch zu einem kurzzeitigen Riss in dieser Partnerschaft gekommen. Die polnische Regierung habe scharfe öffentliche Kritik am Standpunkt der ungarischen Regierung geäußert, und auch die Kooperation der V4-Staaten sei kurzfristig ausgesetzt worden. Im Nachhinein habe es allerdings Verständnis für Orbán gegeben.

Dr. Christina Griessler und die AUB-Doktorandin Fanni Elek widmeten sich den Wahlen in Serbien, die ebenfalls an diesem Sonntag, den 3. April 2022 stattfanden. Sie hoben die Parallelen zwischen Serbien und Ungarn bezüglich der Entwicklung der demokratischen Qualität hervor und betonten, auch in Serbien könne man eine erhebliche Einschränkung politischer Debatten beobachten und die Wahlen seien vom Präsidenten instrumentalisiert worden. Dušan Spasojević von der Universität Belgrad, mit dem die beiden im Vorfeld des Wahlabends gesprochen hatten, prognostizierte demnach in seiner Videobotschaft einen deutlichen Wahlsieg für den amtierenden Präsidenten Vučić und erklärte, dass auch die ungarische Minderheit in Serbien zu den UnterstützerInnen des Präsidenten zähle.

Nach dem Exkurs zu den Wahlen in Serbien meldete sich Dr. Melani Barlai, wissenschaftliche Mitarbeiterin der AUB, die am Sonntag als Wahlhelferin hautnah am Wahlgesehehen beteiligt war, mit einer Videobotschaft bei den Versammelten im Spiegelsaal. Sie berichtete, dass im Wahllokal große Anspannung herrsche und es bereits kleinere Verstöße gegen das Wahlgeheimnis gegeben habe. Sie erklärte, dass bei den ungarischen Wahlen keine zivile Wahlbeobachtung möglich sei, da lediglich Delegierte der Parteien und gewählte Wahlbeobachter zugelassen würden. Sie selbst war zwar im Namen einer NGO vor Ort, die es sich zum Ziel gesetzt habe, dass mindestens zwei unabhängige, geschulte Delegierte in jedem Wahllokal die

Wahl beobachten, galt aber formell als Parteivertreterin.

Im abschließenden Input des Analyseteils richtete AUB-Alumnus Dr. habil. András Hettyey den Blick auf die ungarische Außenpolitik. Diese basiere auf zwei Grundpfeilern: Konfrontation und Pragmatismus. Der Konfrontationskurs der Regierung habe dafür gesorgt, dass Ungarn im internationalen und vor allem im europäischen Kontext immer stärker isoliert worden sei. Das enge Verhältnis der ungarischen Regierung zu Staaten wie Russland sei der Tatsache geschuldet, dass man von diesen nicht in erster Linie Kritik erfahre, sondern dass Ungarn vielmehr Respekt entgegengebracht und das Land mit demselben Pragmatismus behandelt werde, der auch sein eigenes Politikverständnis präge. Generell sei die ungarische Außenpolitik der aktuellen Regierung nicht durch ideologische, sondern durch transaktionistische Überlegungen gekennzeichnet.

Nach den Hintergrundanalysen und einer Pause, in der die Teilnehmenden sich untereinander und mit den ExpertInnen bei Essen und Getränken austauschen konnten, startete der zweite Teil des Abends mit einer Podiumsdiskussion rund um die ersten verlässlichen Hochrechnungen, die am Sonntagabend schon auf eine Zweidrittelmehrheit der Fidesz-Partei hindeuteten. Moderiert wurde die Diskussion von Frau Dr. Kristina Kurze, DAAD-Langzeitdozentin an der AUB, auf dem Podium diskutierten Frau Bos und die Herren Pállinger, Kocyba und Hettyey.

Diskussion: Die Macht der Narrative und (k)ein Ende in Sicht

Der erste Aspekt, der in dieser Runde diskutiert wurde, war die Ursache für das starke Wahlergebnis von Orbán und Fidesz. Bos ging noch mal auf den Umbau des politischen Systems seit der Machtübernahme von Fidesz bei den Wahlen 2010 ein. So habe Fidesz es geschafft, die eigene Macht institutionell zu verankern und insbesondere durch die Medienherrschaft sei es der Partei gelungen, das eigene Narrativ zu verbreiten.

Außerdem habe die ungarische Regierung innenpolitische Erfolge erzielen können durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Pállinger ergänzte, die Stärke von Fidesz ergebe sich auch aus der Schwäche der Opposition. Diese sei hauptsächlich mit einem Anti-Orbán Narrativ angetreten, statt mit konkreten Inhalten. So hätten es weder die starke Korruption noch andere wichtige Sachfragen auf die Wahlkampf-Agenda geschafft.

Auf die Frage, ob der neu etablierte Rechtsstaatlichkeitsmechanismus ein erfolgversprechendes Instrument sei, schloss Kurze, das hänge auch stark von den Entwicklungen im Krieg gegen die Ukraine ab. So bleibe abzuwarten, ob Orbán sich nicht doch in die Reihen der westlichen liberaldemokratischen Staaten einreihen werde. Pállinger merkte an, dass das System Orbán vor allem durch materielle Leistungen legitimiert werde und deshalb die scheinbar positive wirtschaftliche Entwicklung aufrechterhalten werden müsse, wofür die Regierung wiederum auf EU-Gelder angewiesen sei. Blieben diese aus, könnte der Druck einzulenken entsprechend erhöht werden.

Zum Schluss richtete sich der Blick auf die Frage, wie es nun in Ungarn weitergehe. Bos äußerte sich besorgt ob der zunehmenden Radikalisierung der Rhetorik des ungarischen Ministerpräsidenten. Kocyba bemerkte, die wohl größte Chance der ungarischen Opposition sei, dass die Regierung sich in der eigenen Spirale an Eskalation verstricke und sich so selbst sabotiere. Orbán habe einige Kämpfe angezettelt, die er nicht gewinnen könne. Hettyey wagte die Prognose, dass die aktuelle Krise der Anfang vom Ende der Fidesz-Regierung in Ungarn sein könnte. Auch Bos betonte, dass das aktuelle Zusammenrücken des Westens gegenüber Putin einen positiven Impuls in der EU setze, sich wieder stärker auf die eigenen Werte zu besinnen. Es sei nun wichtiger denn je, die Bedrohung der Demokratie sowohl von innen als auch von außen zu bekämpfen.

Auftakt der Ringvorlesungsreihe „Kunst der Diplomatie“ mit dem Schweizer und Botschafter in Ungarn Jean-François Paroz

Der Balanceakt zwischen Diplomatie und Humanität: Carl Lutz und andere wagten ihn und retteten so mehreren Tausenden Jüdinnen und Juden das Leben. Basierend auf dieser Geschichte sprach S. E. Paroz über die Bedeutung von Diplomatie und Humanität in der heutigen Zeit.

Am 6. April 2022 begrüßte der Rektor der Andrássy Universität, Professor Zoltán Tibor Pállinger, den Schweizer Botschafter Jean-François Paroz im Andrássy-Saal in Budapest. Paroz erläuterte zunächst sein Interesse an der neuen Veranstaltungsreihe an der AUB: Die Verknüpfung von Geschichte, Diplomatie und Gegenwart. Als Botschafter verfüge er über ein weit-

reichendes Wissen im Bereich der Diplomatie, als Historiker habe er ein großes Interesse an der Vergangenheit und auch die aktuelle Situation in der Ukraine beschäftige ihn sehr. Ihm werde immer deutlicher bewusst, dass die Diplomatie in Europa eine wichtige Rolle spiele.

Paroz betonte, Carl Lutz sei eine Schlüsselfigur der europäischen Diplomatie gewesen. Dessen diplomatische Laufbahn begann, als er 1942 vom Schweizer Gesandten in Budapest, Maximilian Jaeger, als Vizekonsul eingesetzt wurde. Lutz habe dort die Angelegenheiten für Fremdes geleitet und unter diesem dehnbaren Begriff die „Schutzmachtteilung“ gebildet. Um die jüdische Bevölkerung vor der Deportation

und dem Holocaust in Budapest zu bewahren, habe Carl Lutz beschlossen, die diplomatischen Grenzen zu überschreiten, um humanitäre Hilfe zu leisten. In enger Zusammenarbeit mit anderen BefürworterInnen und DiplomatenInnen sowie dem Roten Kreuz habe Lutz Schutzdokumente angefertigt und verteilt; nicht nur an einzelne Personen, sondern an ganze Familien.

Das sei möglich gewesen, da neutrale Länder wie die Schweiz und Schweden von Ungarn und dem Dritten Reich respektiert wurden und es zudem nicht eingelöste Versprechungen seitens Ungarn gab, was die Verhandlungsposition von Lutz und seinen Verbündeten stärkte. So habe Ungarn schließlich angesichts des



S. E. Botschafter Paroz eröffnete die AUB-Veranstaltungsreihe „Kunst der Diplomatie“ mit einem Vortrag über Humanität in der Diplomatie

internationalen Drucks der Auswanderung mehrerer Tausend Jüdinnen und Juden zugestimmt. Um diesen Menschen vor ihrer Ausreise eine sichere Unterkunft bieten zu können, habe Lutz außerdem mehrere Gebäude unter seinen Schutz gestellt.

Paroz untermauerte seine Ausführungen mit historischen Belegen wie Berichten von Carl Lutz an seinen Vorgesetzten Maximilian Jaeger. Diese belegten auch, dass der Schweizer Diplomat mehr Anerkennung für sein Engagement gefordert hatte. Diese Anerkennung sei ihm zu Lebzeiten jedoch verwehrt geblieben. In der Schweiz habe er stattdessen als un-

zuverlässiger Beamter und untreuer Diplomat gegolten, der die Regeln und Vorgaben seines eigenen Landes missachtete. Auch im Privaten habe Carl Lutz keine Anerkennung für seine Taten erhalten. Nach seiner Scheidung sei er vereinsamt und verarmt verstorben. Erst nach seinem Tod habe man die Ausmaße seiner Taten erkannt und gewürdigt. Seitdem wurde er dreimal für den Friedensnobelpreis nominiert und erhielt mehrere Auszeichnungen und Gedenkstätten. Unter anderem wurde ihm der Titel „Gerechter unter den Völkern“ verliehen.

Abschließend merkte Paroz an, dass Lutz kein einzelner Superheld

gewesen sei. Vielmehr habe er eng mit anderen zusammen gearbeitet. Durch dieses Netzwerk und durch die Abwägung zwischen Diplomatie und Humanität sei es ihm letztlich gelungen, eine Vielzahl an Menschenleben zu retten. Auch in der heutigen Zeit werde diese Abwägung von DiplomatenInnen gefordert. Eine schnelle Auffassungsgabe und die schnelle Anpassung an Situationen seien zwar wichtig, nichtsdestotrotz solle bei jeder Entscheidung die Humanität im Vordergrund stehen, so der Schweizer Botschafter Paroz.

Dilan Demir-Pinke

Between decline and rebirth?

Frankreich und die Präsidentschaftswahlen 2022



Dr. Ádám Bence Balázs,
Dozent an der AUB

Am 8. April gab Dr. Ádám Bence Balázs einen Ausblick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich und skizzierte mögliche Folgen.

Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Rektor der AUB und Leiter des Lehrstuhls für Politische Theorie und Europäische Demokratieforschung, beschrieb einleitend die besonderen Umstände der Wahlen angesichts des Ukraine-Krieges. Außerdem verwies er auf die Verbindung der Rechtsaußen-Kandidatin Marine Le Pen mit dem ungarischen Premierminister Orbán, deren Allianz im Falle eines Siegs Le Pens das Gleichgewicht im Europäischen Rat signifikant verschieben könnte.

Balázs, Dozent an der AUB und Fellow Researcher am Laboratoire de Changement Social et Politique der Universität

Paris, begann seinen Vortrag mit einem Überblick über die Wahlmodalitäten. Frankreich werde von einer Doppelspitze aus Präsident und Premierminister geführt, wobei der Präsident bis 2022 für sieben Jahre im Amt war, der Premierminister jedoch nur für fünf. Das habe regelmäßig zu Blockaden der Exekutive geführt, sogenannte Kohabitationen. Im neuen System folgt die Parlamentswahl der Präsidentschaftswahl, wodurch bislang beide von den gleichen Parteien gewonnen wurden. Dies sorgte zwar für Stabilität, so Balázs, mache die Regierung aber auch technokratischer, da im Parlament weniger debattiert werde. Dieses Mal sei eine Doppelspitze aus Vertretern einer Partei jedoch keinesfalls sicher angesichts der Zersplitterung der Parteien und der Wählerschaft.

Frankreichs außenpolitische Funktion im Ukraine-Krieg, aber auch in der Sahel-Zone, sei von großer Bedeutung für die EU, so Balázs. Aktuell sei Macron der einzige westliche Staatsoberhaupt, der noch direkt mit Vladimir Putin im Dialog stehe. Doch seine fehlenden innenpolitischen Erfolge und sein harsches Vorgehen in der Pandemie und gegen Proteste der Gelbwesten hätten ihm in Frankreich den Ruf eines Elite-Politikers eingebracht und zu einer zunehmenden Politikverdrossenheit beigetragen, die von populistischen Parteien ausgenutzt werde.

In der anschließenden Diskussion wurde das Thema der Gelbwesten nochmal aufgegriffen, mit denen laut Balázs weiter zu rechnen sei, auch wenn sie derzeit außerpolitisch agierten. Ein zentrales Problem in Frankreich sei die Unfähigkeit demokratischer Parteien, sozialen Forderungen angemessen zu begegnen. So sei damit zu rechnen, dass viele Stimmen für Macrons Partei eher als strategische Stimmen gegen die Rechte zu werten seien und die Wahlbeteiligung erneut abnehme.

Frauke Mogli Seebass

Gustav Stresemanns Verständigungspolitik und das Europa der „Zeitenwende“ 2022

Das Verstehen als Voraussetzung für Verständigung, Zusammenarbeit und Frieden

Im Rahmen der Ringvorlesungsreihe „Kunst der Diplomatie“ anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten der Andrássy Universität sprach Dr. Heinrich Kreft, Inhaber des Lehrstuhls für Diplomatie II und Leiter des Zentrums für Diplomatie der AUB am 19. April über die Verständigungspolitik Gustav Stresemanns.

Dr. Kreft begann seinen Vortrag mit einer Vorstellung Gustav Stresemanns und dessen Entwicklung vom glühenden Nationalisten zum umsichtigen Staatsmann, der nach dem Ersten Weltkrieg die Schuld nicht bei inneren oder äußeren Feinden gesucht habe, sondern Optimismus, Kompromissfähigkeit und Nüchternheit bewiesen habe.

Nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich im Januar 1923 hätten die Parteien der Weimarer Republik eine Große Koalition unter Stresemann gebildet, der im August das Amt des Reichskanzlers übernommen

habe. Nach nur hundert Tagen Kanzlerschaft, in denen er das Scheitern des passiven Widerstands und die Notwendigkeit einer neuen Politik gegenüber den Siegermächten anerkannt habe, habe er in der folgenden Regierung unter Wilhelm Marx das Außenministerium übernommen und zu einer erheblichen Verbesserung der Situation in Deutschland beigetragen. Doch wie gelang ihm dieser diplomatische Coup, der ihm 1926 gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Aristide Briand den Friedensnobelpreis einbringen sollte?

Zwar habe auch er die Bedingungen des Versailler Vertrages abgelehnt, sich aber um einen konstruktiven Umgang mit Frankreich in dieser Frage bemüht. Diese Weitsicht und Empathie ist laut Kreft ein zentraler Grundsatz internationaler Diplomatie. Mit den Verträgen von Locarno habe er den Grundstein für die Wiedererlangung deutscher Souveränität

sowie für die Aufnahme in den Völkerbund gelegt. Gleichzeitig sei auch Stresemanns Politik nicht kritiklos zu sehen, der den Sicherheitsbedürfnissen Polens deutlich weniger konstruktiv begegnet sei und auch Ungarn in dessen Bemühungen um Neuverhandlungen des Trianon-Vertrags nicht unterstützt habe.

Welche Lektionen lassen sich aus der Verständigungspolitik Stresemanns für den Krieg in der Ukraine ziehen? Beim Angriff Russlands handle es sich um einen offenen Bruch des internationalen Völkerrechts, mit dem Krieg als politisches Mittel wieder etabliert werden solle. Dieser Zivilisationsbruch wurde vom deutschen Bundeskanzler Scholz als „Zeitenwende“ bezeichnet und werde die multilaterale Weltordnung laut Kreft langfristig verändern. Warum die Diplomatie hier versagt habe, hänge mit der Frage zusammen, warum die Einbindung Russlands in die europä-

Dr. Heinrich Kreft gibt Einblicke in die Verständigungspolitik Stresemanns





„Nur gegenseitiges Verständnis und Vertrauen kann die Grundlage einer neuen europäischen Sicherheitsordnung bilden“ Dr. Heinrich Kreft

Foto: Norbert Hartványi / kepszerk.hu

ische Friedens- und Sicherheitsordnung gescheitert sei.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei die Aufgabe des Westens gewesen, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die unterschiedlichen europäischen Sicherheitsinteressen vereinbart werden und ein vereintes und friedliches Europa entstehen könne. Ein wichtiger Unterschied zu Deutschland nach 1918 sei jedoch, dass Russland keine demokratische Tradition, stattdessen jedoch Atomwaffen besessen habe. Außerdem habe der Fokus des Westens nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zunächst auf der Deutschen Einheit und der Zukunft der NATO gelegen.

Deren Auflösung zugunsten einer neuen, gesamteuropäischen Sicherheitsinstitution sei nie ernsthaft in Erwägung gezogen worden. Stattdessen hätten die USA die NATO genutzt, um Einfluss auf die (sicherheits-)politischen Entwicklungen in Europa zu nehmen. Als 1999 Tschechien, Polen und Ungarn der Allianz beigetreten seien, habe man sich im Beitrittsdokument um diplomatische Formulierungen bemüht, um Moskau nicht zu verärgern.

Die Beziehungen seien zunächst konstruktiv geblieben. Mit der NATO-Russland-Grundakte sei 1997 der diplomatische Rahmen geschaffen worden. Diese sei 2002 im NATO-Russland-Rat aufgegangen, in dem Entscheidungen gleichberechtigt nach dem Konsensprinzip

getroffen wurden. Dennoch hätten sich die NATO-Russland-Beziehungen in den kommenden Jahren verschlechtert. Moskau sei seltener in Konsultationen einbezogen worden, auch wenn diese Sicherheitsinteressen Russlands betroffen hätten. Einen Bruch habe der NATO-Einsatz im Kosovo dargestellt, der nicht über ein UN-Mandat verfügt habe und bei dem die besonderen Beziehungen zwischen Serbien und Russland ignoriert worden seien, welches den Konflikt als eine innerserbische Angelegenheit verstanden habe. Unter dem US-Präsidenten George W. Bush habe sich die Rhetorik zwischen Russland und dem Westen verschärft, das sich durch den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur NATO zusehends als „eingekreist“ und seine sicherheitspolitischen Interessen als bedroht gesehen habe.

In Protest gegen die NATO-Osterweiterung habe Russland 2007 den Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa suspendiert. Die Zeit nach dem Kalten Krieg sei zusehends als Demütigung Russlands dargestellt worden, wie in der bekannten Rede Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, in der er den USA das Streben nach absoluter Dominanz vorgeworfen habe.

Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 hätten die USA die Aufnahme der Ukraine und Georgiens gefordert, jedoch keine Unterstützung durch europäische Partner erhalten, die Russland nicht weiter verärgern, vor allem

aber keine Sicherheitsgarantien unter Artikel 5 hätten übernehmen wollen. Als Kompromiss sei in der Abschlusserklärung eine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt worden, an die viele der unterzeichnenden Staaten jedoch nicht wirklich geglaubt hätten. Nur wenig später seien die Folgen jedoch sichtbar geworden, als der georgische Präsident Saakaschwili eine Eskalation des Streites um die abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien provoziert und Russland das Land angegriffen habe.

Mit dem Streit um das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU und den als „Euromaidan“ bekannten Protesten in Kiew sei die Ukraine verstärkt ins Spannungsfeld zwischen Ost und West geraten und mit der Besetzung der Krim und der darauffolgenden Aufrüstung in den östlichen NATO-Staaten sei die Kooperation mit Russland endgültig einer Konfrontation gewichen. Cyber- und Desinformationsangriffe, vor allem aber der militärische Einfluss in Ländern wie Libyen, Syrien und der Zentralafrikanischen Republik hätten das russische Selbstbewusstsein gestärkt und die Aussage von US-Präsident Obama Lügen gestraft, der Russland als „Regionalmacht“ bezeichnet habe. Mit der Eskalation des Ukraine-Konflikts habe sich Putin nun angeschickt, das Land erneut als internationale Großmacht zu etablieren.

Hätte dieser Krieg diplomatisch verhindert werden können, wenn die Politik der Kooperation weitergeführt worden wäre? Laut Kreft lässt sich diese Frage nachträglich kaum beantworten. Sicher sei nur, dass der Krieg alles verändert und das Vertrauen langfristig zerstört habe. Wenn sich eine Lehre aus dem Vergleich der 1920er Jahre mit den letzten 20 Jahren ziehen lasse, dann die, dass nur gegenseitiges Verständnis und Vertrauen die Grundlage einer neuen europäischen Sicherheitsordnung bilden könnten. Erst ein Ende der Kriegshandlungen werde einen neuen Anlauf zu diesem langwierigen Prozess erlauben, der viele Jahre in Anspruch nehmen werde. Kreft ist sich jedoch sicher: „Dazu gibt es keine Alternative denn Russland ist ein Teil Europas, und Geographie ist Schicksal“.

Frauke Mogli Seebass

The Balkans: Proximity and Neighbourhood

Am 22. und 23. April richtete die Andrássy Universität mit Unterstützung der Hanns-Seidel-Stiftung einen internationalen Workshop mit dem Titel „The Balkans: Proximity and Neighbourhood“ aus.

Die Balkanregion liegt in der Nachbarschaft der Europäischen Union und ist fester Bestandteil des europäischen Kontinents und seiner Geschichte. Der Workshop zielte darauf ab, den westlichen Balkan von seinem Image als Enklave zu befreien, um eine konstruktivere Analyse und umfassende europäische Perspektiven zu bieten. Hinter der Bezeichnung „Westbalkan“ verberge sich eine Reihe von Ländern, die in eine größere makro- und interregionale Realität eingebettet seien. Deren interdisziplinäre Kartierung solle deutlich machen, wie eng die Länder mit ihrem EU-Umfeld verbunden sind. Dieser neue konzeptionelle Rahmen diene außerdem dazu, wiederkehrende Fragen zu Integration und Demokratie zu erläutern. Nähe und Nachbarschaft als Konzepte hätten das Potenzial, die Region neu zu denken, anstatt einen Teil von ihr aus europäischen Debatten auszuschließen.

In einer Keynote Speech plädierte Dr. Ivan Vejvoda, amtierender Direktor des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen in Wien (IMW), langjähriger Direktor am German Marshall Fund for the United States und ein zentraler Akteur der demokratischen Oppositionsbewegung in Jugoslawien während der 1990er-Jahre, dafür, die geo-politischen und geo-ökonomischen Verbindungen zu

nutzen und gemeinsam neue Wege für einen verbesserten Dialog und eine engere Partnerschaft zu finden.

Auf dem ersten Panel skizzierten Dr. Ádám Bence Balázs und Dr. Christina Griessler die aktuelle Debatte um den sogenannten „Westbalkan“ und die Beziehungen der Staaten zum Rest Europas. Balázs folgte den heterogenen Entwicklungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten und plädierte dafür, die Vielfalt des Kontinents als eine progressive Kraft zu nutzen und den zukünftigen Mitgliedsstaaten nicht zuletzt aus der Erfahrung der eigenen Geschichte heraus mehr Empathie entgegenzubringen. Griessler zeigte außerdem anhand geografischer, wirtschaftlicher, demografischer und sicherheitspolitischer Argumente, wie eng die Region, die von Mitgliedsstaaten der EU umgeben ist, bereits mit dieser verbunden sei und betonte die Bedeutung regionaler und übergreifender Zusammenarbeit.

Nach der Mittagspause beschrieb Dr. Etleva Lala, Dozentin für Ost- und Mitteleuropäische Geschichte und Albanologie an der Eötvös Loránd Universität Budapest (ELTE), die vielfältigen verbindenden Elemente von Religion auf dem Balkan im Mittelalter gegenüber den modernen ethno-nationalistischen Differenzen. Historiker und AUB-Gastdozent Dr. Marc-Stefan Peters stellte die Grundlagen seiner Studie zu den russischen und österreichischen Einflüssen auf die Region Vojvodina in Serbien vor, und Vedran Obućina, tätig am Lehrstuhl für die Geschichte Südost- und Osteuropas an der Universität Regensburg, berichtete aus der

Auf dem Panel: Dr. Christopher Walsch (Corvinus Universität), Dr. Maria Mexi (Geneva Graduate Institute) und Frauke Mogli Seebass (AUB-Doktorandin)



Praxis interreligiöser Verständigung in Bosnien-Herzegowina. Allen Vorträgen folgten vertiefende und weiterführende Diskussionen.

Der zweite Workshoptag begann mit einem Vortrag von Prof. Dr. Dragan Prole, Professor für Philosophie an der Universität Novi Sad, in dem er das negative Image des „Balkans“ in der EU erklärte. Im anschließenden dritten Panel stellte zunächst Dr. Maria Mexi, Senior Fellow am Geneva Graduate Institute, Beraterin des griechischen Präsidenten und ehemals Expertin bei der Europäischen Kommission, ihre Untersuchung zum demokratischen Rückschritt auf dem Balkan aus politiktheoretischer Sicht vor. Als zentrale Triebkräfte identifizierte sie defizitäre Übergänge vom Ein- zum Mehrparteiensystem, die Transformation von politischen zu wirtschaftlichen Eliten durch Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse und die

Missachtung formaler Institutionen, vor allem des Rechtsstaats.

Frauke Mogli Seebass, Doktorandin am Interuniversitären Netzwerk Politische Kommunikation der AUB, stellte ihre Untersuchung ethno-territorialer Argumentationsstrukturen im von der EU geführten Dialog zwischen Serbien und Kosovo vor und kam zu dem Schluss, dass dieser nur Erfolg haben könne, wenn diese Dynamiken durch einen ehrlichen politischen Prozess ersetzt würden, wozu zunächst die Klärung der Statusfrage Kosovos innerhalb der Union nötig sei. Dr. Christopher Walsch, Associate Professor am Institut für internationale, politische und regionale Studien der Corvinus Universität Budapest, schloss das Panel mit einer Vorstellung des politischen und literarischen Wirkens des jugoslawischen Schriftstellers und Diplomaten Ivo Andrić, der 1961 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet wurde. Obschon sein außenpolitisches

Wirken während und nach dem Zweiten Weltkrieg nicht unumstritten sei und Teile seiner fiktionalen Werke in den 1990er-Jahren zu Propagandazwecken missbraucht worden seien, sei er zeit seines Lebens Antinationalist und Intellektueller gewesen, der die europäische Zugehörigkeit seiner Herkunftsregion nie infrage gestellt habe.

Der Workshop endete mit einer Abschlussdiskussion über eine zukünftige Vertiefung und Erweiterung der Debatte.

Frauke Mogli Seebass



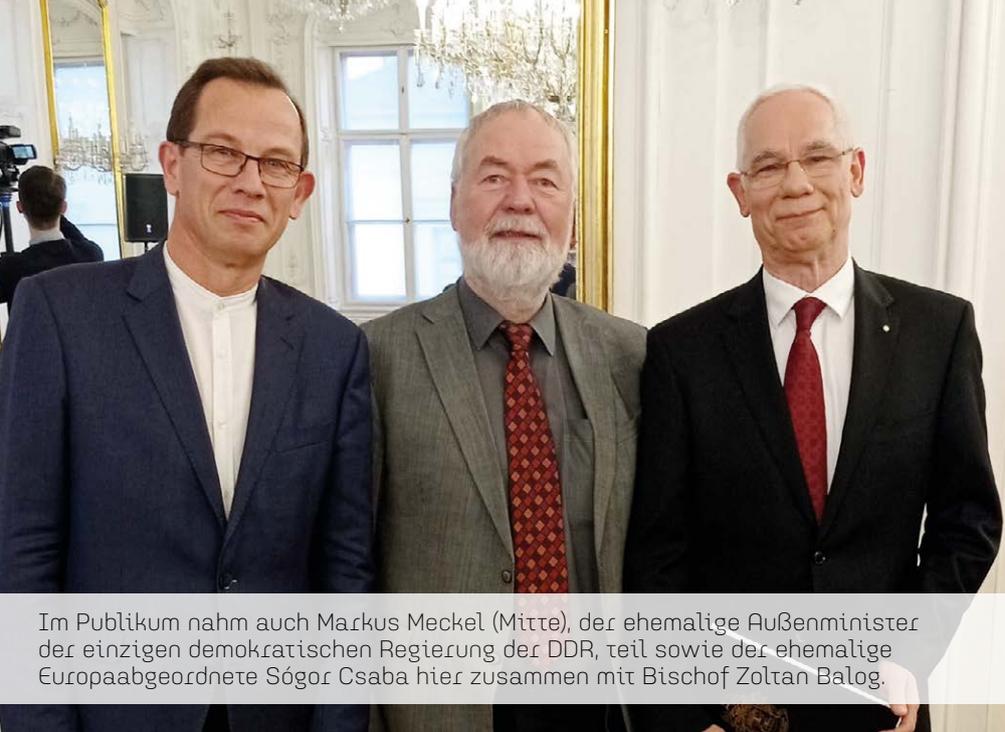
Religion und Diplomatie: Bedeutung der Religionsfreiheit



Bischof Zoltán Balog bei seinem Vortrag

Am 21. April waren mit Volker Kauder und Bischof Zoltán Balog gleich zwei prominente Referenten in der Reihe „Religion und Diplomatie“ an der AUB zu Gast. Das Thema war die Bedeutung der Religionsfreiheit und der weltweite Einsatz für Christen in Not – für die sich beide seit vielen Jahren persönlich einsetzen.

Der langjährige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder verwies eingangs darauf, dass die Religions- und Weltanschauungsfreiheit als Menschenrecht in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist, die von nahezu allen Mitgliedern unterzeichnet und damit akzeptiert wurde. Beide Referenten beklagten, dass sich die Lage der Religionsfreiheit in den vergangenen Jahren weltweit verschlechtert habe. So habe beispielsweise die Unterdrü-



Im Publikum nahm auch Markus Meckel (Mitte), der ehemalige Außenminister der einzigen demokratischen Regierung der DDR, teil sowie der ehemalige Europaabgeordnete Sógor Csaba hier zusammen mit Bischof Zoltan Balog.

Dr. Kreft, stellte nach einer lebhaften Diskussion abschließend fest, dass die Religionsfreiheit ein guter Indikator für den allgemeinen Zustand eines Landes, bzw. einer Gesellschaft sei. Dort wo die Religionsfreiheit unterdrückt werde, sei es auch stets schlecht um andere Freiheiten wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit bestellt. Er dankte der Konrad-Adenauer-Stiftung, die zu einem anschließenden Empfang einlud, für die Unterstützung der Veranstaltung.

Heinrich Kreft



ckung und Verfolgung von Christen erheblich zugenommen. Gingen Experten vor einem Jahrzehnt noch von 100 bis 200 Millionen bedrängter Christen aus, so spreche das christliche Hilfswerk Open Doors inzwischen von bis zu 300 Millionen betroffenen Christen. Die Gründe dafür seien vielfältig. Dazu gehörten das Versagen staatlicher Ordnungsfunktionen, der Anstieg des Nationalismus, der vielfach zur Unterdrückung anderer Religionen und von Minderheiten führten. Beide beklagten zudem die Säkularisierung als Problem der Religionsfreiheit.

Bischof Zoltán Balog, der geistliche Präsident der Synode der evangelisch-reformierten Kirche Ungarns stellte ausführlich die Hilfsprogramme des ungarischen Staates und seiner Kirche für bedrängte Christen in der Diaspora dar. Als christlich geprägter Staat wolle man sich insbesondere für hilfsbedürftige Christen einsetzen. Die evangelisch-reformierte Kirche

Ungarns engagiere sich aktuell besonders in der Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine.



Völker Kauder bei seinem Vortrag

Abschlussprojekt: Fesselnde Medien

Am 18. Mai wurde im Rahmen der Veranstaltung „Fesselnde Medien, wie Online-Plattformen unsere Gesellschaft verändern“ das Abschlussprojekt des Jahrgangs 2020/22 des Studiengangs Kulturdiplomatie vorgestellt: eine Podcast-Serie.

Mitwirkende und Unterstützer des Projekts waren das Österreichische Kulturforum in Budapest und die Aktion Österreich-Ungarn in Budapest. Zu Beginn hielt Seminar- und Projektleiter Dr. Márton Méhes eine Ansprache, wonach die Studierenden Eszter Baracs-

kai, Fatime Páll, Katalin Hajnalka Pintér und Dániel Keménj das Projekt kurz vorstellten.

Die Podcast-Serie besteht aus sechs Folgen mit verschiedenen Themenbereichen wie soziale Medien als Kriegsschauplatz, als Arbeitsplatz, Kommunikation und freie Meinungs-

äußerung im digitalen Raum usw. Nach den Themenbereichen wurden die Experten und Expertinnen vorgestellt, die in den sechs Folgen mitgewirkt haben. Zum Schluss wurde noch über den Entstehungsprozess der Podcast-Serie gesprochen.

Der zweite Teil des Events war eine anschließende Podiumsdiskussion. Als Gäste wurden der Freigattenskapitän der Bundeswehr Ben Weinrich aus Koblenz (Podcast-Folge „Soziale Medien als Kriegsschauplatz“) und Kommunikationswissenschaftler und -experte Prof. Dr. Christoph Neuberger aus Berlin

(Podcast-Folge „Kommunikation und freie Meinungsäußerung im digitalen Raum“) eingeladen.

Weinrich sprach zum Beispiel über die Rolle der sozialen Medien bei der Bundeswehr und über die Nutzung von sozialen Medien während der Einsätze. Neuberger sprach darüber, wie sich Kommunikation mit der Entwicklung der sozialen Medien verändert habe, über Informationsqualität bzw. über die positiven und negativen Aspekte der Nutzung sozialer Medien.

Nach der Podiumsdiskussion hatte das Publikum die Möglichkeit, den beiden Experten Fragen zu stellen. Das

Interesse war groß, beide ExpertInnen bekamen einige Fragen, darunter auch zum Verhältnis von sozialen Medien und Kulturdiplomatie.

Nach dem Publikumsgespräch ging die Veranstaltung mit einem Umtrunk im Hof der Universität weiter. Die OrganisatorInnen, Experten und BesucherInnen konnten sich bei ungarischem Wein und „pogácsa“ weiter unterhalten.

Die Podcast-Serie kann man auf dem YouTube-Kanal der Universität und auf Spotify finden – der Titel lautet „Fesselnde Medien“.

Fatime Páll



AbsolventInnen des Studiengangs Kulturdiplomatie mit ihren Gästen bei der Vorstellung des Abschlussprojekts.

Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht die Welt

Mittel- und Osteuropa spielen traditionell eine wichtige Rolle in der Außenpolitik der großen internationalen Akteure. Welche geopolitische Rolle kann (und will) Mittel- und Osteuropa in der heutigen Welt einnehmen – eine Brücke zwischen Europa und Asien?

„**W**er über Osteuropa herrscht, beherrscht das Herzland. Wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel. Wer über die Weltinsel herrscht, beherrscht die Welt.“ So lautet die berühmte Passage aus dem Buch „Democratic Ideals and Reality“ des britischen Geographen Halford Mackinder, die zu Beginn der Konferenz „Geopolitics in Central and Eastern Europe“ vom Leiter des Zen-

trums für Diplomatie der Andrássy Universität Budapest, Dr. Heinrich Kreft, vorgetragen wurde. Die Region, durch die zahlreiche Verkehrswege führen, sei für praktisch alle Länder des eurasischen Kontinents von strategischer Bedeutung, so Kreft.

Ziel der Konferenz war es, die Positionen verschiedener Parteien zu den Veränderungen in der Region zu beleuchten. Zu diesem Zweck kamen Expertinnen und Experten aus verschiedenen Ländern im Spiegelsaal der Andrássy Universität Budapest zusammen.

In der ersten Podiumsdiskussion erläuterte Maxim Samorukov, Fellow der Carnegie Endowment for International Peace, den Standpunkt Russlands. Samorukow wies

darauf hin, dass Russlands „Soft Power“ in der Region bereits begrenzt gewesen sei und der Krieg sie weiter zerstört habe.

Dr. Stefan Mair, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, sprach über die informellen Bündnisse der EU, wie die V4-Staaten, Craiova Four, die transatlantische Zusammenarbeit usw. Diese hätten an Bedeutung gewonnen, seien aber insbesondere dann problematisch, wenn sie mehrere Politikbereiche zusammenführten. Die derzeitige Krise zeige, wie notwendig es sei, dass die EU eine eigene Sicherheitsstrategie entwickle und mehr Verantwortung im Bereich der Sicherheit übernehme, erklärte Mair.

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Präsident des Instituts für Außenpolitik in Ankara, betonte wie wichtig es sei, dass die Türkei zur EU stehe (hierbei sei nicht zu vergessen, dass die Türkei Mitglied der NATO ist). Die (leider unrealistische) EU-Mitgliedschaft sei zwar kein Hauptziel der Türkei, aber die Türkei bleibe in Europa, betonte Bağcı. Derzeit finde auch keine grundlegende Veränderung der türkischen Politik gegenüber Russland statt.

Dr. Lirong Liu, Dozentin an der Fudan-Universität in Shanghai, teilte die Beziehungen Chinas zu den mittel- und osteuropäischen Staaten in drei Perioden ein. In der ersten Periode von 1949 bis 1989 seien die Beziehungen im Rahmen des sozialistischen Blocks gepflegt worden. Von 1990 bis 2012, der zweiten Periode, seien die Beziehungen von der Annäherung und dem Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten an

bzw. in die EU geprägt gewesen. Seit 2012 schließlich stehe die „17+1-Initiative“ im Vordergrund. Der Schwerpunkt liege nun auf wirtschaftlicher, regionaler und multilateraler Zusammenarbeit. Obwohl die Zusammenarbeit mit den MOE-Ländern zunehme, seien die chinesischen Direktinvestitionen im Vereinigten Königreich, in Deutschland und Italien wesentlich höher, erklärte Liu.

In der zweiten Podiumsdiskussion wurden die Ansichten einiger Länder der Region vorgestellt. Die ehemalige serbische Ministerin für europäische Integration, Suzana Grubješić, sagte, China investiere aktiv in der Region, und es sei schwierig, eine klare Bewertung dieser Maßnahmen vorzunehmen. China als Chance oder als Bedrohung anzusehen, sei wahrscheinlich ein und dasselbe.

Alena Kudzko, Direktorin des GLOBSEC Policy Institute in Bratislava, erläuterte die Position der Länder der Visegrád-Gruppe. Ungarn sei in vielen Punkten anderer Meinung als die Slowakei, die Tschechische Republik und Polen. In der V4-Gruppe „sprechen wir über Themen, die uns verbinden“, folglich werde nicht über Putin, Russland oder andere Themen gesprochen, zu denen es unterschiedliche Meinungen gebe. Sympathien für Russland seien ein Streitpunkt.

In Hinblick auf den Krieg in der Ukraine sei wichtig, dass die Regierungen in erster Linie wirtschaftliche Fragen angehen. Der Direktor des Expertenforums (EFOR) Dr. So-

rin Ioniță aus Bukarest sprach über die südosteuropäische Perspektive. Beim Krieg in der Ukraine gehe es nicht um eine NATO-Erweiterung, sondern es sei ein ideologischer Krieg um Europäisierung, westliche Werte usw. Südosteuropa lasse sich nicht auf Putins Erzählungen ein, doch die Länder hätten Angst. China hingegen zeige kein großes Interesse an der Region; anfangs habe es hohe Erwartungen gegeben, letztlich habe sich das chinesische Engagement jedoch kaum in den Wirtschaftsstatistiken niedergeschlagen.

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitfrage „Was bedeutet der russische Angriff auf die Ukraine für Mittel- und Osteuropa?“ waren sich die meisten Teilnehmenden einig, dass die NATO keineswegs „hirntot“ sei, sondern wieder eine ähnliche Rolle wie zu Zeiten des Kalten Krieges übernehme. Auch die EU sei sehr wohl in der Lage, mit externen Herausforderungen umzugehen, aber interne Meinungsverschiedenheiten und Probleme seien schwieriger zu bewältigen. Die Art der politischen Probleme habe sich mit der Zäsur am 24. Februar 2022 schlagartig geändert.

Schilán Stach, Lisa Stoffers,
Eldaniz Gusseinov



100 Jahre belgisch-ungarische Beziehungen und die Kunst der Diplomatie Belgiens

Der belgische Botschafter in Ungarn, S.E. Siegfried Peinen, besuchte die Andrásy Universität und sprach über die Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen Belgien und Ungarn. Die TeilnehmerInnen erfuhren auch einiges über die belgische Außenpolitik.

Der Rektor der AUB, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, bemerkte in seiner Begrüßungsrede, dass die Diplomatie Belgiens schon aufgrund des politischen Systems des Landes eine wahre Kunst sei. Ein passendes Thema also für die Ringvorlesungsreihe „Kunst der Diplomatie“,

die die Andrásy Universität anlässlich ihres 20-jährigen Jubiläums ausrichtet.

Zu Beginn seines Vortrags sprach der belgische Botschafter über das 100-jährige Jubiläum der belgisch-ungarischen Beziehungen und historische Meilensteine. Einer davon sei der 20. Februar 1922 gewesen, als der

ungarische Botschafter, Graf Olivér Woracziczky, dem belgischen Außenminister Henri Jaspar sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Dies habe den Höhepunkt eines Prozesses markiert, der bereits 1921 begonnen hatte, als Belgien eine Gesandtschaft in Budapest eröffnete, so Peinen. Zu dieser Zeit hätten sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern stark verbessert, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft und Rohstoffhandel, führte er weiter aus.

Ein wichtiges Element der gemeinsamen Geschichte seien die sogenannten „Kinderzüge“, ein Zeichen der Solidarität Belgiens mit Ungarn. So seien kurz nach dem Ersten Weltkrieg 20.000 ungarische Kinder nach Belgien transportiert worden, um für einige Zeit in belgischen Familien zu leben.

Seit Anfang der 1930er-Jahre habe es Gegensätze in den bilateralen Beziehungen gegeben, die durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs noch verschärft worden seien. Nach dem Zweiten Weltkrieg hätten im Jahr 1947 die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden können, und im Jahr 1955 sei ein belgisch-

ungarisches Handels- und Finanzabkommen geschlossen worden.

Die belgische Führung habe sich empört gezeigt über die Reaktion der ungarischen Regierung auf den bewaffneten Aufstand von 1956, und die belgische Position gegenüber Ungarn sei in der Zeit danach sehr negativ gewesen. Nach dem ungarischen Aufstand vom Oktober 1956 habe Belgien dennoch etwa 7000 ungarischen Geflüchteten Aufnahme und Schutz gewährt, erzählte der belgische Botschafter weiter. Dies erkläre, warum es auch heute noch eine große ungarisch-belgische Gemeinschaft in Belgien gebe.

Die belgischen Außenminister, insbesondere Paul-Henri Spaak und Pierre Harmel, hätten von 1961 bis 1973 einen maßgeblichen Beitrag zur Förderung der Beziehungen zwischen Ost und West geleistet, indem sie der „Entspannung“ und der friedlichen Koexistenz zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Block in Europa große Bedeutung beigemessen haben, so Peinen. Ein wichtiger Meilenstein der damaligen diplomatischen Beziehungen zwischen Belgien und Ungarn seien der Besuch des belgischen Premierministers Wilfried Martens in

Budapest im Jahr 1984 und der Besuch des Generalsekretärs der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, János Kádár, in Brüssel im Jahr 1987 gewesen. Nach dem Ende des Kalten Krieges hätten die Handelsbeziehungen einen wahren Wachstumsschub erhalten.

Ungarn sei eines der wenigen Länder der Welt, das Kooperationsabkommen mit den einzelnen belgischen föderalen Einheiten unterzeichnet habe: 1995 mit Flandern, 1997 mit Wallonien und 2002 mit den deutschsprachigen Gemeinschaften, bemerkte der Botschafter.

Der Beitritt Ungarns zur NATO im Jahr 1999 und zur EU im Jahr 2004 habe den bilateralen Beziehungen neuen Schwung verliehen. Heute seien rund 300 belgische Unternehmen in Ungarn tätig, und Belgien gehöre dort zu den zehn größten Investoren. Peinen berichtete, dass Belgien gemeinsam mit Ungarn und Spanien 2010 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne hatte und dass die Zusammenarbeit in diesem Trio sich auch 2023–2024 wiederholen werde, wenn Ungarn Mitte 2024 den Vorsitz von Belgien übernehme.

Nach dieser Darstellung der wichtigsten Ergebnisse und Ereignisse des



Rektor Professor Pállinger begrüßt den belgischen Botschafter in Ungarn S. E. Peinen an der AUB



Foto: Zoltán Adrián / képszerk.hu

Botschafter Peinen spricht über 100 Jahre belgisch-ungarische Beziehungen und die Kunst der belgischen Diplomatie

100-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen zwischen Belgien und Ungarn beschrieb Peinen wie sich die innenpolitischen Veränderungen in Belgien auf die Außenpolitik auswirken. Seit der Staatsreform von 1993 sei Belgien ein föderaler Staat, in dem die Regionen Flandern, Wallonien und die Region Brüssel-Hauptstadt nicht nur berechtigt, sondern sogar verfassungsmäßig gezwungen seien, ihre Außenbeziehungen selbstständig zu gestalten.

Bei der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der föderalen Regierung und den Regionen gebe es zwei Leitprinzipien: das Prinzip „in foro interno, in foro externo“ sowie die Gleichberechtigung zwischen der föderalen und der regionalen Ebene. Der Grundsatz „in foro interno, in

foro externo“ bedeute, dass die belgischen Föderationssubjekte oder -regionen ihre materiellen Befugnisse täglich verwalten müssten, und zwar nicht nur in Bezug auf die Innen-, sondern auch in Bezug auf die Außenpolitik. Gemäß dieses Grundsatzes werde den belgischen Regionen das Recht eingeräumt, diplomatische VertreterInnen zu entsenden und internationale Verträge abzuschließen, erklärte Peinen. Das zweite Prinzip, das Belgien leitet, ist die Idee einer grundlegenden Gleichheit aller belgischen Regierungen, d. h. das Fehlen einer Normenhierarchie. In der Praxis bedeute dies, dass das von den föderalen Einheiten geschaffene innerstaatliche Recht dieselbe Kraft habe wie das föderale Recht, so Peinen weiter. Im Bereich der Außenpolitik

bedeute dies, dass alle Regierungen in Belgien gemeinsam für die Festlegung der Außenpolitik der Föderation verantwortlich seien. Wenn sie keine gemeinsame Basis finden, könne Belgien seinen Standpunkt nicht zum Ausdruck bringen.

Damit Belgien trotz der vielen Vetspieler handlungsfähig bleibe, seien zwischen der föderalen Regierung und den Regierungen der fünf belgischen Föderationen zahlreiche beratende Gremien eingerichtet worden, um Gemeinsamkeiten in außenpolitischen Fragen zu entwickeln.

Nach dem Vortrag lud die belgische Botschaft zu einem Empfang ein, bei welchem die Teilnehmenden das Thema informell noch weiter vertiefen konnten.

Eldaniz Gusseinov

West- und Osteuropa – Nebeneinander statt Miteinander?

Die Geschichte einer Trennung 2.0, mit Norbert Mappes-Niediek und Eszter Kováts

Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete die AUB am 17. Mai eine offene Diskussionsrunde, um die vielfältigen Gründe für die anhaltende Dissonanz zwischen Ost- und Westeuropa auch fast 20 Jahre nach der EU-Osterweiterung zu diskutieren.

In Vertretung von Beate Martin, Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest, eröffnete János Molnár, wissenschaftlicher Mitarbeiter, die Veranstaltung mit einem Grußwort, gefolgt vom Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie und Studienganglei-

ter für Internationale Beziehungen an der AUB, Dr. Heinrich Kreft.

Als erstes ging Norbert Mappes-Niediek, seit 1992 freier Korrespondent für Österreich und Südosteuropa, auf die Schwierigkeiten zwischen Ost und West in der Europäischen Union ein. Seine Beobachtungen hat er in seinem kürzlich erschienenen und viel beachteten Buch „Europas geteilter Himmel: Warum der Westen den Osten nicht versteht“ zusammengefasst. Hier finden sich Aspekte von Ess- und Trinksitten, Religion, das unterschiedliche Verständnis von Toleranz, die viel debattierte öffentliche Homophobie, die Unterscheidung zwischen Staatsangehörigkeit und Nationalität, bis hin zu den enormen Bevölkerungsbewegungen von Ost nach West und dem Entwicklungsmodell, das sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs auf dem Kontinent durchgesetzt hat. Auf Letzterem lag der Fokus seines Vortrags, wenngleich es seiner Ansicht nach zwischen all diesen Kontroversen schlussendlich einen inneren Zusammenhang gibt.

So habe sich mit dem Bröckeln des Ostblocks ein Narrativ gefestigt, in dem der Westen die Norm und das Ziel, der Osten dagegen der Anwärter oder gar Schüler sei. Unterschiede in Kultur und Lebensweise wurden dem Kommunismus zugeschrieben, den es möglichst schnell zu überwinden galt. Eine Auseinandersetzung mit den 45 Jahren Geschichte seit Ende des Zweiten Weltkriegs sei so ausgehöhlt worden, und nach anfänglichen Krisen in den 1990ern habe eine „Aufholjagd“ begonnen.

Und tatsächlich habe sich die Wirtschaft schnell erholt, gleichzeitig wären aber die Unterschiede zwischen den Ländern immer größer geworden. Zwar investierten westliche Unternehmen in Osteuropa, doch bauten sie dabei auf Bedingungen, die Mappes-Niediek „vergiftete Vorteile“ nannte, nämlich niedrige Löhne und geringe Steuern, die eine echte Angleichung der Verhältnisse mit dem Westen verhindern und eine Konkurrenz um billige Arbeitskräfte zwischen den Ländern fördern würde.

Angesichts dieser düsteren Bilanz meinte Mappes-Niediek, dass es versäumt worden sei, die richtigen Konsequenzen zu ziehen, wodurch sich die Unterschiede zwischen Zentren und Peripherien verfestigen konnten. Die EU betrachte Migration noch immer als Problem statt als Triebkraft.

Mit Blick auf Russland stellte der Autor abschließend fest, dass es viele Probleme Osteuropas nach dem Fall des Eisernen Vorhangs teile und es sogar Überlegungen gab, der EU oder gar der NATO beizutreten, die vom Westen allerdings nie ernst genommen worden seien.

Dr. Eszter Kováts, Politikwissenschaftlerin an der Eötvös Loránd Universität (ELTE) in Budapest, schloss sich der Analyse ihres Vorredners an und bekräftigte die Notwendigkeit, die nach wie vor präsente Trennung zwischen Ost und West zu thematisieren und zu diskutieren, um neue Wege für die Zukunft zu finden. Sie deutete auf die sozialen Ungleichheiten hin, die insbesondere in Zeiten der Pandemie deutlich geworden wären.

In ihrer Dissertation hat sich Kováts mit der Instrumentalisierung von „Genderwahnsinn“ als Konzept der

extremen Rechten in Ungarn und Deutschland beschäftigt, weshalb sie auch in diesem Vortrag einen Fokus auf Frauen- und LGBT-Rechte legte, um strukturelle Abhängigkeiten zu verdeutlichen.

Ein anderes Beispiel seien die Ressourcen für wissenschaftliche Forschung, etwa die Geschlechterforschung. Diese kämen aus dem Westen, weshalb dessen Theorien und Arbeiten tonangebend seien und auf lokale Kontexte projiziert würden, erklärte die Politikwissenschaftlerin.

LGBT-Aktivismus habe auch im Osten tiefe Wurzeln, sei in den vergangenen Jahrzehnten jedoch zunehmend verwestlicht worden – einerseits durch Förderung und Themensetzung aus dem Westen, andererseits durch die Instrumentalisierung populistischer Gruppen als „Bedrohung aus Brüssel“ gegen die eigene Kultur. Der Begriff „europäische Werte“ verstecke eine Doppelmoral, die im Osten sehr wohl wahrgenommen werde und ein massiver Trennfaktor sei, ergänzte Kováts.

In der sich anschließenden Diskussion wurde besonders der Unterschied zwischen Zentren und Peripherien thematisiert. In allen Ländern der Welt gebe es schließlich abgehängte oder zumindest sekundäre Regionen, doch sei es falsch, zu versuchen, diese anzugleichen. Stattdessen müsse der Transfer in diese Regionen verbessert werden, um eine echte Kompensation zu bieten, so Mappes-Niediek.

Auf Fragen nach Werteunterschieden verwies Kováts auf die Bedeutung von Zugängen zu Ressourcen, die viel zentraler seien als Ideale von Toleranz und Offenheit. So beobachte sie eine Trennung der Werte nach gesellschaftlichen Klassen, wobei materielle Sorgen missachtet würden zugunsten der scheinbaren Universalität teilweise sehr neuer Konzepte.

Zum Schluss richtete Molnár einen Appell an die Anwesenden, vermeintlich historische Notwendigkeiten nicht als selbstverständlich anzusehen, sondern stattdessen immer Alternativen zu suchen und Visionen zu verfolgen, anstatt diese Bereiche antidemokratischen Kräften zu überlassen. Krefts abschließende Frage, ob Ungarns Regierung angesichts der Argumente für einen verbesserten Transfer zwischen den Regionen für mehr Föderalismus eintreten müsste, verneinte Mappes-Niediek mit dem Verweis auf die vom neoliberalen Modell befeuerten Konkurrenz zwischen den Staaten, die identitäre Gruppen und Antagonismen stärke.

Die Diskussion wurde in informellem Rahmen beim anschließenden Empfang auf Einladung der FES fortgesetzt.

Frauke Mogli Seebass

Die Rolle der Religion und der Kirchen in einem säkularen Staat

Neue Friedensbemühungen und Herausforderungen in der Gesellschaft erfordern mehr religiöse Kompetenz und Sensibilität sowie die Bereitschaft mit den Religionsgemeinschaften zusammenzuarbeiten. Wie ist das Verhältnis zwischen Staat und Religion heute?

In seiner Einführung wies Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II, darauf hin, dass Religion als politischer Faktor vor allem in Europa lange Zeit unterschätzt wurde, insbesondere in den internationalen Beziehungen. Die Globalisierung habe jedoch zu einer weltweiten Zunahme der religiösen Vielfalt geführt, die mehr Toleranz und Respekt erfordere. Religion sei in fast allen Regionen der Welt eine mächtige politische und soziale Gestaltungskraft. Neue Friedensbemühungen und Herausforderungen in den internationalen Beziehungen erforderten mehr religiöse Kompetenz und Sensibilität in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Bereitschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften, so Kreft.

SE Kardinal Péter Erdő, Erzbischof von Esztergom und Budapest, begann seinen Vortrag mit den Worten, dass die Rolle von Kirche und die Religion im säkularen Staat eine hochaktuelle Frage sei, da wir uns in einer tiefen und ernsten Krise befänden, die sich mit dem Wort „Relativismus“ zusammenfassen lasse. Das bedeute, dass wir als Gesellschaft immer weniger in der Lage seien, zu sagen, was „gut“ oder „schlecht“, „wahr“ oder „falsch“ sei (sogar unsere Nachrichten seien oft „gefälscht“), weil nach der vorherrschenden Meinung alles „relativ“ sei. Kardinal Erdő gliederte seinen Vortrag in fünf Teile. Am Anfang setzte er sich definitorisch mit der Thematik auseinander, gefolgt von einer Beschreibung des Verständnisses der Rolle der Religion im Staat im 20. Jahrhundert. Im dritten Teil thematisierte Erdő die wichtigsten Lehren aus dem Zusammenbruch des Kommunismus, im vierten über neue Technologien zur Regelung des Sozialverhaltens ohne Gesetz und Moral und zog im fünften Teil die Schlussfolgerungen.

In seiner Darstellung betonte Erdő, dass die Entstehung größerer menschlicher Gemeinschaften (durchsetzbare) Regeln des sozialen Verhaltens (Gesetze) hervorgebracht hätten. Recht, Moral und Religion hätten sich als ein organisches Ganzes entwickelt, was für die westlichen Gesellschaften bis zur Aufklärung charakteristisch gewesen sei. Erst in der Aufklärung beriefen sich die großen Intellektuellen auf das Naturrecht, das der menschliche Verstand aus der ihn umgebenden Welt ableiten konnte und auf das sich Gesetze unabhängig von religiösen Ansichten stützen ließen. Die ersten Erklärungen der Menschenrechte spiegeln diese philosophische Sichtweise ausdrücklich oder zumindest indirekt wider. In diesem Kontext sei die Idee der religiösen Toleranz entstanden, da das Funktionieren des Staates und die Legitimität des Rechtssystems nicht mehr von den

Lehren der einen oder anderen Religion abhingen. Solange das Funktionieren des Staates eng mit der offiziellen Religion verknüpft war, rechtfertigte der Gesetzgeber selbst die Bestrafung bestimmter Handlungen – wie z. B. Blasphemie – mit der Begründung, dass Gott die ganze Nation mit Naturkatastrophen bestrafen würde, wenn sie diese dulde. Das preußische Landrecht von 1794 habe den ersten Grundstein für den modernen nichtreligiösen Begriff der Gotteslästerung gelegt. Ab dem 19. Jahrhundert tauche die Idee der Trennung von Recht und Staat vom Rest der Wirklichkeit auf. Nach den Theorien der Aufklärung war das Wesen des Naturrechts noch recht nahe an der jüdisch-christlichen Moralvorstellung. In dieser Zeit begannen die philosophischen Grundlagen dieser Konzeption des Naturrechts ihre Überzeugungskraft zu verlieren. Die Idee der Relativität des Naturrechts bzw. der Regeln für rechtschaffenes menschliches Verhalten, die auf einer Verbindung mit der Natur und der Trennung des Rechts von der so genannten natürlichen Moral beruhen, wurde verstärkt.

Darauf aufbauend stellte Erdő die Frage „Funktioniert das Rechtssystem für sich allein, isoliert von anderen gesellschaftlichen Normen?“, die er anhand der Erfahrung der kommunistischen Staaten Europas beantwortet. Ziel sei es gewesen, den freiwilligen Gehorsam gegenüber dem Gesetz zu fördern. Da es jedoch im Marxismus-Leninismus keine Form der religiösen Legitimation oder, allgemeiner ausgedrückt, keine Form der Anerkennung des Naturrechts gab, seien viele Konferenzen und Studien zu dem Schluss gekommen, dass der Inhalt der sozialistischen Moral immer das geltende Strafgesetzbuch sei. Aber wenn der Inhalt der Moral einfach das Strafgesetzbuch sei, sei es unwahrscheinlich, dass eine solche Moral die Autorität der Gesetze stärke. Der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy sah sich mit demselben Problem konfrontiert und argumentierte in seinem 2004 erschienenen Buch „Republik, Religion und Hoffnung“, dass es nicht ausreiche, junge Menschen nur auf der Grundlage einer hohen Achtung vor den Werten des Staates und der Republik zu erziehen. Er war der Meinung, dass es gut wäre, die Distanz zwischen dem Staat und den Religionen zu verringern und die Religionsgemeinschaften stärker in die Gesellschaft zu integrieren. Diesem Gedanken lag die Einsicht zugrunde, dass der Staat moralische Unterstützung braucht, um zu funktionieren, und dass er auch Werte brauche, die er nicht selbst schaffen könne. Sie müssen sowohl aus der Gesellschaft als auch aus den Religionsgemeinschaften kommen.

Nach dem Fall der Berliner Mauer wurden in Mittel- und Osteuropa schrittweise Gesetze zur Religions- und Gewissensfreiheit wieder eingeführt. In vielen Ländern wurden neue Verfassungen verabschiedet. In diesen Gesetzen werden die Kirchen und Religionsgemeinschaften mehrfach als wichtige und wertvolle Faktoren in der Ge-

sellschaft erwähnt. In Ungarn zum Beispiel heiße es in der Präambel des Vierten Gesetzes von 1990 ausdrücklich, dass „Kirchen, Konfessionen und Religionsgemeinschaften in Ungarn Institutionen von herausragender Bedeutung sind, die Werte und Gemeinschaften schaffen können“. In der Präambel des Abkommens zwischen Lettland und dem Heiligen Stuhl aus dem Jahr 2000 werde u.a. der Beitrag der katholischen Kirche zur religiösen und moralischen Entwicklung, zur sozialen Rehabilitation und zur Wiedereingliederung der Republik Lettland anerkannt.

Erd schloss mit einer der Schlussfolgerungen, dass angesichts der neuen Herausforderungen viele der Meinungen seien, dass wir eine so genannte nachhaltige Entwicklung anstreben sollten, nicht nur im wirtschaftlichen Bereich und nicht nur zur Vermeidung von Umweltzerst-

zung. Auch im Bereich der Wissenschaft können die Ergebnisse ohne rechtliche und moralische Kontrolle eher zur Zerstörung der Menschheit beitragen als zu ihrem Glück. Sie beruhe auch auf dem Gefühl oder dem Glauben, dass es für die Menschheit besser sei, zu existieren als nicht zu existieren. Aus diesem Grund sei es wichtig, dass die Gesellschaft sich um eine religiöse und moralische Reflexion über neue Situationen und wissenschaftliche Entdeckungen bemühen solle, auch wenn dies mit einiger Verzögerung geschehe.

Dem Vortrag folgte eine interessante und informative Diskussion zwischen dem Publikum, dem Moderator und dem Referenten über die Vereinbarkeit christlicher Werte mit modernen europäischen Werten. Alle Anwesenden wurden von der Hanns-Seidel-Stiftung zu einem Empfang eingeladen, um die Diskus-

sion über die angesprochenen Themen fortzusetzen.

Eldaniz Gusseinov

Die Andrssy Universität Budapest dankt der Hanns-Seidel-Stiftung für die großzügige Unterstützung dieser Veranstaltungsreihe.

Eine Aufzeichnung der Veranstaltung finden Sie [hier](#).



Zum Bedeutungsverlust der professionellen Diplomatie

Der ehemalige Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie I und sterreichische Diplomat Dr. Ferdinand Trauttmansdorff bot Interessierten Einblicke in die „Kunst der Diplomatie“ und deren Herausforderungen im Zeitalter der Digitalisierung.

Im Rahmen der Ringvorlesungsreihe zur Kunst der Diplomatie sprachen bisher der Schweizer Botschafter über Carl Lutz, Dr. Heinrich Kreft über die Außenpolitik von Gustav Stresemann sowie der belgische Botschafter über die belgische Außenpolitik. Am 23. Mai schließlich hielt Dr. Ferdinand Trauttmansdorff, sterreichischer Diplomat und der ehemalige Leiter des Lehrstuhls Diplomatie I der Andrssy Universität, einen Vortrag.

Es sei ihm eine besondere Ehre, so Rektor Prof. Dr. Zoltn Tibor Pllinger in seiner Begrüßungsrede, den folgenden Vortrag anzukündigen. In gewissem Sinne mache dieser nämlich ein Versäumnis gut, da Trautt-

mansdorff während der Pandemie nicht angemessen habe verabschiedet werden können. Ein richtiger Abschied sei dies jedoch auch nicht, denn Trauttmansdorff bleibe der Universität noch in vielerlei Hinsicht erhalten.

Trauttmansdorff ging am Abend der Frage nach, ob es in der heutigen Zeit überhaupt noch DiplomatInnen brauche. Vorweg betonte er jedoch, dass er sich freilich nicht dafür einsetzen werde, die professionelle Diplomatie abzuschaffen. Einen Blick hinter die Kulissen wolle er aber dennoch bieten. Ihm sei es immer ein Anliegen gewesen, Theorie und Praxis miteinander zu verbinden.

Man könne derzeit davon ausgehen, dass ein grundlegender Strukturwandel internationaler Kommunikation bestehe und die professionelle Diplomatie einen Bedeutungswandel und wahrscheinlich auch eine Bedeutungsreduktion erlebe. Die Definition professioneller Diplomatie, so wie sie

dem Vortrag zugrunde liege, beinhalte die Elemente Staatlichkeit, eine erhöhte Aufnahmeschwelle, eine hohe Anforderung an Ausbildung, den Einbau ins System des öffentlichen Dienstes des jeweiligen Staates, eine Tätigkeit in offiziellen Vertretungsbehörden mit diplomatischem bzw. konsularischem Status, das Generalistenprinzip sowie die staatliche Vertretung bei internationalen Organisationen. Darüber hinaus fänden heute in den verschiedensten Bereichen diplomatische Kontakte statt, ob nun in professioneller Form oder nicht. Zudem gebe es zahlreiche internationale Akteure, die es vor einigen Jahrzehnten noch gar nicht gegeben habe. Charakteristisch sei hier eine wesentliche Verdichtung und Digitalisierung der Kommunikation bspw. durch internationale Direktkontakte oder Kontakte zwischen spezialisierten Regierungsstellen.

Trauttmansdorff stellte nachfolgend die externen wie internen Faktoren des Bedeutungsverlusts der profes-



Dr. Trauttmansdorff, ehemaliger Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie I, kam für einen Vortrag zurück an die Andrássy Universität

Foto: Valtér Berecz/képszerk.hu

sionellen Diplomatie dar. Zu diesen gehörten allen voran die „Kommunikationsexplosion“ sowohl im analogen als auch im digitalen Bereich. Diese vermindere die Notwendigkeit permanenter Strukturen. Der wesentlichste Punkt bei den inneren Faktoren seien die verschiedenen Direktkontakte, die es zwischen den Kabinetten, MinisterInnen, StaatssekretärInnen, kurz: zwischen sämtlichen politischen Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen gebe und durch die schlicht weniger professionelle Diplomatie gebraucht werde. Ein Punkt sei ihm aber besonders wichtig: Außenpolitik sei immer auch Innenpolitik. Die politische Führung sei nämlich hauptsächlich den WählerInnen gegenüber verantwortlich. Dies müsse man berücksichtigen.

Im weiteren Verlauf des Abends führte der ehemalige Diplomat in die Struktur von Außenministerien ein und ging insbesondere auf Wesen und negative Auswirkungen des Rotationsprinzips in der Diplomatie ein.

Was die diplomatische Repräsentation als solche betreffe, sei die Repräsen-

tationstätigkeit von DiplomatInnen keineswegs nur „Sektglasschwingen“. Das Bild habe sich fälschlicherweise verbreitet und führe häufig zu Misstrauen. Um daher einen Missbrauch von finanziellen Mitteln zu vermeiden, bestehe eine Tendenz zur Überregulierung, was dann wiederum zur Folge habe, dass die Repräsentation ein Stück weit unflexibel und weniger effektiv sei als sie eigentlich sein sollte. Sein Vorschlag wäre, so der ehemalige Diplomat, den Einsatz und die Zuteilung von Repräsentationsmitteln anhand von Arbeitsprogrammen auszurichten und nach flexiblen Einsatzmöglichkeiten zu suchen, einschließlich des missbrauchssicheren Einsatzes von Sponsormitteln.

Zur Kulturdiplomatie merkte Trauttmansdorff an, dass hier regelmäßig eine Auseinandersetzung stattfinde zwischen Selbstzweck und Wirkung, v. a. deshalb, weil Kulturschaffende grundsätzlich den Anspruch haben, sich von Machtstrukturen abzusetzen. Dies führe dazu, dass in der Kulturarbeit entsprechende Schranken zwischen der diplomatischen und politischen Nutz-

barkeit von Kulturarbeit und der eigentlichen Kulturarbeit entstehen, was ein immer fortwährendes Thema sei.

Schließlich drang der Vortrag in den Bereich der digitalen Kommunikation vor, zu dem Trauttmansdorff einige Punkte ansprach, z. B. die Nutzung von sozialen Medien, deren Aufwand im Verhältnis zu ihrer Wirkung häufig problematisch sei. Es bestehe die Gefahr der Wirkungsillusion bei der Übermittlung von Botschaften – hier bestehe noch viel Entwicklungsbedarf. Auch sei wenig Spielraum für eigenständige politische Kommunikation vorhanden.

Seinen Vortrag schloss Trauttmansdorff mit dem Resümee, dass der Bedeutungsverlust in einen Bedeutungswandel umgestaltet werden müsse und der Berufsdiplomatie dort ihr Platz zuzuweisen sei, wo sie sich auch rentiere. Die darauffolgenden Fragen schnitten einige der im Vortrag genannten Themen an und konnten im Anschluss bei einem Glas Wein, zu dem Trauttmansdorff die anwesenden Gäste einlud, weiter diskutiert werden.

Schilan Stach

13. Interdisziplinäres Doktorandenkolloquium (IDK) im Rahmen der Kooperation mit der Autonomen Region Trentino-Südtirol

Das 13. IDK fand vom 23. bis 25. Mai 2022 bereits zum fünften Mal online statt, diesmal mit dem Rahmenthema „Der Krieg in Europa als globale Zeitenwende“.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßten die Prorektorin für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs der AUB, Prof. Dr. Ellen Bos, sowie der Präsident von EURAC Research, Prof. Dr. Roland Psenner, die Teilnehmenden des dreitägigen Kolloquiums. Anschließend richtete Prof. Dr. Paul Videsott von der Freien Universität Bozen sein Grußwort an die Zuhörenden.

In der ersten Hälfte des IDK hatten die DoktorandInnen die Gelegenheit, im traditionellen Ph.D.-Workshop ihre Promotionsprojekte zur Diskussion zu stellen. Dieses Mal nahmen zehn DoktorandInnen diese Gelegenheit wahr: Als erste präsentierte Christiane Kittner, Doktorandin im Teilprogramm Rechtswissenschaft, ihr Projekt „Europarechtskonformität der Neuregelung der Wegzugsbesteuerung des § 6 AStG durch das ATAD-Umsetzungsgesetz“. Danach stellte Anastasiia Hraur, Doktorandin im Teilprogramm Politikwissenschaft, ihr Projekt „Die Entwicklung eines eigenständigen Sicherheitskonzepts in der Ukraine seit der Unabhängigkeit“ vor. Anschließend sprach Alina Alexenko, Doktorandin im Teilprogramm Wirtschaftswissenschaften, über ihr Projekt „Private Global Governance? Demokratietheoretische Begründungen, praktische Umsetzungsformen und Evaluierung bisheriger Erfahrungen in den Bereichen Accounting und Internet“. Es folgte der Vortrag von Sahin Göksu, Doktorand im Teilprogramm Politikwissenschaft, der über sein Projekt „Die Politik der Türkei gegenüber den turksprachigen Minderheiten Südosteuropas“ berichtete.

Danach wurden weitere Projekte aus dem Teilprogramm Wirtschaftswissenschaft vorgestellt. Malte Lorenz stellte sein Projekt „Ein Reifegradmodell für Smart Cities – Entwicklung eines modularen Ansatzes zur Analyse des digitalen Transformationsprozesses im Kontext regionalen Standortwettbewerbs“ vor, Adrian Ade sein Projekt „Auswirkungen sozio-emotionalen Reichtums auf den strategischen Managementprozess – Besonderheiten im Management von Familienunternehmen“. Anschließend berichtete Andreas Höhn über sein Projekt „Post-Corona Strategien für Handel und Kulturwirtschaft“, sowie Eduard Bossauer über sein Projekt „Asymmetric information in private capital markets“. Schließlich präsentierte Selina Somogyi ihr Projekt „Die Implementierung digitaler Lehr-Lern-Umfelder in Deutschland: Eine perspektivorientierte ökonomische Analyse unter besonderer Berücksichtigung des Kompetenzbegriffs“, und Moritz Wehking sprach über sein Projekt „Die Veränderung der Investitionsstrategie von deutschen Small- und Midcap Risikokapitalinvestoren im Zuge von COVID-19“. In den den Präsentationen folgenden lebhaften

Diskussionen ergaben sich in dem interdisziplinären Kontext auch interessante Verknüpfungen zwischen den einzelnen Dissertationsprojekten und Forschungsthemen.

Am zweiten und dritten Tag des IDK standen eine Reihe von Impulsvorträgen zum Rahmenthema des IDK im Mittelpunkt. Zunächst sprach Botschafter Dr. Heinrich Kreft, der an der AUB den Lehrstuhl für Diplomatie II leitet, über die „Rolle der Diplomatie im Krieg“. Die These „Herrscht Krieg, dann hat die Diplomatie versagt“, stand am Ausgangspunkte seiner Überlegungen. Er betonte, dass sich die diplomatischen Bemühungen zur Beendigung eines Konflikts sehr lange hinziehen können und zeigte die vielfältigen diplomatischen Bemühungen im Vorfeld des russischen Angriffs auf die Ukraine und nach Ausbruch des Krieges auf. Im Hinblick auf die Rolle der Diplomatie betonte er, dass diese wenig Chancen habe, solange eine Seite die Chance sehe, aus dem Krieg als Sieger hervorzugehen. Es folgte der Vortrag von Sergiu Florian Constantin, Senior Researcher am Institut für Minderheitenrecht an der EURAC Research, zum Thema „The complex interplay between ethnicity and language in Ukraine and the impact of the war“. Er beleuchtete das komplexe Wechselspiel zwischen Ethnizität und Sprache in der Ukraine und die Auswirkungen des dortigen Krieges auf die nationalen Minderheiten. Weiter ging er auf den komplexen regionalen geopolitischen Kontext des Konflikts ein, den er als Wechselspiel zwischen sowjetischem Erbe, Nationenbildungsprozessen und russischem Imperialismus beschrieb. Der dritte Impulsvortrag von Prof. Dr. Jens Woelk, Universität Trient und EURAC Research, behandelte das Thema „Die Rolle Russlands und die Auswirkungen des Ukrainekriegs auf den Balkan“. Woelk ging insbesondere auf die engen Verbindungen zwischen Russland und Serbien ein. Eine besondere Spannung ergebe sich aus der EU-Beitrittsperspektive für die Länder des Westbalkans.

Den vierten Impulsvortrag hielt Cuno Jakob Tarfusser, der von 2009 bis 2019 Richter am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag war, zum Thema „Der Internationale Strafgerichtshof und der Krieg in der Ukraine: Möglichkeiten und Grenzen“. Er behandelte zunächst die Entstehung und Arbeitsweise des Internationalen Strafgerichtshofs, um vor diesem Hintergrund die begrenzten Handlungsmöglichkeiten des ICC und die besonderen Schwierigkeiten bei der Verfolgung der in der Ukraine verübten Verbrechen aufzuzeigen. Hier wies er insbesondere auf die großen Risiken hin, die mit Ermittlungen in einem laufenden Konfliktfall verbunden sind. Außerdem betonte er, dass der ICC von ihm erlassene Haftbefehle nicht selbst umsetzen kann und deshalb immer auf die Kooperation mit der internationalen Staatengemeinschaft angewiesen ist. Am Ende seines Vortrages hob Tarfusser hervor, dass sich das internationale System durch den Krieg in Europa grundlegend verändert hätte und des-

halb auch ein juristisches Umdenken und eine Reform der Grundlagen der Tätigkeit des ICC notwendig seien.

Die Reihe der Impulsvorträge wurde von Dr. Georg Grote, Senior Researcher am Institut Minderheitenrecht der EURAC Research, abgeschlossen. Er widmete sich in seinem Vortrag „Historischer Rückblick und Analogie zum 3. Reich“ der Frage, ob es Gemeinsamkeiten zwischen dem aktuellen Krieg in der Ukraine und der Situation in Europa vor dem Zweiten Weltkrieg gibt. Er zeigte auf, dass es eine Reihe von Parallelen und Analogien zwischen der Situation vor dem Zweiten Weltkrieg und der aktuellen Situation gebe. Im Hinblick auf die Politik Putins hob er hervor, dass Putin keine Zukunftsvision besitze, sondern letztlich eine vorgeblich „bessere Vergangenheit“ wieder herstellen wolle. Im Anschluss an seinen Vortrag stellte er kurz das neue Masterprogramm „Master of Science – Federalism and Minority Studies“ vor, das die Universität für Weiterbildung Krems in Kooperation mit der EURAC anbietet.

Am Ende des IDK fand wie immer eine Feedback-Runde statt. Die Teilnehmenden äußerten sich sehr positiv über die Veranstaltung. Die Reihe der Impulsvorträge, die das Rahmenthema aus politischer, diplomatischer, historischer und juristischer Perspektive behandelten und jeweils auf unterschiedliche Aspekte des Kriege in Europa eingingen, hätten ein vertiefteres Verständnis für die Hintergründe des Krieges und seine Konsequenzen sowie die Handlungsoptionen der beteiligten Akteure ermöglicht. Die DoktorandInnen und DozentInnen freuen sich bereits auf das 14. IDK im kommenden Wintersemester und äußerten die Hoffnung, dass es dann wieder in Präsenz stattfinden kann.

Ellen Bos



unibz Freie Universität Bozen
Libera Università di Bolzano
Università Lìedia de Bulsan

eurac
research

Sarajevo – multireligiöser Mikrokosmos Europas

Einen virtuellen Rundgang durch die Geschichte des interreligiösen Mikrokosmos Sarajevo bot die Leiterin des Büros für Internationale Beziehungen bei der Islamischen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina, Dr. Dževada Šuško, den Gästen der AUB.

In seiner Begrüßungsrede ging Gergely Pröhle, Vorsitzender der Otto-von-Habsburg-Stiftung und ehemaliger ungarischer Botschafter in Deutschland und der Schweiz, auf das österreichisch-ungarische Islamgesetz von 1912 ein, das den Status der muslimischen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina und in der Habsburgermonarchie geregelt habe. Der Islam wurde hier als gleichberechtigte Religionsgemeinschaft anerkannt, womit die Habsburgermonarchie eine gesamt-europäische Vorreiterrolle in Sachen religiöser Toleranz eingenommen habe. Die Hauptmerkmale dieser Gesetze seien auch heute noch relevant und hätten sich entsprechend den modernen Anforderungen weiterentwickelt, so Pröhle.

Dr. Heinrich Kreft merkte an, dass dieses Gesetz auch in Deutschland herangezogen worden sei, um zu verstehen, wie man das friedliche Zusammenleben von Angehörigen verschiedener Religionen gestalten könne. Neben der Untersuchung der

Koexistenz verschiedener Konfessionen sei es jedoch auch wichtig, die Rolle der Religion in den internationalen Beziehungen in Erinnerung zu rufen, die laut Kreft bisher nicht ausreichend beachtet wurde.

Nach den einführenden Worten nahm die Referentin Dr. Dževada Šuško das Publikum mit auf eine „Reise“ durch Sarajevo. Die Reise begann mit einem geschichtlichen Überblick über die Stadt, wobei sie Bilder von den religiösen und kulturellen Stätten des Landes und seiner Hauptstadt zeigte. Es sei historisch erwiesen, dass Bosnien und Herzegowina schon immer ein multireligiöses Land gewesen sei. Orthodoxe, Katholiken (Franziskaner) und AnhängerInnen der häretischen Sekte der bosnischen Kirche (Bogomilen, Katharer, Albigenser) hätten vom 10. bis zum 15. Jahrhundert im bosnischen Königreich gelebt. Šuško betonte hier, dass es nicht bloße Toleranz sei, die dort seit Jahrhunderten bestünde, sondern ein echtes, gelebtes Miteinander.

Sie selbst habe es sehr faszinierend gefunden, bei einem Aufenthalt in Polen einen bekannten Namen zu lesen: Elisabeth von Bosnien. Diese habe den ungarischen König Ludwig I. geheiratet, mit dem sie eine Tochter, Hedwig, gehabt habe, die schließlich die erste Königin Polens geworden sei.

Der Islam habe sich auf dem Balkan verbreitet, nachdem das Osmanische Reich den größten Teil der Halbinsel erobert hätte, erklärte Šuško. Die Osmanen hätten Bosnien im Jahr 1463 erobert und ihre Herrschaft habe ca. 450 Jahre angedauert. Im Laufe der Jahrhunderte des Osmanischen Reichs hätten einige der Südslawen zum Islam konvertiert. Trotzdem sei die pluralistische Gesellschaft dank eines Dekrets des Sultans aus dem Jahr 1463 erhalten geblieben, das als Garant der Religionsfreiheit gedient habe. Das Dekret gestand den Katholiken in Bosnien und Herzegowina religiöse Rechte und Freiheiten zu und habe dem Franziskanerorden erlaubt, in diesem Gebiet tätig zu sein. In dieser Zeit entstanden in Sarajevo im Jahr 1566 eine sephardische Synagoge, 1539 orthodoxe Kirchen und 1531 die Gazi Husrev-beg-Moschee. Christliche, muslimische

und jüdische Gotteshäuser seien in unmittelbarer Nähe zueinander gebaut worden, daher könne man vom Jerusalem Europas sprechen, schlussfolgerte die Referentin.

Šuško sprach weiter über die Zeit von 1878 bis 1914, zu der Bosnien Teil Österreich-Ungarns war, was für das Land und seine Bevölkerung sehr prägend gewesen sei. Diese Zeit habe radikale Veränderungen, Modernisierung, eine Ausrichtung auf Europa und die Integration in den mitteleuropäischen Kontext bedeutet. Die Doppelmonarchie habe vorgehabt, ihre Kultur nach Bosnien zu „verpflanzen“. Dabei sei zu bedenken, dass man Bosnien auf dem Berliner Kongress im Jahr 1878 noch als Land des Nahen Ostens bezeichnet habe, merkte die Referentin an.

Schließlich ging Šuško noch näher auf die einzelnen Religionsgemeinschaften in Bosnien ein. Da sei zum Beispiel die ukrainische griechisch-katholische Christkönigskirche in Banja Luka, die 1917 erbaut worden war. Die ersten UkrainerInnen seien nach dem Berliner Kongress 1878 in Bosnien und Herzegowina aufgetaucht. Bis dahin sei das Gebiet mit seinen unfruchtbaren Böden nur dünn besiedelt gewesen. Die österreichische Regierung habe dann mit umfangreichen Maßnahmen begonnen, um die unfruchtbaren Gebiete so schnell wie möglich zu besiedeln.

Ein Zeichen interreligiöser Verbundenheit sei in der Kleidung zu finden

gewesen – muslimische, christliche und jüdische Frauen trügen oft ähnliche Kleidung (zum Vergleich wurden drei Fotos aus dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert gezeigt, bei denen auf den ersten Blick nicht klar war, welche Frau nun welcher Religionsgemeinschaft angehöre). Šuško betonte an dieser Stelle erneut, dass es sich nicht nur um ein interreligiöses Nebeneinander, sondern um ein enges Zusammenleben von Menschen verschiedener Glaubensrichtungen gehandelt habe. So hätten die Menschen keineswegs in getrennten, sondern in gemischten Wohnvierteln gelebt und seien sich selbst in schwierigen Zeiten mit gegenseitigem Respekt begegnet. Allerdings habe es in der Geschichte auch mehrere Versuche gegeben, diese friedliche Koexistenz zu zerstören. Ein Beispiel dafür sei Jugoslawien gewesen (1918 bis 1992). Während des Krieges sei Religion durch radikale Ideologien und zur Rechtfertigung von Völkermord missbraucht worden. Doch trotz der Konzentrationslager und Kriegsverbrechen, die es gegeben habe, habe es auch immer wieder Beispiele für Nächstenliebe über Religionen hinweg gegeben.

Für den interreligiösen Dialog sei im Jahr 1997 von vier traditionellen Religionsgemeinschaften in Bosnien und Herzegowina, nämlich der islamischen Gemeinschaft, der orthodoxen Kirche, der katholischen Kirche und der jüdischen Gemeinschaft, ein

interreligiöser Rat gegründet worden, in dem Šuško selbst aktiv beteiligt sei.

Auch das heutige Islamverständnis im Land sprach Šuško an. Dieses sei geprägt von den vielen Neuinterpretationen und Reformen, welche die verschiedenen historischen Abschnitte und Umbrüche in der Geschichte des Landes mit sich gebracht hätten. Der Islam in Bosnien und Herzegowina sei letztlich ein „Islam mit europäischem Charakter“.

Am Ende ihres Vortrags sprach Šuško über die heutigen Herausforderungen, die Frieden und Dialog gefährden, sowie über die Möglichkeiten für die Fortsetzung des interreligiösen Dialogs und die Beibehaltung eines Jerusalem in Europa. Ihren Vortrag schloss sie mit den Worten, der Dialog habe keine Alternative.

Während der anschließenden Podiumsdiskussion stellten die Teilnehmenden Fragen über die Rolle und die Lage des Islams in Europa, die bevorstehenden Wahlen in Bosnien und Herzegowina im Oktober und weitere Themen. Im Anschluss bot die Otto-von-Habsburg-Stiftung die Möglichkeit, sich bei einem Empfang weiter auszutauschen.

*Eldaniz Gusseinov,
Schilán Stach*



**OTTO VON HABSBURG
STIFTUNG**

Wohin weiter Europa und Transatlantisches Bündnis

Bericht über eine Vorlesungsreihe für Teilnehmende des Fachkollegiums für Diplomatie in der Praxis unter Beteiligung der Andrássy Universität

Das an der Corvinus Universität angesiedelte, und insgesamt sechs namhafte Universitäten umfassende Fachkollegium für Diplomatie in der Praxis („Gyakorlati Diplomácia Szakkollégiuma“) organisierte am 29. September 2021 eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Wohin weiter Deutschland“ nur wenige Tage nach den Bundestagswahlen, bei der die Teilnehmenden die Frage ergründeten, in welche Richtung sich die deutsche Außen- und Europapolitik in Folge der Bundestagswahlen entwickeln kann.

Im Wintersemester 2022 knüpfte das Fachkollegium mit dieser Veranstaltung an eine Vorlesungsreihe für Studierende der teilnehmenden Partneruniversitäten auf dem Gebiet des internationalen Rechts und Europarechts unter Leitung von Dr. Miklós Szirbik an. Die 20 Studierenden erhielten einen Einstieg in die genannten Rechtsgebiete mit einem Fokus auf internationale Zusammenarbeitsformen und Europäische Integration, wobei sie neben der theoretischen Grundlegung auch durch praxisnahe Simulationen einen Einblick in die Welt der intergouvernementalen und

supranationalen Zusammenarbeit bekamen. In diesem Kontext wurden die deutsche, ungarische und französische Europapolitik näher beleuchtet.

Bei der Analyse der aktuellen politischen Ereignisse wurde deutlich, dass die nach den Bundestagswahlen 2021 aufgestellte deutsche Bundesregierung trotz gewaltiger Herausforderungen – etwa durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine – die teilweise grundlegend neuen Akzente der deutschen Außenpolitik ohne anhaltende Koalitionskrise zu finden im Stande war. Das mutmaßliche Kalkül der russischen Außenpolitik dahinge-

hend, dass die EU und das Transatlantische Bündnis keine einheitliche Politik hinsichtlich der Ukraine würden aufstellen können, erwies sich als grundlegend falsch. Das abgestimmte Sanktionsregime gegenüber dem Aggressor Russland, aber auch die geplante Überarbeitung der Aufbau- und Resilienzfazilität im Rahmen des von der Europäischen Kommission am 18. Mai 2022 vorgelegten REPowerEU-Plan zeigen, dass sich die Mitgliedstaaten der EU trotz sehr unterschiedlicher geostrategischer Ausgangssituationen im Verhältnis zu Russland auf Kompromisse und eine entsprechend einheitliche Linie festlegen

konnten. Dadurch scheinen sowohl die EU als auch die vor einer mittelfristig wahrscheinlichen Erweiterung stehende NATO gestärkt aus dieser globalen Krise hervorzugehen. Neue potenzielle Gebiete der europäischen Zusammenarbeit, wie etwa die verstärkt koordinierte Verteidigungspolitik und die energetische Autonomie Europas als neuer Aspekt der ursprünglich rein klimapolitisch motivierten Europäischen Energiewende sind Themen, die von allen Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Frankreich und den Visegrád-Staaten grundsätzlich mitgetragen werden.

Loretta Huszák, Miklós Szirbik

Einsichten in die Ukraine – Entwicklungsperspektiven seit 1989

Veranstaltungsbericht

Am 30. Mai hielt Mmag. Andreas Wenninger vom Österreichischen Außenministerium an der AUB einen öffentlichen Vortrag zur Einordnung der Situation in der Ukraine.

Die Veranstaltung wurde vom Mitteleuropa-Zentrum gemeinsam mit dem Österreichischen Kulturforum ausgerichtet und konnte sowohl live als auch über Zoom verfolgt werden. Assoz. Prof. Dr. habil. Georg Kastner, Leiter des Lehrstuhls für Mitteleuropäische Geschichte, und Christian Autengruber, Direktor des Kulturforums, begrüßten den Gast, der seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine von Wien aus arbeitet. Wenninger ist Attaché für Wissenschaft und Bildung der Österreichischen Botschaft Kiew und Leiter des OeAD Kooperationsbüros in Lemberg, wo er die letzten 20 Jahre auch ansässig war – bis zum 24. Februar 2022.

Der Angriff Russlands kam für viele im Land nicht überraschend, so Wenninger, auch für ihn und die Botschaft nicht. Womit aber niemand in seinem Umfeld gerechnet habe, war das Ausmaß der Bombardierungen, die bereits vom ersten Tag an auch Mili-

tärfrastruktur im Raum Lemberg betrafen. Und trotz der Erwartung des Konfliktes fanden sich die Menschen über Nacht in einer neuen Welt wieder und musste sich nicht zuletzt die Botschaft völlig neu aufstellen. So sei ein Teil des Personals nach Uschhorod an die Grenze zu Polen verlegt worden und ein Teil sei bereits im März nach Kiew zurückgekehrt, während das Kooperationsbüro aus Wien operiert. Die Erfahrungen des digitalen Arbeitens aus Pandemiezeiten waren eine gute Vorbereitung, um die Zusammenarbeit mit ukrainischen Kunst- und Kulturschaffenden sowie Bildungseinrichtungen ohne zu große Unterbrechungen fortzusetzen – wenn auch unter gänzlich neuen Bedingungen. Denn die langjährigen Beziehungen sowohl des Lemberger Büros als auch des Kulturforums in Kiew sowie die zahlreichen Projekte in Wissenschaft, Kunst und Journalismus sollen weitergehen – jetzt erst recht.



Andreas Wenninger
von der Österreichischen
Botschaft in Kiew

In der langen Zeit, die er in der Ukraine gelebt hat, konnte der Vortragende zahlreiche Reformen und besonders seit 2014 eine sehr positive Entwicklung beobachten. Natürlich gebe es bei den Institutionen noch viel Lernbedarf, aber die Voraussetzungen für eine freie, demokratische Gesellschaft seien gegeben. Unter der Führung von Präsident Selenskyj seien im aktuellen Krieg auch sonst widerstrebende Parteien geeint und kämpften

Seite an Seite. Wenn es je Zweifel gab an der eigenen nationalen Identität der Ukraine – der Angriff Russlands hat sie beseitigt, so Wenninger.

In der anschließenden Diskussion betonte Wenninger die zentrale Rolle Kunst- und Kulturschaffender gerade auch im Exil, um die ukrainische Kultur zu verbreiten. Auch lobte er die Rolle der westlichen Be-

richterstattung, die sich seit der Annexion der Krim deutlich verbessert habe und nicht mehr russischer Propaganda aufsitze. Eine Revolution in Russland sieht er aktuell nicht als wahrscheinlich an, da die wenigen Protestierenden verhaftet werden und sowohl das Militär als auch der Geheimdienst hinter Putin stehen. Möglicherweise könnten die Mütter

der vielen getöteten Soldaten hier einen Unterschied machen, sollten sie sich zusammenschließen, aber das ist aktuell nur Spekulation.

Frauke Mogli Seebass



Political Communication in Southeast Europe – Informing or Influencing the Public

Am 10. Juni lud das internationale und interuniversitäre Netzwerk Politische Kommunikation (netPOL) unter Leitung von Dr. Christina Griessler ForscherInnen und DoktorandInnen zu einem interaktiven Workshop ein.

Ziel des Workshops war es, aktuelle Entwicklungen in Südosteuropa zu diskutieren und Einblicke in die Besonderheiten der politischen Kommunikation zu gewinnen und die aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich zu analysieren: In welchen Formen und mit welchen Mitteln kommunizieren PolitikerInnen mit der Bevölkerung? Welche Rolle spielen die Medien bei der Vermittlung spezifischer politischer Botschaften und gelten sie als frei und unparteiisch in ihrer Berichterstattung? Auf welche Weise wird politische Kommunikation in den Ländern der Region genutzt und missbraucht? Wie tragen die Medien zur Polarisierung innerhalb der Gesellschaft oder zur Überbrückung gesellschaftlicher Unterschiede bei? Sind Medien in der Lage, die demokratischen Prozesse in den Ländern zu unterstützen, indem sie auf Fehlverhalten von Politikern hinweisen? Wie funktioniert die politische Kampagnenarbeit in der Region? Diese und viele weitere Fragen wurden von den Teilnehmenden des Workshops aufgegriffen und diskutiert.

Nach einigen Willkommensworten stellte Dr. Christina Griessler, wissenschaftliche Mitarbeiterin am AUB-Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU, das Netzwerk netPOL vor und bot einen

Rückblick auf dessen zehnjährige Geschichte in Budapest. Es folgten drei Paneldiskussionen, in denen die eingeladenen AkademikerInnen die Ergebnisse ihrer aktuellen Forschungen präsentierten und mit dem Publikum sowie untereinander debattierten.

Siniša Atlagić von der Politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Belgrad (Serbien) begann mit einem Vortrag mit dem Titel „Public sphere and symbolic politics in contemporary Serbia“, in dem er zeigte, wie die politischen Eliten in Serbien seit 1990 mit Hilfe von Symbolpolitik und einem stark zentralisierten Mediensystem den öffentlichen Diskurs so manipulieren, dass kein echter Wandel stattfinden kann. Auch soziale Medien hätten nur bedingtes Mobilisierungspotenzial, zumal die öffentlichen politischen wie zivilgesellschaftlichen Institutionen sehr schwach seien, erläuterte er weiter.

Reina Zenelaj, Leiterin der Fakultät für Politikwissenschaft und internationale Beziehungen an der Epoka-Universität Tirana, stellte im Anschluss ihre Fallstudie zu Effekten von Medien auf Konfliktformationen vor, in der sie die politische Krise in Albanien im Frühjahr 2019 betrachtete. Dazu nutzte sie das Konzept des Friedensjournalismus von Alicia Prager und Michael Hameleers, das sich mit der Frage beschäftigt, wie Journalismus zur Frie-

densbildung beitragen kann. Zenelajs Studie zeigte, dass die Medien zwar während der gesamten Eskalation eine aktive Rolle einnahmen, jedoch kaum versuchten, zwischen den Konfliktparteien und deren Narrativen zu vermitteln. Da Medien aber gerade in Krisen eine zentrale Rolle spielen, forderte sie gezielte Fortbildungsprogramme für JournalistInnen.

Schließlich zeigten Suzana Jurin und Daniela Kruzić von der Universität Rijeka erste Ergebnisse einer neurolinguistischen Studie zu den psychologischen Effekten politischer Schlagwörter in kroatischen Medien. Diese sprechen demnach direkt die Emotionen der RezipientInnen an und lenken den Blick auf eine bestimmte politische Agenda bzw. ihre Ziele. Außerdem kreieren sie übergreifende Themen für politische Kampagnen, um Parteimitglieder und bestimmte WählerInnengruppen anzusprechen. Es handelt sich also um kurzfristig angelegte Überzeugungsarbeit, die eher der Meinungs- als der tatsächlichen Wissensbildung dient. Das Panel wurde moderiert von der netPOL/AUB-Doktorandin Anastasiia Hraur.

Das zweite Panel widmete sich Medien und Journalismus und brachte gleich drei netPOL-Doktorandinnen der AUB zusammen: Franziska Döhring, die online zugeschaltet war, verglich die Medienentwicklung der Postkonfliktgesellschaften im Libanon und Kosovo und zeigte, welche Auswirkungen dieses spezielle Setting und insbesondere auch der internati-



Paneldiskussion des netPOL-Netzwerks an der AUB zur politischen Kommunikation in Südosteuropa

onale Einfluss haben. Marina Plantak und Edina Paleviq betrachteten in einer Übersichtsstudie von Printmedien in allen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, ob und wie sich nationale und regionale Zugehörigkeiten in den jeweiligen Ressorts spiegeln. Tatsächlich fanden sie – in Anlehnung an Michael Billigs Konzept des „Banalen Nationalismus“ und Maria Todorovas „Balkanismus“ – „Banale Balkanismen“ in den meisten der Nicht-EU-Staaten der Region. Mit auf dem Panel war auch Mateo Gospić, Absolvent der Geschichtsfakultät an der Universität Zagreb und angehender Doktorand, der drei Untersuchungen von Medientexten zu den Jugoslawienkriegen bewertete und dabei unter anderem zeigte, wie verschiedene Aspekte der Konflikte und ihr Framing im Medienkontext einander beeinflussen. Die netPOL/AUB-Doktorandin Frauke Seebass moderierte.

Nach der Mittagspause leitete Christina Griessler eine Diskussionsrunde zur Rolle von Medien bei der Polarisierung der Öffentlichkeit. Mit auf dem Panel waren Daniela Ingruber von der Universität für Weiterbildung Krems sowie Siniša Atlagić und Reina Zenelaj, die jeweils ihren nationalen bzw. regionalen Kontext repräsentierten. So zeigte sich für Österreich, dass die gezielte Schwächung von Institutionen durch die Regierung sowohl das Vertrauen in sie als auch die Medienbildung in der Bevölkerung verschlechtert hat, was zu einem Anstieg an Verschwörungen und deren AnhängerInnen führt. In Albanien

nutzen PolitikerInnen insbesondere in Krisenzeiten logische, rhetorische und psychologische Manipulation, um die Menschen zu beeinflussen, die in unsicheren Zeiten nach Führung suchen. So können sie ihre Macht ausbauen und haben gleichzeitig kaum Konsequenzen zu befürchten. Auch in Serbien liegt der Fokus politischer Kommunikation auf Emotionen und nicht auf Fakten, und Institutionen werden mit ihrer Hilfe zugunsten des Machtausbaus der Eliten geschwächt. In der Diskussion mit den anwesenden ExpertInnen und Gästen wurde deutlich, dass die Aushöhlung demokratischer Prinzipien oft mithilfe demokratischer Mittel geschieht und es damit unbedingt im Interesse pro-demokratischer Kräfte liegen muss, Institutionen und politische Bildung allgemein zu stärken.

Zum Abschluss des Workshops stellte Laura Kromják von der Eötvös-Loránd-Universität (ELTE) in Buda-

pest Forschungen zu den Themen „Rememberance and Forgiveness“ sowie „Intergenerational Trauma in Refugee Communities“ vor. Zum ersten dieser beiden Themen hatte sie gemeinsam mit Ajlina Karamehić-Muratović 2020 eine Sammelpublikation bei Routledge veröffentlicht, in der sich 16 Beiträge in 20 Ländern auf fünf Kontinenten mit den Möglichkeiten und Grenzen von Erinnerung und Vergebung auf individueller bzw. gemeinschaftlicher Ebene befassen. Anfang 2023 werden sie gemeinsam ein weiteres Buch herausgeben, das wiederum mehr als 20 Länder auf fünf Kontinenten in den Blick nimmt und die Weitergabe von Traumata zwischen den Generationen untersucht. Damit wollen sie einen Beitrag zu einem umfassenden Verständnis der Rechte und des Schutzes von Geflüchteten leisten sowie vereinfachten bzw. vernachlässigten Narrativen entgegenwirken. Stattdessen fordern sie eine lokal und kulturell sensible Betrachtung im jeweiligen Kontext.

Der Workshop wurde unterstützt durch eine Finanzierung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Exzellenzförderung der Andrássy Universität.

Frauke Mogli Seebass

netPOL
INTERNATIONALES UND INTERUNIVERSITÄRES NETZWERK
POLITISCHE KOMMUNIKATION



Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service



Angelegter interuniversitärer Austausch an der AUB

V4+Deutschland und der European Green Deal

Am 22. – 24. Juni 2022 fand die Konferenz „V4+Deutschland: Die Umsetzung des European Green Deal – Möglichkeiten und Herausforderungen“ an der Andrássy Universität Budapest (AUB) mit Unterstützung des Visegrád Funds statt.

Während der ungarischen Präsidentschaft der Visegrád Gruppe organisierte die AUB mit ihren Partnern zum zweiten Mal eine Konferenz, die zum Ziel hatte, Personen aus den Visegrád-Ländern und Deutschland miteinander zu vernetzen, den Dialog zu fördern und somit das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit der Länder untereinander zu stärken. Rund 50 junge TeilnehmerInnen und ExpertInnen kamen zusammen, um über die Möglichkeiten und Herausforderungen der Umsetzung des European Green Deals zu diskutieren. Die inhaltliche Leitung der diesjährigen Konferenz lag bei Dr. Heinrich Kreft (AUB) und Dr. Kristina Kurze (AUB).

Als Auftakt der Veranstaltung trafen sich die TeilnehmerInnen am 22.

Juni 2022 bei schönstem Sommerwetter zu einem Get-Together im Várkert Bazár, der den Sitz der Präsidentschaft beherbergte. Nach einer kurzen Begrüßung, durch András Lázár, Ministerium für Auswärtiges und Außenhandel, und Dr. Heinrich Kreft begann eine Budapest Rallye, in der die jungen TeilnehmerInnen in kleinen Gruppen verschiedene Aufgaben lösen mussten. Die ReferentInnen wurden parallel zu einem Abendessen, finanziert durch die Konrad-Adenauer-Stiftung, eingeladen.

Am Haupttag begann die Veranstaltung mit Begrüßungen durch Prof. Dr. Stefan Okruch, AUB, Krisztina Varju, Ministerium für Auswärtiges und Außenhandel, Michael Winzer, Konrad-Adenauer-Stiftung, sowie Dr. Bence Bauer, Deutsch-Ungarisches Institut

für Europäische Zusammenarbeit. Sie hoben die Bedeutung des Green Deals hervor, der infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine in den letzten Monaten eine noch größere Dringlichkeit bekommen habe. Dieser Angriff bedeutet eine Zeitenwende für Europa und hat die bestehende Sicherheits- und Energieversorgungsarchitektur Europas erschüttert. Die Frage, wie sich Energiesicherheit und ambitionierter Klimaschutz sozial verträglich erreichen lassen, ist daher noch wichtiger geworden.

Den Begrüßungsreden folgten zwei Inputreferate durch Rafal Fabianowicz, Doktorand der AUB, und Kevin Oswald, Konrad-Adenauer-Stiftung. In seinem Vortrag beschäftigte sich Fabianowicz mit Fragen, inwieweit der European Green Deal die Zeitenwende einläuten und die Europäische Union den Green Deal auch unter den neuen Rahmenbedingungen wie geplant umsetzen könne. Oswald stellte die Klima- und Energiepolitik



Frau Kopka-Piatek, StS Steiner, Dr. Kreft, StS Galek, Dr. Narbeshuber, Dr. Cabada



der EU und Deutschlands grundsätzlich und in all ihren Schattierungen und Herausforderungen sowie im Licht des Ukraine-Kriegs ins Zentrum seines Vortrags.

Im Rahmen einer sich anschließenden Podiumsdiskussion, die mit Staatssekretären aus Ungarn und der Slowakei sowie VertreterInnen der

Wirtschaft und Wissenschaft hochrangig besetzt war, wurde das Thema aus politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Sicht weiter lebhaft diskutiert. Neben unterschiedlichen Einschätzungen etwa zur Relevanz der Atomkraft im zukünftigen Energiemix zeigten sich auch viele Gemeinsamkeiten: Vor allem der Zu-

sammenhalt in der EU wurde angesichts der großen Herausforderungen von allen Panelisten bekräftigt.

Anschließend haben die TeilnehmerInnen in fünf international gemischten Arbeitsgruppen über verschiedene Aspekte des European Green Deals – wie über die Umsetzung auf globaler-, auf EU- sowie auf staat-

licher Ebene, über die wirtschaftliche Basis für den Green Deal sowie über die Bürgerbeteiligung – diskutiert. Die Ergebnisse wurden anschließend im Rahmen einer Podiumsdiskussion präsentiert. In den intensiven Diskussionen wurde deutlich, wie wichtig den jungen TeilnehmerInnen das Thema ist und wie sehr sie sich für ein schnelles Handeln der politisch Verantwortlichen einsetzen.

Am letzten Tag fand ein Upcycling-Workshop im Mathias Corvinus Collegium statt, an dem die jungen TeilnehmerInnen einen Kartenhalter aus alten Milchkartons herstellen konnten. Damit wurde veranschaulicht, dass Nachhaltigkeit im Kleinen beginnt und wir im Alltag alle einen Beitrag leisten können.

Über die Ergebnisse der Veranstaltung wird im Herbst ein Booklet in englischer Sprache erscheinen. Anschließend sind noch zwei weitere Online-Veranstaltungen Ende 2022 und Anfang 2023 geplant.

Fanni Deák



• Visegrad Fund



Dr. Krefzt, Dr. Kurze, Dr. Cabada, Fr. Kopka-Patek, Dr. Rudenko



Ministerialbeauftragte Varju, Dr. Bauer, Herr Winzer

Fotos: Zoltán Adrián / képszerk.hu

Staatsministerin Melanie Huml zu Besuch an der Andrassy Universität Budapest

Am 23. Juni 2022 besuchte Frau Staatsministerin Melanie Huml die Andrassy Universität Budapest (AUB) und führte Gespräche mit dem Prorektor für Lehre und Studierende sowie mit Dozierenden, Studierenden und DoktorandInnen.

Die bayerische Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, Melanie Huml, MdL, wurde an der AUB von Prorektor Prof. Dr. Stefan Okruch begrüßt. Im Gespräch mit Frau Huml ging es vor allem um die aktuellen strategischen Ausbaupläne der AUB. Dabei stellte Prof. Okruch in seiner Zuständigkeit vor allem die Erweiterung des Studienangebots um einen

Bachelor „Europawissenschaften“ sowie einen Master „Digitaler Wandel und Gesellschaftswissenschaften“ heraus. Frau Huml betonte die Bedeutung des Bachelor-Studiengangs, mit dem eine „schmerzliche Lücke“ deutschsprachiger Bildungsangebote in Ungarn geschlossen werde. Sobald die AUB den neuen Bachelor-Studiengang startet, gebe es Bildungsangebote „vom Kindergarten bis zur Habilitation“ auf Deutsch, wie Prof. Okruch hervorhob.

Anschließend traf Frau Huml mit weiteren Dozierenden, mit Studierenden und DoktorandInnen zu einer Gesprächsrunde zusammen, bei der zuerst die enge Zusammenarbeit der AUB mit dem Freistaat Bayern zur Sprache kam. Neben Ungarn, der Bundesrepublik Deutschland,



MdL Melanie Huml im Gespräch mit Studierenden und Dozierenden der AUB

Foto: Zoltán Adrián / képszerk.hu

der Republik Österreich und dem Land Baden-Württemberg ist Bayern einer der Träger der AUB und fördert insbesondere die Wirtschaftswissenschaften. Im Rahmen des 90-minütigen Gesprächs diskutierten die TeilnehmerInnen auch über das Studium und Leben in Budapest, über die Doppelmasterprogramme (darunter mehrere mit bayerischen Hochschulen) sowie über die exzellenten Beschäftigungsperspektiven

nach einem Studium an der AUB. Frau Huml zeigte sich beeindruckt vom Engagement der Studierenden sowohl für ihr Studium und für die Universität als auch für Zivilgesellschaft und humanitäre Hilfe. Sie stellte Praktikumsplätze in der bayerischen Staatsregierung in Aussicht und wünschte Lernenden und Lehrenden der AUB weiterhin viel Erfolg.

Anlass des Besuchs von Frau Staatsministerin Huml in Budapest

war die Gemischte Regierungskommission Bayern – Ungarn, die am 23. und 24. Juni in Budapest tagte. Sie ist neben Herrn Minister Szijjártó Vorsitzende der Kommission. In einer gemeinsamen Pressekonferenz nach der Sitzung der Gemischten Regierungskommission betonten die Staatsministerin und der Minister die Bedeutung der AUB für die deutsch-ungarischen Beziehungen.

Prof. Dr. Stefan Okruch, Fanni Deák

„Der Donauraum im Fokus“

5. Sommeruniversität der Andrássy Universität Budapest

Vom 26. bis 30. Juli 2022 fand die 5. Sommeruniversität in der Reihe „Der Donauraum im Fokus“ statt. Unter diesem Generalthema wird seit 2016 ein für den Donauraum aktuelles und für die teilnehmenden Studierenden aus den Ländern des Donauraums relevantes Thema aufgegriffen. Seit 2016 wurden die Themen „Flüchtlingskrise und Migration“, „Grenzen und Identitäten“, „Zwischen Dekonsolidierung und Erneuerung – aktuelle Diskurse über die Lage der Demokratie“ und „30 Jahre Demokratie – Bilanz und Perspektiven“ behandelt. Nachdem die Sommeruniversität aufgrund der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 nicht stattfinden konnte, stand in diesem Jahr das Thema „Herausforderungen für den Zusammenhalt der Europäischen Union“ im Mittelpunkt.

In den letzten Jahren haben interne Entwicklungen wie auch externe Kräfte den Zusammenhalt der Europäischen Union herausgefordert und die Integrationskraft der Gemeinschaft zunehmend in Frage gestellt. Die weitverbreiteten Wahlerfolge populistischer

Parteien, die divergierenden Ansätze bei der Regelung von Migration und Asyl, die Uneinheitlichkeit bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie, die widersprüchlichen Vorstellungen über die europäische Identität und der scheinbar unauflösbare Konflikt um

die Rechtsstaatlichkeit zwischen den EU-Institutionen und einigen Mitgliedstaaten sprechen für eine Erosion der gemeinsamen europäischen Wertegrundlage. Der von Putin begonnene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine schien zwar zunächst einen Wendepunkt zu markieren, denn die Mitgliedstaaten der EU bewiesen Solidarität mit der Ukraine und gingen abgestimmt vor. Allerdings zeigten sich trotz aller anfänglichen Erfolge bereits nach wenigen Wochen wieder Differenzen im Hinblick auf Sanktionen gegen Russland und Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine. In diesen Fragen kommt den Ländern der Visegrádgruppe – insbesondere Polen und Ungarn – eine besondere Rolle zu.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sommeruniversität



Die Sommeruniversität hatte sich vor diesem Hintergrund das Ziel gesetzt, sich gemeinsam mit folgenden Fragen auseinanderzusetzen: In welcher Beziehung stehen die verschiedenen nationalen Identitäten zu einer Europäischen Identität? Sollten sich die Werte der EU als supranationale Organisation an die Wertvorstellungen der Mitglieder anpassen, und nicht umgekehrt? Was sind die wichtigsten Elemente der gemeinsamen „Kultur der

Rechtsstaatlichkeit“? Was bedeutet der Ukraine-Krieg für Europa?

Eine wichtige Neuerung war, dass die Sommeruniversität diesmal im Rahmen des unter Erasmus+ neu eingeführten Blended-Intensive-Programmes (BIP) organisiert wurde. Die Sommeruniversität bestand deshalb nicht nur aus einer intensiven Präsenzphase in Budapest (25.–30. Juli 2022), sondern auch aus einer vorbereitenden Online-Phase, die am 4. und

5. Juli stattfand. Den Abschluss bildete schließlich ein Online-Debriefing am 4. August 2022. Als Kooperationspartner konnten die Universität Passau, die Universität Rijeka und die Universität Bremen gewonnen werden, die die internationale und interdisziplinäre Ausrichtung der Sommeruniversität sicherstellten. Insgesamt nahmen 15 Studierende und sechs Lehrende aus Deutschland und Kroatien an der Sommeruniversität teil.

Intensive Gruppenarbeit



Das Programm der Sommeruniversität konzentrierte sich auf vier thematische Schwerpunkte: Nationale und Europäische Identitäten (Block I), Herausforderungen für den Innergesellschaftlichen Zusammenhalt in Ungarn (Block II), Herausforderungen für den Zusammenhalt innerhalb der EU – mit Fokus auf die gemeinsamen Werte und die Rechtsstaatlichkeit (Block III) sowie Herausforderungen für den Zusammenhalt in den Außenbeziehungen – mit Fokus auf den Ukraine-Krieg (Block IV).

In der Online-Phase hatten die Teilnehmenden die Gelegenheit, sich kennenzulernen. Außerdem gaben Prof. Ellen Bos (AUB), Prof. Zoltán Tibor Pállinger (AUB) und Prof. Daniel Göler (Universität Passau) eine Einführung in die thematischen Schwerpunkte der Sommeruniversität. In der Präsenzphase folgten weitere Präsentationen der Lehrenden. Am Dienstag gab Dr. Christina Griessler einen Überblick über nationale Identitäten und europä-

ische Identität, am Mittwoch beleuchteten Prof. Bos und Prof. Pállinger die politischen Konfliktlinien in Ungarn und am Donnerstag setzte sich Prof. Göler mit der gemeinsamen Wertegrundlage der EU und den Konflikten um die Rechtsstaatlichkeit auseinander. Am Freitag standen die Reaktionen der Regierungen in Deutschland, Ungarn und der Schweiz auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine im Mittelpunkt. Prof. Göler skizzierte die Reaktion der deutschen, Prof. Bos die der ungarischen und Prof. Pállinger die der schweizerischen Regierung. Nach dem Input der Lehrenden folgten jeweils Kurzvorträge der Studierenden und Gruppenarbeiten, in denen diese auf die Praxis bezogene Aufgaben bearbeiteten. Unter anderem entwickelten sie ein Konzept für die Gründung einer neuen Oppositionspartei in Ungarn und formulierten offene Briefe zur angemessenen Haltung zum Krieg in der Ukraine an die Regierungen Deutschlands und Kroatiens.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Sommeruniversität war ein breites Rahmenprogramm, das aus thematischen Stadtführungen, Besichtigungen und Exkursionen bestand. Die Führungen durch das ungarische Parlament, das Haus des Terrors, den Mementopark, den Kosuth-Platz sowie das Burgviertel waren eine spannende Ergänzung zur inhaltlichen Arbeit an der Universität. Insbesondere die beiden Stadtführungen von Dr. Henriett Kovács gaben den Diskussionen der Sommeruniversität eine zusätzliche praktische erinnerungspolitische Perspektive. Den Abschluss bildete wie immer eine gemeinsame Schifffahrt nach Szentendre mit anschließender Stadtführung und einem Abschlusssessen. Ein besonderes Highlight war diesmal die Picasso Ausstellung in der Endrész-Galerie und die Führung durch den Besitzer der Galerie.

Ellen Bos, Zoltán Tibor Pállinger



Exkursion zum Memento Park in Budapest

IM FOKUS

20 Jahre Andrássy Universität Budapest – Ein Bouquet von Veranstaltungen

Im Sommersemester 2022 konnten nach der Covid bedingten Zwangspause die Veranstaltungen aus Anlass des 20jährigen Jubiläums der Andrássy

Universität endlich wieder in Präsenz durchgeführt werden. Seitdem ist ein bunter Strauß an Veranstaltungen zusammen gekommen.

2022



Die zentrale Jubiläumsveranstaltung fand am 22. März 2022 statt. Bei der Veranstaltung wurden der Andrássy Universität zahlreiche gute Wünsche übermittelt. Nach der Eröffnungsrede des Rektors und den Grußworten der VertreterInnen der Universitäts-gremien und Partnerländer sowie der VertreterInnen der Studierenden, DoktorandInnen und Alumni hielt der ungarische Minister für Innovation und Technologie, Prof. Dr. László Palkovics, die Festrede. Er gratulierte der AUB und skizzierte die Perspektiven für die nächsten Jahre. Dabei entwarf er eine Vision für die Stärkung des Forschungsstandortes Ungarn und zeigte auf, wie die AUB ihre Position in der ungarischen Hochschul- und Forschungslandschaft weiter entwickeln kann. Er sicherte der Universität die Unterstützung der ungarischen Regierung für ihre strategische Weiterentwicklung zu.

Unter den weiteren Jubiläumsveranstaltungen finden sich zwei Ring-

vorlesungsreihen. Im Rahmen der ersten zum Thema „Kunst der Diplomatie“ konnten die Zuhörenden vom Erfahrungsschatz langgedienter Diplomaten aus den Partnerländern, der Schweiz und Belgien profitieren. Diesen ist es gelungen, einen Blick hinter die Kulissen der Diplomatie zu werfen und weniger bekannte Aspekte ihrer Tätigkeit zu vermitteln. Die zweite Vorlesungsreihe beschäftigte sich mit dem Verhältnis von „Religion und Politik“ in einem modernen pluralistischen Staat. Dabei wurden Ansätze und Konzepte vorgestellt, wie die inhärente Spannung zwischen Religionsfreiheit und Gemeinwohlorientierung des Staates produktiv bearbeitet werden können.

Entsprechend dem Anspruch der AUB, Hintergrundwissen und Orientierung zu den aktuellen Fragen der Gegenwart zu liefern, bildeten Veranstaltungen zu geopolitischen Fragen – vor allem zu den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine –, zu den Herausforderung für die Demokratie in Ungarn und Mittel- und Osteuropa

sowie zu der europäischen Integrationsperspektive des Westbalkans einen weiteren Schwerpunkt. Dabei ist es der AUB erneut gelungen, sich als Kompetenzzentrum für Ungarn und die Region zu profilieren. Davon zeugen neben den Veranstaltungen zahlreiche prominente Beiträge von MitarbeiterInnen der AUB in deutschen, österreichischen, schweizerischen und ungarischen Medien, insbesondere rund um die ungarischen Parlamentswahlen. Anlässlich der Wahlen wurde auch der wissenschaftliche Blog der AUB (AUB.LOG) erstmals für die wissenschaftliche Begleitung eines wichtigen Ereignisses intensiv genutzt.

Die mehr als 20 Jubiläumsveranstaltungen repräsentieren die Vielfalt der an der AUB bearbeiteten und diskutierten Fragen sowie das gut ausgebaute Netzwerk an Partnerschaften. Insgesamt ist es mit den Jubiläumsveranstaltungen gelungen, einen guten Überblick über das breite interdisziplinäre Leistungsprofil der AUB zu geben.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine

Einige Reflexionen über die Rolle der Diplomatie im Krieg

Vielen dürfte der Satz von Carl von Clausewitz „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ aus seinem Werk „Vom Kriege“ aus dem Jahre 1832 geläufig sein. Kaum bekannt dürfte hingegen das folgende Clausewitz-Zitat aus dem selbigen Werk sein: „Sobald der Kraftaufwand so groß wird, dass der Wert des politischen Zwecks ihm nicht mehr das Gleichgewicht halten kann: So muss dieser aufgegeben werden und der Friede die Folge davon sein.“

Herrscht Krieg, so hat die Diplomatie versagt. Dieses hört man/frau nicht nur an Stammtischen, sondern auch in vielen Medien – einschließlich Qualitätsmedien. So herrscht Krieg in der Ukraine, weil es der Diplomatie nicht gelungen ist, den Angriff Russlands auf die Ukraine zu verhindern.

Wer sich auch nur oberflächlich mit Diplomatie befasst, wird schnell feststellen müssen, dass diplomatische Bemühungen häufig scheitern. Auch können sich diplomatische Bemühungen oft über einen sehr langen Zeitraum erstrecken. So haben die USA jahrelang mal

mehr und mal weniger intensiv mit den Taliban verhandelt, um die militärische Intervention in Afghanistan zu beenden, ohne die jahrelangen Aufbauleistungen zu gefährden. Wie wir wissen, sind die Gespräche gescheitert. Die USA und mit ihnen ihre NATO- und nicht-NATO-Verbündeten mussten im Sommer 2022 unter chaotischen Umständen das Land verlassen, nachdem afghanische Armee und Regierung, die jahrelang mit Milliardenbeträgen unterstützt wurden, wie ein Kartenhaus zusammenbrachen und die Taliban nahezu kampflos an die Macht zurückkehrten.

Erfolgreicher waren die diplomatischen Bemühungen, die zum Atomabkommen (JCPOA) mit dem Iran führten, doch auch diese dauerten über zehn Jahre und das Abkommen wurde nur kurz nach Unterzeichnung durch Präsident Trump wieder gekündigt. Diplomatie ist häufig das Bohren dicker Bretter mit ungewissem Ausgang.

Auch vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat es vielfältige diplomatische Bemühungen gegeben, um eine weitere Eskalation des Kon-

flikts zu verhindern, der spätestens 2014 mit der Okkupation und Annexion der Krim durch Russland und durch den von Moskau angefachten und unterstützten Separatismus im ukrainischen Donbas begonnen hat. Der gewalttätige Konflikt im Donbas – in Westeuropa jahrelang verharmlosend als „frozen conflict“ bezeichnet – war für die Ukrainer ein blutiger Krieg mit mehr als 14.000 Toten und Verwundeten.

Diplomatische Bemühungen im sogenannten „Normandie-Format“ unter deutscher und französischer Führung führten zwar zum „Minsker Abkommen“, aber das hat die Kämpfe im Donbas allenfalls zeitweise eindämmen, aber nie beenden können.

Auch seit dem Aufmarsch russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine und schließlich in Belarus hat es weiter vielfältige diplomatische Bemühungen gegeben, um einer weiteren Eskalation entgegenzuwirken. So trafen die Präsidenten Biden und Putin am 17. Juni 2022 in Genf zusammen und telefonierten bis zum 24. Februar 2022 mehrfach miteinander, wie auch die Außen- und Verteidigungsminister der beiden Länder. Auch mehrere europäische Regierungschefs – u.a. Olaf Scholz, Emmanuel Macron, Viktor Orbán – suchten das Gespräch mit Wladimir Putin. Auch in und von internationalen Organisationen wie UNO, OSZE und NATO hat es diplomatische Bemühungen zur Deeskalation gegeben. Alles vergeblich wie wir heute wissen.

Diplomatie erscheint oft wie eine Sisypusarbeit. Haben diplomatische Bemühungen ihr Ziel verfehlt, – z.B. einen Krieg zu verhindern – beginnen sofort Anstrengungen, diesen Krieg wieder zu beenden.

So gab es bereits in den ersten Tagen des russischen Angriffs auf die Ukraine Vermittlungsbemühungen von Israel und anschließend der Türkei. Beide unterhalten gute Beziehungen zu Moskau und Kiew und beide haben eigene Gründe, um mit beiden Seiten im Gespräch zu bleiben. Diplomatische Bemühungen um ein Ende der Kampfhandlungen herbeizuführen, wurden auch von Präsident Macron,

den Bundeskanzlern Scholz und Nehammer und anderen unternommen. Ähnliche Bemühungen gab es auch von Seiten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen António Guterres, der dazu nach Moskau und Kiew reiste. Der Beschluss der ukrainischen Hauptstadt während seiner Anwesenheit unterstreicht allerdings, was der Kreml von dieser Initiative hielt. Auch NGOs – wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mit dem ehemaligen Schweizer Diplomaten Peter Maurer an der Spitze – versuchten auf diplomatischem Weg durch die Vereinbarung von humanitären Korridoren die Evakuierung von Zivilisten zu bewerkstelligen – mit nur gelegentlichem Erfolg.

Neben dieser klassischen Gesprächsdiplomatie können auch andere Aktionen, die das Ziel verfolgen, ein Ende der Kampfhandlungen zu erreichen, zur Diplomatie gezählt werden. Dazu gehören sicherlich die diversen Sanktionen gegen Russland und einzelne russische Staatsbürger und der Ausschluss Russlands aus internationalen Organisationen wie dem Europarat. Aber auch mit den Waffenlieferungen an die Ukraine wird das Ziel verfolgt, Russland zum Ende seiner Aggression zu bewegen. Solidaritätsbekundungen mit der Ukraine u.a. durch die Reisen von Regierungschefs (wie die Polens, Sloweniens und der Slowakei) und später anderer Politiker nach Kiew und die Einladung Präsident Wolodymyr Selenskyjs zu (Online-)Reden vor dem Bundestag, dem US-Kongress, dem Europaparlament, beim NATO-Außenminister-Treffen und vielen mehr sind Teil dieser Diplomatie und gleichzeitig der Bemühungen, der Verbreitung des russischen Narrativs im Westen entgegenzuwirken. Dazu wurde ein europaweites Senderverbot von Russia Today (RT) und Sputnik ausgesprochen und Finanzmittel für russische Exilsender und Sender wie Radio Free Europe/ Radio Liberty erhöht.

All diese Bemühungen haben sicherlich dazu beigetragen, dass die Ukraine den russischen Invasoren (bisher) Paroli bieten konnte, konn-

ten aber nicht den Krieg beenden. An dieser Stelle möchte ich auf das zweite Clausewitz-Zitat zurückkommen: „Sobald der Kraftaufwand so groß wird, dass der Wert des politischen Zwecks ihm nicht mehr das Gleichgewicht halten kann: So muss dieser aufgegeben werden und der Friede die Folge davon sein.“

D.h. solange zumindest eine Partei glaubt, ihre Ziele (besser) auf dem Schlachtfeld als am Verhandlungstisch zu erreichen, wird sie schwerlich zur Einstellung der Kampfhandlungen bereit sein, bzw. dazu bewegt werden können. Putin dürfte der Meinung sein, seine Ziele durch eine Fortsetzung der Kämpfe zu erreichen, aber auch Ukraines Präsident Selenskyj äußerte sich Ende Mai dahingehend, dass der Krieg zwar nur auf diplomatischem Weg beendet werden könne – der Zeitpunkt dafür aber noch nicht gekommen sei. Für mögliche Vermittler – China sowie einige internationale Organisationen werden hier gelegentlich genannt – kommt es darauf an, die Kerninteressen beider Seiten (die sich im Laufe eines Krieges ändern können) zu identifizieren und diese in Verhandlungen einander anzunähern. Diese liegen allerdings derzeit noch weit auseinander. Ukraine: Wiederherstellung der nationalen Souveränität vs. Russland: Zurückdrängung der NATO aus der Ukraine; oder doch die Liquidation der Ukraine als souveräner Staat?

Verhandeln müssen letztendlich Russland und die Ukraine selbst. Die Gespräche auf unterer (offizieller) Ebene sind zwar abgebrochen worden, aber es ist unwahrscheinlich, dass die Gesprächskontakte völlig eingestellt worden sind.

Häufig ist eine Beendigung eines Krieges, in dem keine Seite eindeutig die Oberhand gewinnt, erst möglich, wenn beide Seiten erschöpft sind – ein Beispiel dafür ist der Bosnienkrieg. Das kann sich in der Ukraine noch bis zum Herbst oder gar länger hinziehen. Hier zeigt sich einmal mehr: Der politische Wille ist die Grenze der Diplomatie.

Heinrich Krefl

Ungarn und der Krieg in der Ukraine

Die ungarische Regierung hat in Bezug auf den russisch-ukrainischen Krieg einen festen Standpunkt eingenommen. Am Tag des russischen Einmarsches in der Ukraine gab die Regierung bekannt, dass Ungarn zur territorialen Integrität der Ukraine steht, den Krieg jedoch nicht als Lösung ansieht und es in seinem grundlegenden Interesse liegt, sich aus dem Konflikt herauszuhalten. Die Regierung unterstützt die Flüchtlinge aus der Ukraine und hat bisher im Rahmen von Hungary Helps 5 Millionen Euro für humanitäre Hilfe in der Ukraine bereitgestellt.

Der ungarische Beitrag wird jedoch von der interessengeleiteten Außenpolitik im Zusammenhang mit dem Krieg erheblich überschattet. Einerseits realisiert Ungarn keine Waffenlieferungen an die Ukraine (einschließlich des Transits von Waffenlieferungen durch sein Hoheitsgebiet), andererseits unterstützt es keine Sanktionen, die die Energieversorgung des Landes gefährden würden. Dieser interessengeleitete Ansatz wird durch die Aussage des Premierministers veranschaulicht, dass „Ungarn auf der Seite Ungarns steht“. Budapest steht mit seiner Position in der Region allein da, und selbst die Slowakei, früher ein eher pro-russisches Land, unterstützt die Ukraine mit Waffenlieferungen. Der ungarische „Sonderweg“ wurde vom ukrainischen Präsidenten und der ukrainischen Botschafterin in Budapest scharf kritisiert, hat aber auch die Beziehungen zu seinen traditionellen Verbündeten, den Visegrád-Ländern, belastet.

Das Hauptargument für die Ablehnung von Waffenlieferungen ist, dass sie zu weiterer Eskalation führen würden, anstatt eine friedliche Lösung herbeizuführen, weiterhin, dass Ungarn nicht in einen Krieg hineingezogen werden sollte. Es wurde jedoch bald deutlich, dass die Kommunikation der Regierung nicht vollständig mit der politischen Praxis übereinstimmte. Laut Berichten war Ungarn bei der April-Sitzung der Ukraine-Kontaktgruppe vertreten, in der mehr als 40 Länder zusammenkamen, um die Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine zu koordinieren. Darüber hinaus beschloss die Regierung, nur den direkten Transfer von tödlichem Militärgerät an die Ukraine zu verbieten, nicht aber den indirekten Transfer an andere verbündete Staaten. Die Regie-

rung ist daher darauf bedacht, das Engagement ihrer Partner als Verbündete nicht in Frage zu stellen. Dies wird durch die Tatsache belegt, dass die politischen Erklärungen die Position der NATO nachdrücklich unterstützen und die ungarischen Streitkräfte durch ihre Einsatzbereitschaft und das neue multinationale NATO-Divisionskommando ihre Rolle als Bündnispartner unter Beweis gestellt haben.

Die ungarische Regierung hat sich für die meisten EU-Sanktionen gegen Russland eingesetzt, hat aber deutlich gemacht, dass sie keine Sanktionen unterstützt, die die Energieversorgung des Landes gefährden. Die Erklärung des Premierministers, ein EU-Ölembargo käme einer „wirtschaftlichen Atombombe“ gleich, wurde in der internationalen Presse ausführlich diskutiert. Die Regierung argumentiert, dass es keine sichere Alternative zu den russischen Ölimporten gibt und dass ein Ölembargo schwerwiegende Auswirkungen auf den Lebensstandard der ungarischen Bevölkerung haben würde. Ungarn hat sich ebenso wie die Tschechische Republik, die Slowakei und Bulgarien geweigert, das Ölembargo zu akzeptieren, und hat im Gegenzug eine Entschädigung gefordert. Ungarn stimmte schließlich dem Ölembargo zu, erhielt aber zusammen mit anderen Mitgliedstaaten, die stark vom russischen Öl abhängig sind, eine vorübergehende Ausnahme. Dieses Ergebnis wurde von der Regierung als großer diplomatischer Sieg gefeiert. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Regierung seit Jahren Maßnahmen ergreift, um die Abhängigkeit von russischem Öl zu verringern. Dies geschieht derzeit beispielsweise durch Verhandlungen mit Kroatien über die Erweiterung der Kapazität der adriatischen Ölpipeline. Ungarn hat auch das

REPowerEU-Paket der Europäischen Kommission unterstützt, das darauf abzielt, die Abhängigkeit Europas von russischen fossilen Brennstoffen bis 2030 zu beenden. Die energiepolitischen Herausforderungen sind jedoch allesamt Probleme, die vielleicht durch eine entschlosseneren und strategischere Denkweise in der Vergangenheit hätten vermieden werden können.

Die internationale Kritik an Ungarn ist zum Teil auf die besondere Art der Regierungskommunikation zurückzuführen. Ungarische Politiker haben zwar die russische Aggression verurteilt, aber im Gegensatz zu den Staats- und Regierungschefs anderer europäischer Länder (wie Kanzler Olaf Scholz) nicht auf die Verantwortung von Präsident Putin hingewiesen. Regierungspolitiker kritisierten die Politik der USA und der EU oft deutlicher. Es ist bemerkenswert, dass die neu gewählte Staatspräsidentin, Katalin Novák, Russland offen als Aggressor bezeichnet, eine Untersuchung der Kriegsverbrechen gefordert und den Flüchtlingen die Unterstützung Ungarns zugesichert hat. Eine derart deutliche öffentliche Erklärung wurde bisher weder vom Premierminister noch vom Außenminister abgegeben.

Wenn sich die konfrontative Kommunikation der Regierung nicht ändert, läuft Ungarn Gefahr, in der Europäischen Union politisch isoliert zu werden. Das klare Bekenntnis der ungarischen Regierung zum Frieden ist eine grundsätzlich günstige außenpolitische Entscheidung. Im März bot sie die Aufnahme von Friedensgesprächen in Budapest an, was damals nicht realisierbar war. Es ist jedoch wenig darüber bekannt, welche Art von Frieden die ungarische Außenpolitik bevorzugen würde oder welche Strategie sie zur Lösung des Konflikts verfolgt. Kürzlich hat der Ministerpräsident seine Unterstützung für den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union zum Ausdruck gebracht, doch stellt sich die Frage, in welcher Form eine Nachkriegs-Ukraine fortbestehen kann. Es liegt im grundlegenden nationalen Interesse Ungarns, einen stabilen Nachbarn zu haben.

András Hettyey, Gyula Speck

Semesterüberblick

STUDIERENDENSCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI

Ausflug der Studierendenschaft nach Normafa

Semester-Auftaktausflug nach Normafa und zum Erzsébet Turm

Am Freitag, den 11. Februar 2022 machte ein Teil der Studierendenschaft einen Semester-Auftaktausflug nach Normafa, um von dort aus zum Erzsébet Turm zu wandern. Von dort aus konnte trotz des windigen Wetters die Aussicht über Budapest und das Umland genossen werden. Bergab ging es im Anschluss mit dem Sessellift, was für einige die erste Fahrt mit solch einer Anlage war. Insgesamt war es sehr schön sich auch außerhalb der Universität noch etwas näher kennen zu lernen und ein wenig die Natur zu genießen.

Sarah Prinz



Neues Leben in der AUB

Am 10. Februar fand die erste offizielle Mentoren-Veranstaltung des Sommersemesters 2022 in der Universität statt.

Teilgenommen haben ca. 20 Personen, Ersties, Erasmis, MentorInnen und der HÖK. Die Mentoren-Koordination hat eine kurze Ansprache gehalten, gefolgt von einer kurzen Vorstellungsrunde.

Zuständig für die Veranstaltungen des Mentorenprogramms und damit die Mentoren-Koordination sind Kaddy, Alex und Toni. Bezüglich der Betreuung der neuen Studierenden gibt es drei Mentorinnen. Die Aufgabe wird übernommen von Sophie, Olivia und Jana ehrenamtlich. Nachdem mehrere Gemeinsamkeiten-Bingos erzielt wurden und sich unter anderem Hänsel & Gretel, Mario & Luigi sowie Heidi & Peter gefunden hatten, ging es weiter mit einer Führung durch das Gebäude der Universität. Diese wurde von Antonia und Alex geleitet, die sowohl die Räumlichkeiten zeigten als auch den historischen Hintergrund ein wenig bereit stellten.

Insbesondere der Spiegelsaal, der Marmorsaal als auch der Namensgeber Andrássy standen hier im Interesse der neuen Studierenden. Im Rahmen der Führung gab es auch eine Besichtigung der Bibliothek und die dort sitzenden Mitarbeiterinnen haben eine kurze Einführung für die Gruppe gehalten. Dieses wird laut einem Angebot der Bibliothek in der kommenden Woche vertieft. Es erfolgte bereits ein dezenter Hinweis auf das Highlight des Semesters – den bald geplanten Frühlingsball an der Andrássy Universität im April.

Zum Ausklang zog die Gruppe weiter in ein Café und bei verschiedenen Getränken und anderen Kleinigkeiten konnte nochmal in aller Ruhe das Gespräch vertieft werden. Dies war mit einem offenen Ende geplant und die Veranstaltung löste sich nach ca. 3 Stunden auf. Wobei der nächste Programmpunkt im Rahmen einer kurzen Wanderung an den Aussichtspunkt Normafa für den folgenden Tag bereits geplant war.

Olivia Hager

Spendenaktion mit der Ukrainischen Selbstverwaltung in Budapest



Die Studierendenschaft hilft

Angesichts des Krieges in der Ukraine führte die Studierendenschaft der AUB am 28. Februar 2022 eine Spendenaktion durch.

Angesichts des Krieges in der Ukraine führte die Studierendenschaft der AUB am 28. Februar 2022 eine Spendenaktion

durch. Dabei wurden alle Personen der Universität dazu aufgerufen, benötigte Materialien wie Lebensmittel, Hygieneartikel, wärmende Materialien

und weitere benötigte Sachmittel an der Universität zu sammeln. Viele Universitätsmitglieder beteiligten sich an der Aktion und so konnten die gesammelten Gegenstände bereits der Ukrainischen Selbstverwaltung in Budapest übergeben werden, welche die Hilfsgüter den geflüchteten Menschen aus der Ukraine überbringt. Aufmerksam auf die Möglichkeit zu Spenden wurde die Studierendenschaft durch engagierte Studierende, die sich in der Ukrainischen Selbstverwaltung beteiligen. Die Studierendenschaft möchte durch die Aktion aktiv werden und nicht nur ein symbolisches Zeichen gegen den Krieg in der Ukraine setzen, sondern auch Taten folgen lassen und dort helfen, wo Hilfe gebraucht wird.

Auch weiterhin nimmt die Studierendenschaft Spenden entgegen und übergibt diese gesammelt an die Ukrainische Selbstverwaltung in Budapest.

Die Studierendenschaft bedankt sich für die Spenden und wünscht allen Betroffenen viel Kraft!

Sarah Prinz

Schlittschuhlaufen mit dem MentorInnen-Team

Die AUB Studierenden besuchten die Schlittschuhbahn im Budapester Stadtpark.

Die Studierenden der Andrassy Universität haben im Rahmen des Mentorenprogramms am 25. Februar 2022 die berühmte Schlittschuhbahn neben dem Budapester Stadtpark besucht. Treffpunkt war Punkt 10 Uhr vor dem Eispavillon der Schlittschuhbahn. Da die Veranstaltung für alle Studierenden der Universität offen war, gab es eine gute Mischung von Studierenden aus allen Semestern. Durch die freundliche Unterstützung der Universität durften die Studierenden zu reduzierten Kosten die Schlittschuhbahn genießen.



Die Eisbahn im Stadtwaldchen

Nachdem die Schlittschuhe ausgeliehen und die persönlichen Gegenstände verstaut waren, ging es auch direkt auf das Eis. Da es noch früh am Tag war, war die Bahn noch glatt und es gab noch keine zu großen Menschenmassen. Die Studierenden hatten perfekte Bedingungen, um ein letztes Mal in der Saison das Ambiente des neobarocken Eispavillons und der

gotischen Burg Vajdahunyad während dem Eislaufen zu genießen. Dazu kam eine angenehme Temperatur von 10 Grad, Sonnenschein und Musik, die für gute Laune gesorgt haben. Die Studierenden haben das entspannte Eislaufen auch dafür genutzt, miteinander ins Gespräch zu kommen und die Kommilitoninnen und Kommilitonen besser kennenzulernen.

Das Eislaufen war eine tolle Gelegenheit für die Studierenden, den Winter ausklingen zu lassen, da die Schlittschuhbahn nur zwei Tage später bis zu der nächsten Wintersaison geschlossen wurde. Das MentorInnen-Team bedankt sich bei der Universität für die finanzielle Unterstützung für diese Veranstaltung.

Alex Mäsity

Die ersten Awareness-Tage der Studierendenschaft

Erstmals veranstaltete die Studierendenschaft Awareness-Tage an der AUB. In Online- und Präsenz-Workshops ging es um Themen wie Rassismus und Sexismus mit dem Ziel, dafür zu sensibilisieren und das Zusammenleben an der Universität zu verbessern.

Vom 7. bis 10. März 2022 fanden die ersten Awareness-Tage der Studierendenschaft statt. Diese wurden ins Leben gerufen, um auf Themen aufmerksam zu machen, die bisher in der Veranstaltungslandschaft der AUB kaum präsent waren, aber trotzdem sehr bedeutend für ein gutes Zusammenleben sind. Ziel war es dabei, gesellschaftliche Probleme wie Rassismus und Sexismus anzusprechen, Awareness dafür zu schaffen und Maßnahmen dagegen zu erarbeiten. Organisiert wurden die Veranstaltungen von einem Organisationsteam bestehend aus Stephan Andreas Straub, Johannes Schmidt, Schilan Stach, Jasmin Schwarz und Sarah

Prinz. Finanzielle Unterstützung kam dankenswerterweise vom DAAD.

Am Montag, den 7. März, starteten die Awareness-Tage mit einem Online-Workshop zum Thema *Rassismus mit besonderem Bezug auf anti-asiatischen Rassismus*. Vortragende war Vu Van Pham. Zunächst wurden die Begrifflichkeiten wie Diskriminierung, Rassismus und Intersektionalität erklärt und die aktuelle Rechtslage dargestellt. Hierbei konnten die Teilnehmenden stets eigene Gedanken äußern und einen Bezug zum (Uni-) Alltag herstellen. Auch häufig gestellte Fragen wie „Kann man als weißer Mensch von Rassismus betroffen sein?“, wurden beantwortet. Ebenfalls Thema waren die aktuellen rassistischen Vorfälle bei der Flucht aus der Ukraine und die Berichterstattung europäischer Medien über Geflüchtete verschiedener Herkunft.

Im Anschluss wurde näher auf das Problem des anti-asiatischen Rassismus eingegangen. Wesentliche Punkte waren hierbei die Anfeindungen gegenüber AsiatInnen während der Corona-Pandemie und die Darstellung von AsiatInnen als „Vorzeigemigranten“. Zum Abschluss blieb den Teilnehmenden Zeit, ihre Fragen, Gedanken und Eindrücke zu äußern und ein Resümee zu ziehen. Ein großer Dank gilt Vu Van Pham, die den Workshop sehr interaktiv und informativ gestaltete und allen Teilnehmenden viel Input mitgab, sowie dem DAAD, der die Finanzierung ermöglichte.

Am Dienstag, den 8. März, dem zweiten Tag der Awareness-Tage, fand ein Workshop zum Thema *Sexismus und Gewalt gegen Frauen* statt. Durchgeführt wurde dieser von Freiwilligen der NGO NANE, die sich gegen Gewalt gegenüber Frauen und Kindern einsetzt. Die Atmosphäre war dabei sehr entspannt und vertraut und lud zum aktiven Mitmachen ein. Zunächst wurden alle Teilnehmenden darum gebeten, zu verschiedenen Statements mit sexistischem Bezug durch entsprechende Positionierung im Raum Stellung zu beziehen. Daraufhin wurde anhand typischer „Red Flags“ erörtert, was „Abusive Relationships“ sind, wie man diese frühzeitig erkennt und wie man Betroffenen helfen kann. Zum Schluss diskutierten die Teilnehmenden über Gleichberechtigung in der Sexualität und den Einfluss

Workshop in der Kossuthercia



der Pornindustrie auf unser Sexualleben. Alles in allem vermittelte der Workshop durch den regen Austausch ein ermutigendes, empowerndes Gefühl und schuf neue Sichtweisen auf verschiedene Themen. Auch hier gilt ein Dank den Vortragenden, die die Teilnehmenden durch die einzelnen Themen geleitet haben.

Am Mittwoch fand schließlich der Workshop zum Thema „Rassismus gegen Roma“ statt. Leiterin war Bettina Pocsai von der Uccu-Stiftung. Nachdem die Teilnehmenden kurz bisherige Kontaktpunkte mit Roma sowie den eigenen Wissensstand zum Thema reflektierten, half Bettina Pocsai dabei, vorherrschende Stereotype gegenüber der Roma-Bevölkerung zu hinterfragen. Durch Informationen über die Herkunft der Minderheit und die damit verbundene Geschichte wurden die kulturellen Hintergründe deutlich sowie alltägliche Probleme, vor denen Menschen mit Roma-Hintergrund stehen. Durch viele persönliche Schilderungen konnten die Beteiligten Einblicke erhaschen, wie Roma in der Bevölkerung behandelt werden und welche Herausforderungen diese gegenüberstehen. Dadurch konnten die Teilnehmenden Vorurteile aus einem anderen Blickwinkel betrachten und aktuelle Konfliktsituationen besser verstehen. Das

Interesse an der Thematik wurde durch den Workshop und die spannende Umsetzung durch Bettina Pocsai noch weiter gestärkt und wir hoffen auch in Zukunft auf weitere Zusammenarbeit.

Den Abschluss der Awareness-Tage bildete ein *Kurzfilm-Abend* am Donnerstag, bei dem Filme zu den Themen „Ausgrenzung von Menschen mit Beeinträchtigung“, „Natural Hair Movement“ und „LGBTQ+“ gezeigt wurden. Die anschließenden Gesprächsrunden boten Raum, die eigenen Gedanken und Erfahrungen mit den Teilnehmenden zu teilen und Anstöße für zukünftige Vertiefungen zu geben. Hierbei entwickelten sich ein sehr offener Diskurs und viele Ideen, die Awareness-Tage in Zukunft fortzuführen und auch im Universitätsalltag Veränderungen anzustoßen.

Insgesamt war die Woche sehr gelungen, schuf viele neue Erkenntnisse und förderte den Austausch zwischen allen Teilnehmenden. Wir danken allen Vortragenden, dem Organisationsteam, dem DAAD und schließlich auch allen Teilnehmenden für die rege und aktive Beteiligung. Wir sehen die ersten Awareness-Tage als Kick-Off für eine awareness-reiche Zeit an der AUB und freuen uns auf weitere Veranstaltungen in der Zukunft. To be continued.

Sarah Prinz

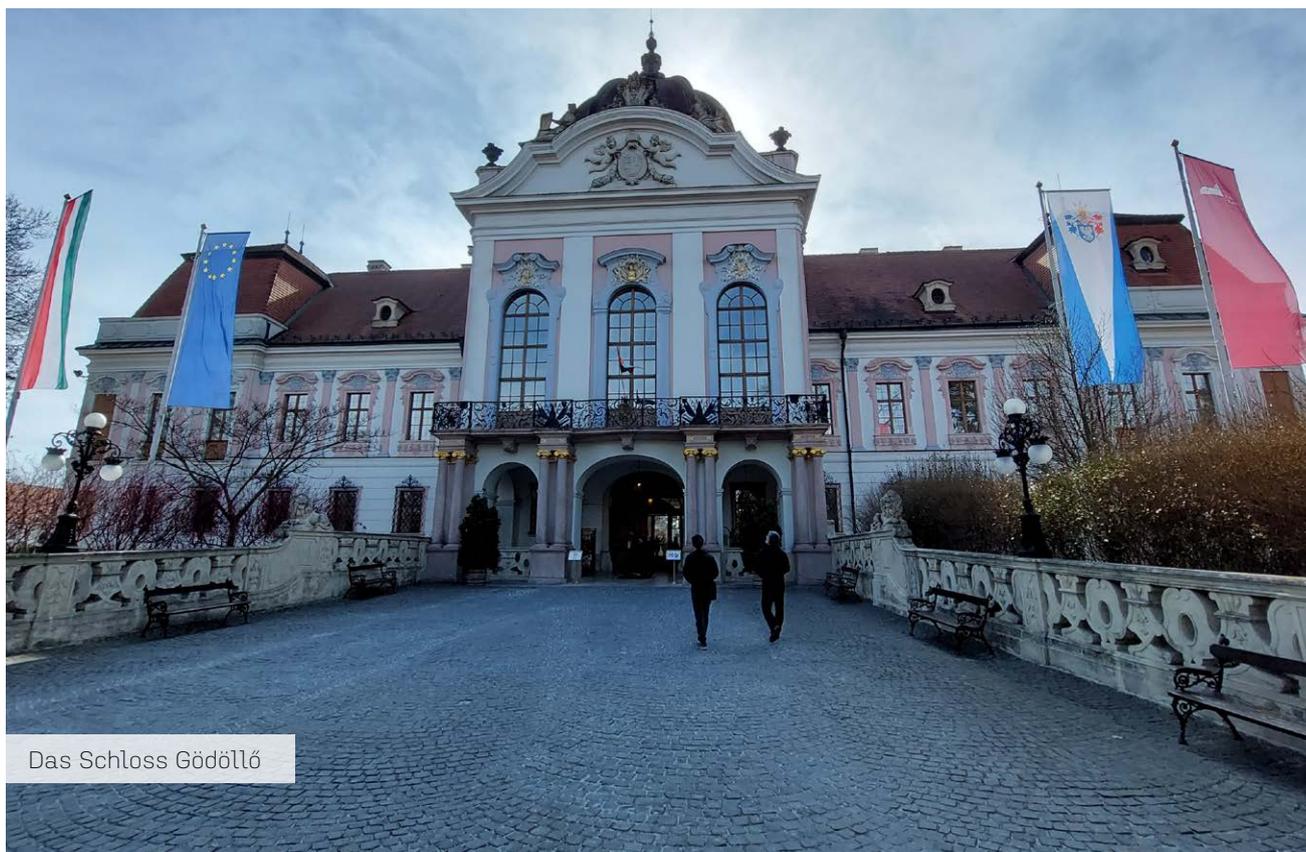
Besuch im Schloss Gödöllő

Die Studierenden der AUB besuchten das ungarische Sisi-Schloss.

Die Studierenden der Andrássy Universität besuchten am 20. März 2022 das berühmte Sisi-

Schloss in Gödöllő. Treffpunkt war um Punkt 9:20 Uhr am Örs vezér tere von wo aus wir mit der HÉV nach Gödöllő gefahren sind. Gut gelaunt kamen wir bei dem Schloss an, wo wir von unserer deutschen Museumsexpertin gleich

empfangen wurden. Die Tour startete in dem barocken Flügel des Schlosses, der gleichzeitig auch der älteste Teil des Schlosses ist. Danach gingen wir in den gegenüberliegenden Flügel und besuchten die prunkvollen Wohnräume,



Das Schloss Gödöllő



Die Studierenden vor dem Schloss



Der junge Franz Joseph und die junge Sisi



in denen sich einst Elisabeth, besser bekannt als Sisi, Kaiserin von Österreich und Königin von Ungarn, aufhielt.

Überlieferungen nach war das Schloss Gödöllő der Lieblingsaufenthaltort von Sisi, da es weit entfernt von der Realität auf dem Wiener Hof war, den Sisi meistens als bedrückend empfand. Die Museumsexpertin hat uns sehr interessante Informationen von Sisis Alltag in dem Schloss erzählt. Der Höhepunkt des Besuchs war der prunkvolle Festsaal, in dem einst Bälle veranstaltet wurden, der alle Teilnehmenden sehr beeindruckt

hat. Die Tour durch die Räumlichkeiten des Schlosses endete mit einem Applaus für unsere Museumsexpertin und einige Studierenden nutzten noch die Möglichkeit, um Fragen an die Expertin zu stellen, was auch zu einem interessanten Austausch geführt hat.

Nach der einstündigen Besichtigung des Schlosses versammelten wir uns im Schlossgarten, um eine kurze Pause zur Stärkung einzulegen und auch um das gute Wetter zu genießen. Während Studierende selbst mitgebrachte Speisen verzehrten, haben wir noch ein Quiz mit allge-

meinen Faktenfragen zu Ungarn gespielt. Das Quiz bestand aus Wahr-Falsch-Fragen und es gab eine rege Beteiligung der Studierenden, was wieder zu guter Laune in der Gruppe geführt hat. Nach dem Quiz hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, den Schlossgarten selbstständig zu erkunden.

Die Gruppe des Mentorenprogramms bedankt sich bei allen Studierenden für die Teilnahme und wir hoffen, euch bald wieder bei einem unserer Programme begrüßen zu dürfen.

Alexander Másity

Oster-Picknick der Studierendenschaft

Am Donnerstag, den 7. April veranstaltete der HÖK ein Oster-Picknick am Nehru Part an der Donau.

Bei strahlendem Sonnenschein und warmen Temperaturen trafen sich ca. 30 Studierende der AUB. Jeder brachte Snacks und Getränke mit und schnell wurde es sich auf Decken gemütlich gemacht. Der schöne Blick auf die Donau und die Freiheitsbrücke bei Sonnenuntergang

konnte so optimal genossen werden. Auch die Sportbegeisterten kamen durch Basketball und Flunky-Ball auf ihre Kosten. Zum Ausklang des Abends ging es dann noch weiter zum Billiard- und Dart-Spielen in eine nahe gelegene Bar. Insgesamt war die Veranstaltung sehr gelungen und weckte die Vorfreude auf die kommenden Sommermonate und weitere Veranstaltungen der Studierendenschaft.

Sarah Prinz



Aussicht vom Nehru Part

Frühlingsball der Studierendenschaft 2022

Unter dem Motto „Venezianischer Maskenball“ feierten über 160 Studierende und externe Gäste auf dem traditionellen Frühlingsball bis spät in die Nacht.

Am Samstag, den 23. April 2022, fand nach zwei Jahren Pause der traditionelle Frühlingsball der Studierendenschaft in den Festsälen der Andrássy Universität statt. Rund 160 Gäste – darunter sowohl Studierende als auch Alumni und Externe – kamen zusammen und feierten bis spät in die Nacht hinein. Das diesjährige Motto des Balles lautete „Venezianischer Maskenball“ und so konnten viele tolle, teils aufwändig selbst gestaltete Masken bewundert werden. Die schönste der Masken wurde im Laufe des Abends durch die Gäste gewählt. Ein weiteres Highlight



des Abends war der Eröffnungstanz, welcher vom diesjährigen Tanzkurs aufgeführt wurde. Eindrucksvoll gewährten die Teilnehmenden einen Einblick in ihre erlernten Tänze und machten dem ehrwürdigen Tanzparkett des Spiegelsaals alle Ehre. Anschließend konnte dieses von allen

anderen Gästen gestürmt werden und zu Klängen des DJs Frank Hash ausgelassen getanzt werden. Auch die Gesangstalenten kamen an diesem Abend auf ihre Kosten und verbreiteten beim Karaoke im Andrássy Saal eine durchwegs heitere Stimmung.

Sarah Prinz

Hoffest der Studierendenschaft

Mit einem gemütlichen Grillen im Hof ließ die Studierendenschaft die Vorlesungszeit ausklingen.

Am Sonntag, den 22. Mai 2022 veranstaltete der HÖK ein gemütliches Hoffest im Innenhof der AUB. Rund 80 TeilnehmerInnen kamen am Nachmittag zusammen um die Vorlesungszeit gemeinsam

ausklingen zu lassen und vor dem Start der Prüfungszeit noch einmal Kraft zu sammeln. Viele Salate und andere Snacks wurden von den Gästen beigesteuert und so konnte ein buntes Buffet zusammengestellt werden. Auch die Grills kamen hierfür zum Einsatz und sorgten für ein sommerliches Flair.

Sarah Prinz



Semesterabschluss-Picknick

Studis x Alumni

Zum Ausklang des Semesters picknickten Studierende gemeinsam mit Alumni im Városliget (Stadtpark) und vernetzten somit mehrere AUB- Generationen.

Am Mittwoch, den 15. Juni, organisierte der Alumniverein gemeinsam mit dem HÖK ein Picknick im Városliget, das für die Studierenden den Semesterabschluss bildete und für einige Alumni einen Anlass bot, wieder einmal mit AUBlern verschiedener Generationen zusammen zu kommen, in Erinne-

rungen zu schwelgen und zu sehen, wie sich das Leben an der AUB seit dem eigenen Abschluss verändert hat. Bei ungezwungener Atmosphäre kam man schnell ins Gespräch. Spannend war es aus Sicht der Studierenden unter anderem zu erfahren, wohin es die VorgängerInnen nach dem Abschluss überall hin verschlagen hat.

Auch bei Berichten von vergangenen Bällen, Partys und Festen der Studierendenschaft war es schön zu hören, dass sich der Spirit der AUB im Kern seit damals scheinbar nur wenig verändert hat. Sicherlich werden sich Alumni und aktuelle Studierende auch in Zukunft immer wieder einmal treffen und weitere gemeinsame Veranstaltungen erleben.

Sarah Prinz



**ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST**

www.andrassyuni.eu

